



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Kommunale Finanzen im freien Fall

Fachgespräch im Kommunalausschuss des Deutschen Bundestages

Rasche Sofortmaßnahmen und strukturelle Reformen zur Stabilisierung der kommunalen Haushalte forderten die kommunalen Spitzenverbände bei einem öffentlichen Fachgespräch des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen des Deutschen Bundestages in Berlin. Laut Christian Schuchardt (Deutscher Städtetag), Dr. Kay Ruge und Landrat Peter Bohlmann (Deutscher Landkreistag) sowie Bürgermeister Guido Halfter und Uwe Zimmermann (Deutscher Städte- und Gemeindebund) hat sich die Finanzlage der Kommunen dramatisch zugespitzt. Nach dem Rekorddefizit im Jahr 2024 habe sich die Lage 2025 noch weiter verschlechtert. Mittlerweile betrage das jährliche Defizit mehr als 30 Milliarden Euro. Städte, Landkreise und Gemeinden gerieten damit immer näher an die Grenze ihrer Handlungsfähigkeit.

Bund und Länder müssten jetzt sofort gegensteuern. Die kommunalen Spitzenverbände verlangen nachdrücklich neben den Reformen auf der Ausgabenseite eine sofortige Anhebung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer um 10 Prozentpunkte, die, wenn die Reformen auf der Ausgabenseite greifen, zurückgefahren werden kann. Jede weitere zeitliche Verzögerung vergrößere den Handlungsbedarf und führe vor Ort zu immer spürbarer werdenden Folgen. „Gerade in der aktuellen Zeit mit einem Erstarken der politischen Ränder ist dies höchst problematisch und äußerst gefährlich“, betonten die Kommunalvertreter.

Verschuldung steigt Rücklagen sind aufgebraucht

„Wir sind im ungebremsten Fall“, stellte DLT-Hauptgeschäftsführer Dr. Kay Ruge fest. Während 2024 noch rund 44 Milliarden Euro investiert worden seien, werde bis 2028 ein Rückgang auf etwa 26,5 Milliarden Euro erwartet. Gleichzeitig nehme die Verschuldung weiter zu, während finanzielle Rücklagen weitgehend aufgebraucht seien. Die Ursache liegt laut Ruge nicht in stagnierenden Einnahmen – diese stiegen weiterhin –, sondern in einem überproportionalen Anstieg der Ausgaben, insbesondere im Sozialbereich. Er forderte daher ein umfassendes Notprogramm, das die Defizite ausgleicht und

die Investitionsfähigkeit der Kommunen wiederherstellt.

Auch aus wissenschaftlicher Sicht wird die Entwicklung als außergewöhnlich bewertet. René Geißler von der Technischen Hochschule Wildau erklärte, ein derartiger Einbruch der kommunalen Finanzen sei in Deutschland bislang beispiellos.

Erholung nicht in Sicht

Die aktuelle Krise übertreffe frühere finanzielle Belastungsphasen deutlich und betreffe zunehmend auch wirtschaftlich starke Regionen. Eine automatische Erholung sei nicht in Sicht. Als wesentliche Ursachen nannte Geißler die anhaltende Inflation, einen deutlichen Personalwuchs in den Kommunen, begünstigt durch umfangreiche Tarifabschlüsse, sowie stetig steigende Ausgaben im Sozialbereich. Diese Faktoren seien struktureller Natur, weshalb kurzfristige Lösungen allein nicht ausreichen.

Der Chefvolkswirt der KfW-Bankengruppe, Dirk Schumacher, bezeichnete die Lage ebenfalls als „sehr prekär“. Das kommunale Defizit sei innerhalb eines Jahres von 25 auf 32 Milliarden (Fortsetzung auf Seite 4)



V.l.: Friedrich Kolb, Constanze und Theresa von Hassel, Monika Rau und Stefan Graf. Bild: Jessica Kassner

Umfrage zum Bayerischen Krankenhaustrend 2026:

Warnung vor kritischer Finanzierungslage

Nach wie vor sehen sich die bayerischen Krankenhäuser mit erheblichen finanziellen und strukturellen Herausforderungen konfrontiert. Wie aus dem „Bayerischen Krankenhaustrend 2026“, der auf einer aktuellen Umfrage unter Klinikverantwortlichen basiert, hervorgeht, fordern sie ein Ende der aus ihrer Sicht widersprüchlichen Finanzierungspraktiken.

Leistungsfähige Kliniken gelten als zentrale Voraussetzung für eine schnelle und qualitativ hochwertige Versorgung im Krankheits- und Notfall. Wie die Bayerische Krankenhausgesellschaft bei der Vorstellung der Umfrage im Münchner Presseclub erläuterte, werde es jedoch immer schwieriger, diesen Anspruch zu erfüllen. Gründe seien eine seit Jahren bestehende Unterfinanzierung, steigende bürokratische Anforderungen sowie zunehmend komplexe gesetzliche Vorgaben.

Bayerns Krankenhäuser schreiben Verluste

Zwar habe ein von der Bundesregierung eingeführter, befristeter Rechnungszuschlag nach den hohen Defiziten der vergangenen Jahre zuletzt für

eine leichte Entlastung gesorgt. Dennoch schreiben laut Umfrage weiterhin zwei Drittel der bayerischen Krankenhäuser Verluste. Auch der Ausblick auf das kommende Jahr wird als kritisch bewertet. Besondere Sorge bereite die BKG die fehlende Planungssicherheit, da auf kurzfristige Hilfsmaßnahmen neue dauerhafte Belastungen folgen könnten. Im Raum stehen unter anderem pauschale Erlöskürzungen von mehr als einer Milliarde Euro.

Kritik an der Finanzierungspraktik

Laut der BKG-Vorsitzenden Tamara Bischof zeigten die Ergebnisse der Umfrage deutlich, dass die Kliniken die Krankenhausreform umsetzen, gleich-

(Fortsetzung auf Seite 4)

17. Bayerisches EnergieForum in Gunzenhausen:

Energieplanung zukunftsfest ausrichten

Mit einem ebenso umfangreichen wie vielfältigen Programm, das politische Orientierung mit praxisnahen Impulsen verband, war-tete das 17. Bayerische EnergieForum, eine gemeinsame Veranstaltung von Bayerischer GemeindeZeitung und Bayerischem Gemeindeforum, in der Stadthalle Gunzenhausen auf. „Das Forum mit 36 Vorträgen und einer starken Ausstellerpräsenz ist nicht nur Informationsplattform, sondern ein Arbeitsraum für konkrete Umsetzung“, unterstrich GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel vor 360 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Ein zentraler Bestandteil des EnergieForums, das medial einmal mehr von TV Bayern live begleitet wurde, war erneut das Kommunalforum des Bayerischen Gemeindeforums, das sich gezielt an Bürgermeisterin-

eine Vielzahl an Projekten im Bereich Energie, Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Ein zentrales Vorhaben sei aktuell die umfassende Sanierung des örtlichen Bahnhofs, der mit einem Investitionsvolumen von etwa 10 Millionen Euro zu einem modernen Mobilitätszentrum ausgebaut wird. Dieses soll verschiedene Verkehrsangebote wie öffentlichen Nahverkehr, Carsharing und Radverkehr bündeln.

Neue Technologie

Darüber hinaus wird ein neues Baugebiet mit rund 80 Bauplätzen erschlossen, in dem erstmals ein sogenanntes kaltes Nahwärmenetz eingesetzt wird. Da diese Technologie für die Kommune neu ist, bestehen noch keine praktischen Erfahrungen, und der Erfolg wird mit gewisser Unsicherheit erwartet. Ergänzend dazu wurde das Rathaus bereits energetisch sa-

(Fortsetzung auf Seite 4)



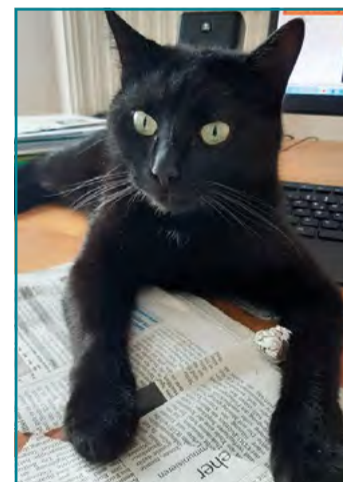
Die beiden „Macher“ des Bayerischen EnergieForums v.l.: Für den Bayerischen Gemeindeforum Direktor Stefan Graf und für die Bayerische GemeindeZeitung Verlegerin Theresa von Hassel. □

nen und Bürgermeister, Verwaltungsleiter und kommunale Fachexperten richtet. Die Beiträge gaben einen konzentrierten Überblick über politische Rahmenbedingungen, aktuelle Entwicklungen und die praktische Umsetzung der Wärmewende.

Ausgezeichnete neue Energiewirte

Einen Höhepunkt stellte die Auszeichnung der neuen Energiewirte der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS) dar. Als sichtbares Zeichen für den wachsenden Stellenwert kommunaler Expertise in der Energiewende überreichte Monika Rau, Ministerialdirigentin im Bayerischen Wirtschaftsministerium, die Zertifikate.

Nach den Worten von Gunzenhausens Zweitem Bürgermeister Friedrich Kolb verfolgt die mittelfränkische Kleinstadt



Die Kommunalwahl bringt Bewegung. Doch strukturelle Probleme bleiben. Warum das Wahlrecht zu Zersplitterung führt, Stichwahlen fragwürdig sind und Reformen nötig werden, analysiert Rathauskater Pino. Seite 19

Modernisierung und Digitalisierung des Sozialstaats

Bayerischer Bezirkstag zum Bericht der Sozialstaatskommission

Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zur Sozialstaatsreform hat Anfang 2026 einen umfassenden Bericht mit 26 Empfehlungen zur Neuausrichtung des Sozialstaats vorgelegt. Ziel ist es, Sozialleistungen deutlich zu vereinfachen, transparenter zu gestalten und effizienter zu organisieren, ohne das bestehende soziale Schutzniveau zu senken. Die Handlungsfelder des Kommissionsberichts zielen schwerpunktmäßig auf Staatsmodernisierung, Digitalisierung und Bürokratierückbau ab.

Aus Sicht der Bayerischen Bezirke wurden maßgebliche Positionen der Kommunen aufgegriffen. So empfiehlt die Kommission laut Julia Neumann-Redlin, Referentin beim Bayerischen Bezirkstag, ein neues einheitliches, vereinfachtes Sozialleistungssystem. Leistungen wie Bürgergeld, Grundsicherung, Wohngeld und Kinderzuschlag sollen künftig in einem einheitlichen System zusammengeführt werden. Unterschieden werden soll nur noch zwischen „Existenzsicherung“ und „Existenzunterstützung“.

Ziel sei eine übersichtlichere und einheitlichere Leistungsstruktur.

Neuordnung der Verwaltungsorganisation

Auch die Verwaltungsorganisation soll neu geordnet werden. Vorgesehen ist eine Reduzierung der Zuständigkeitsstränge auf zwei Ebenen: Jobcenter für erwerbsfähige Personen sowie Kommunen für nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Ergänzend sollen wohnortnahe Anlaufstellen den Zugang

zu Sozialleistungen erleichtern. Eine vollständige Vereinheitlichung der Strukturen würde jedoch eine Änderung des Grundgesetzes erfordern.

Erwerbsanreize stärken

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Stärkung von Erwerbsanreizen. Die Einkommensanrechnung soll so angepasst werden, dass sich sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärker lohnt. Niedrige Einkommen würden dabei stärker, höhere weniger stark berücksichtigt. Für EU-Bürger wird zudem eine stärkere Verknüpfung von Leistungsansprüchen an Beschäftigung und Mindestarbeitszeiten vorgeschlagen.

Zur Rechtsvereinfachung emp-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Doppelhaushalt 2026/27: Milliardenetat ohne neue Schulden . . . 2
Ministerrat: Medizinische Versorgung und Gewalthilfegesetz. . . 2
Podcast zur IFAT: Umwelttechnologie macht Kommunen resilienter 2

GZ-Kolumne Constanze von Hassel:
Wischen verboten? Denken erlaubt! 3

Noch werden Zuschüsse kaum gekürzt 3
Bayerische Energietage 2026: Als Veranstalter mitmachen . . . 3
Jugendpolitiktag: „Wir holen die Jugend an Bord“ 5

Kommunale Finanzthemen 5 - 10
Wasser · Abwasser 11 - 12
Kommunaltechnik · Bauhof · Wald 13 - 15

Aus den bayerischen Kommunen. 16 - 20

Bayerischer Landtag verabschiedet Doppelhaushalt 2026/27:

Milliardenetat ohne neue Schulden

Nach dreitägigen Marathonberatungen wurde im Bayerischen Landtag der Doppelhaushalt für 2026 und 2027 final beschlossen. Insgesamt wächst der Etat für beide Jahre zusammengerechnet auf rund 168,5 Milliarden Euro an (siehe GZ 22/2025). Für dieses Jahr sind aktuell rund 84,7 Milliarden Euro eingeplant, für 2027 83,8 Milliarden Euro.

„Mit dem Beschluss des Doppelhaushalts 2026/2027 haben wir trotz der angespannten Konjunktur ein wuchtiges Zukunftspaket geschnürt – und das ohne neue Schulden“, betonte Finanzminister Albert Füracker. Man schaffe mit dem Etat die Grundlage, dass es in Bayern wieder aufwärtsgehe. „Es geht auch um Generationengerechtigkeit; auch das ist Nachhaltigkeit.“

Signal für Stabilität

Aktuell sei der Doppelhaushalt ein „echtes Planungsoptimum“. Bayern setze ein starkes Signal für Stabilität, Zuverlässigkeit sowie für eine solide bayerische Haushaltsführung. „Mit einer Investitionsquote von 17,1 Prozent investieren wir auf höchstem Niveau in die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur und setzen kraftvolle Wachstumsimpulse. 59,8 Milliarden Euro für Bildung und Forschung, 17,8 Milliarden Euro für Sicherheit und Rechtsschutz und 3,6 Milliarden Euro für die Wohnraumförderung sprechen für sich. Auch unsere Hightech Agenda Bayern führen wir fort und haben hierfür 1 Milliarde Euro eingeplant.“

Der Freistaat, so Füracker, stehe auch weiterhin als verlässlicher Partner an der Seite seiner Kommunen. „Wir haben trotz der schwierigen Haushaltslage eine kräftige Unterstützung für unsere Kommunen vorgesehen: Fast ein Drittel unseres gesamten Haushaltsvolumens fließen in diesem Jahr an Bayerns Kommunen – das ist absolutes Top-Niveau. Der kommunale Finanzausgleich steigt um knapp 846 Millionen Euro in 2026 auf 12,83 Milliarden Euro. Zusammen mit den

Mitteln für Maßnahmen nach dem ‚Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz‘ und weiteren Leistungen an Gemeinden stehen den Kommunen allein in 2026 rund 5,7 Milliarden Euro mehr zur Verfügung als noch in 2025.“

Kritik aus der Opposition

Aus der Opposition kam deutliche Kritik am Doppelhaushalt 2026/2027. Die Landtags-Grünen bewerten ihn als „Haushalt der verpassten Chancen“. Zwar sei das Finanzvolumen hoch, es fehle jedoch an strategischer Ausrichtung und langfristiger Perspektive. Handlungsbedarf bestehe insbesondere in zentralen Zukunftsfeldern wie Bildung und Kinderbetreuung, der finanziellen Ausstattung der Kommunen sowie beim Ausbau klimafester Infrastruktur, erneuerbarer Energien und

Bayerischer Ministerrat:

Medizinische Versorgung und Gewalthilfegesetz

Der Bayerische Ministerrat hat in München Beschlüsse zur Weiterentwicklung der medizinischen Versorgung im Freistaat sowie zur Umsetzung des bundesrechtlich neu erregelten Gewalthilfegesetzes gefasst. Im Mittelpunkt stehen dabei Maßnahmen zur Sicherung der ärztlichen Versorgung insbesondere in ländlichen Regionen sowie der künftige gesetzliche Ausbau von Hilfs- und Schutzstrukturen für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder.

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum bleibt nach Angaben der Staatsregierung eine der zentralen gesundheitspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Die sogenannte Landarztprämie des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention habe sich dabei seit ihrer Einführung als wirksames Instrument erwiesen, um Niederlassungen von Haus- und Fachärztinnen und -ärzten außerhalb der Ballungszentren zu fördern. Laut Staatsministerin Judith Gerlach wurden seit 2012 mehr als 1.500 Ärztinnen und Ärzte unterstützt und hierfür insgesamt rund 63 Millionen Euro bereitgestellt. Vor diesem Hintergrund hat der Ministerrat nun eine umfassende Modernisierung der Landarztprämie beschlossen. Ziel ist es, die medizinische Versorgung in strukturschwächeren Regionen weiter zu stärken und stärker auf konkrete Versorgungsbedarfe auszurichten.

Höhere Förderungen möglich

Künftig sollen in Gebieten mit besonderem Versorgungsbedarf deutlich höhere Förderungen möglich sein. Die Landarztprämie kann dabei bis zu 60.000 Euro betragen, ergänzt um Fördermittel der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns von bis zu 90.000 Euro. Damit ergibt sich eine mögliche Gesamtförderung von bis zu 150.000 Euro für eine Niederlassung in besonders belasteten Regionen.

Zudem soll die Förderung flexibler gestaltet werden. Die Prämie kann künftig mehrfach an denselben Antragsteller vergeben werden, um zusätzliche Versorgungsangebote und Praxisstandorte zu ermöglichen und die Versorgungsdichte im ländlichen Raum zu verbessern. Neu eingeführt werden außerdem zwei zusätzliche Förderinstrumente: eine Mobilitätsprämie

moderner Mobilitätslösungen.

Die AfD warf der Staatsregierung vor, finanzpolitische Probleme zu kaschieren. Zwar werde formal auf neue Schulden verzichtet, die Einhaltung der „schwarzen Null“ sei jedoch nur durch Mittel aus bundesweiten Sonderfinanzierungen möglich.

AfD fordert zusätzlich eine umfassende Schuldentilgung

Zudem seien jahrelang Straßen, Brücken, Schulen und kommunale Einrichtungen vernachlässigt worden, während Milliarden in „ideologische Projekte“ und die Folgen illegaler Zuwanderung geflossen seien. Die AfD forderte zusätzlich eine umfassende Schuldentilgung in Milliardenhöhe, die durch Einsparungen in verschiedenen Ressorts gegenfinanziert werden sollte. Dieser Vorschlag fand jedoch keine Mehrheit.

Die SPD bezeichnete den Etat als widersprüchlich und kritisierte insbesondere inkonsistente Prioritätensetzungen sowie nicht eingehaltene Zusagen. Auch sie bemängelte, dass

die Schuldenfreiheit maßgeblich durch den Rückgriff auf Bundesmittel ermöglicht werde. Der Doppelhaushalt 2026/27 sei kein Sicherheitsnetz, sondern ein Sparprogramm auf Kosten der Schwächsten. Es brauche keine schwarze Null um jeden Preis, sondern gezielte Investitionen.

CSU: Solide Finanzpolitik und mutige Investitionen

Josef Zellmeier, Vorsitzender des Haushaltsausschusses, bezeichnete den Haushalt als „starken Anker in unsicheren Zeiten“. Der Freistaat verbinde solide Finanzpolitik mit mutigem Investieren. Die erste Tranche konkreter Investitionen aus dem Sondervermögen werde bereits mit diesem Doppelhaushalt auf den Weg gebracht. „Während andere Länder die gelockerte Schuldenbremse als Freifahrtschein nutzen, bleibt Bayern seiner Linie treu: Wir geben nicht mehr aus, als wir einnehmen. Das schulden wir den kommenden Generationen“, machte Zellmeier deutlich. Bernhard Pohl, haushaltspolitischer Sprecher der Freien Wähler, sprach von einem „Premium-Haushalt“, der seinesgleichen suche. **DK**

reits mehr als 16 Millionen Euro bereitgestellt. Nach Gerlachs Angaben konnten durch diese Maßnahmen bereits Verbesserungen erzielt werden: Die Zahl unbesetzter Arztsitze sei von 603 im Vorjahr auf 446 im Jahr 2026 gesunken.

Steigender Versorgungsbedarf

Trotz dieser Entwicklung bleibe der Handlungsbedarf hoch, betonte die Ministerin. Aufgrund des demografischen Wandels werde in den kommenden Jahren mit einem weiteren Rückgang der niedergelassenen Ärzteschaft gerechnet, während der Versorgungsbedarf weiter steige. Gerlach kündigte daher an, die bestehenden Förderinstrumente fortlaufend weiterzuentwickeln und sich zusätzlich auf Bundesebene für mehr Handlungsspielräume der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns einzusetzen.

Frauenschutzeinrichtungen

Neben den gesundheitspolitischen Maßnahmen befasse sich der Ministerrat auch mit der Umsetzung des vom Bund beschlossenen Gewalthilfegesetzes. Bayern setzt dieses Gesetz um und überführt damit die bisher überwiegend freiwillig geförderten Strukturen in ein gesetzlich verpflichtendes System. Wie Staatsministerin Ulrike Scharf erläuterte, gelte ab 2027 eine gesetzliche Sicherstellungsverpflichtung der Länder für Frauenschutzeinrichtungen und Fachberatungsstellen. Auch die Finanzierung werde künftig durch die Länder gewährleistet.

Der Ministerrat hat dazu eine Anpassung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) beschlossen und damit die rechtliche Grundlage für die Umsetzung auf Landesebene geschaffen. Auf dieser Basis können künftig Anträge der Träger des Hilfesystems bearbeitet werden. Zuständige Bewilligungsbehörde wird das Zentrum Bayern für Familie und Soziales (ZBFS) sein. In einem weiteren Schritt soll zudem die Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze (AVSG) angepasst

GZ Podcast „Das GUTE Beispiel“ GZ



GZ-Podcast Das GUTE Beispiel:

IFAT 2026

Wie Umwelttechnologie Kommunen resilienter macht

Von Abwasserwärme über PFAS bis zur resilienten Infrastruktur: Auf der IFAT 2026, die vom 4.-7. Mai in München stattfindet, zeigt die Umwelttechnikbranche, welche Lösungen Kommunen schon heute nutzen können. Im Gespräch mit Michael von Hassel erklärt Messeleiter Philipp Eisenmann, warum die Weltleitmesse nicht nur Innovationen präsentiert, sondern auch Zuversicht für die kommunale Praxis vermittelt. Link zur Folge: <https://t1p.de/rw58y> **□**

Frauen in Führungsfunktionen:

Leichter Anstieg

Die Ergebnisse des Mikrozensus 2025 zeigen weiterhin deutliche geschlechterspezifische Unterschiede auf dem bayerischen Arbeitsmarkt. Frauen arbeiten überwiegend in sozialen und Gesundheitsberufen, Männer dominieren technische, handwerkliche und logistische Tätigkeiten.

Von den rund 7,2 Millionen Erwerbstätigen in Bayern sind besonders viele in fertigungstechnischen Berufen, in der Unternehmensführung und -organisation, in unternehmensbezogenen Dienstleistungen sowie im Gesundheitswesen tätig. Dabei zeigt sich eine klare Verteilung: In Gesundheitsberufen sind 78 Prozent der 746.000 Beschäftigten weiblich. In fertigungstechnischen Berufen hingegen sind 84 Prozent der 854.000 Erwerbstätigen männlich. Auch in Bau- und Ausbauberufen liegt der Männeranteil bei rund 90 Prozent. Frauen sind dagegen häufig in sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufen sowie in organisatorischen Tätigkeiten vertreten – jeweils mit Anteilen von über 60 Prozent.

29 zu 71 Prozent

Im Jahr 2025 gibt es in Bayern rund 775.000 Führungskräfte mit Verantwortung für Personal, Budget und strategische Entscheidungen. Davon sind 29 Prozent Frauen und 71 Prozent Männer. Im Vergleich zu 2015

werden, die insbesondere die konkrete Ausgestaltung der Finanzierung regelt.

Die künftige Finanzierung orientiert sich an bestehenden Fördersystemen und unterscheidet zwischen Schutzeinrichtungen und Fachberatungsstellen. Vorgesehen sind unter anderem Personalkostenzuschüsse auf Basis von Vollzeitäquivalenten sowie Sachpauschalen, um den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten.

Planungssicherheit

Bayern verfügt bereits über ein breit aufgestelltes Hilfesystem aus Schutzeinrichtungen und Fachberatungsstellen, das bislang überwiegend von den Kommunen getragen wurde. Mit der nun beschlossenen Umsetzung des Bundesgesetzes soll dieses System dauerhaft gesichert und finanziell abgesichert werden.

Für die betroffenen Einrichtungen bedeutet die Neuregelung mehr Planungssicherheit. Für Betroffene von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt soll sie ein deutliches Signal sein, dass verlässliche Hilfe und Schutzstrukturen weiterhin zur Verfügung stehen. **DK**

ist der Frauenanteil damit leicht gestiegen (von 27 auf 29 Prozent), was einem Zuwachs von 187.000 auf 224.000 weibliche Führungskräfte entspricht.

Auffällig ist, dass Frauen vor allem dort Führungspositionen innehaben, wo sie auch insgesamt stark vertreten sind: In sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufen sowie im Gesundheitswesen ist mehr als jede zweite Führungskraft weiblich. In anderen Bereichen mit hohem Frauenanteil – etwa im Handel, im Gastgewerbe oder in der Unternehmensorganisation – dominieren dagegen weiterhin Männer in Führungsrollen mit Anteilen von über 60 Prozent.

In klassischen Männerdomänen bleibt die Führung ebenfalls männlich geprägt: In fertigungstechnischen Berufen sowie im Bau- und Ausbaugewerbe liegt der Anteil männlicher Führungskräfte bei 90 Prozent oder mehr.

Bewegung in Männerdomänen

In einigen bislang stark männerdominierten Branchen steigt jedoch der Anteil weiblicher Führungskräfte. Besonders deutlich zeigt sich dies in IT- und naturwissenschaftlichen Berufen: Hier sank der Männeranteil in Führungspositionen zwischen 2015 und 2025 von 87 auf 78 Prozent. Auch in Sicherheits-, Bau- sowie land- und forstwirtschaftlichen Berufen ist der Männeranteil in Führungspositionen rückläufig.

Umgekehrt gibt es in einzelnen frauendominierten Bereichen leichte Rückgänge: Im Handel sowie im Lebensmittel- und Gastgewerbe ist der Anteil weiblicher Führungskräfte geringfügig gesunken.

Die Ergebnisse basieren auf dem Mikrozensus, einer seit 1957 durchgeführten repräsentativen Haushaltsbefragung, bei der jährlich rund ein Prozent der Bevölkerung in Deutschland befragt wird. Die Daten liefern eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungen sowie für Analysen von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.

Insgesamt zeigt sich: Die Geschlechterverteilung am Arbeitsmarkt bleibt stabil, mit klaren Branchenschwerpunkten. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen steigt zwar, jedoch langsam – und stark abhängig vom jeweiligen Berufsfeld. **□**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dr. Thomas Jung
Stadt Fürth
am 5.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Edwin Rank
Gemeinde Kunreuth
am 30.4.

Bürgermeister Ludwig Nätscher
Gemeinde Poppenhausen
am 3.5.

Bürgermeister Ludwig Wahl
Gemeinde Röttenbach
am 14.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister René Gerner
Gemeinde Fuchsstadt
am 3.5.

Bürgermeister Bernhard Bucka
Gemeinde Osterzell
am 5.5.

Bürgermeisterin Heike Faltermeier
Gemeinde Bruck i. d. OPf.
am 11.5.

Bürgermeister Georg Seiffert
Stadt Bischofsheim
am 12.5.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dennis Diermeier
Stadt Kelheim
am 8.5.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Noch werden Zuschüsse kaum gekürzt

Bayerns Kommunen sorgen auch in finanziell schweren Zeiten für lebendige Vereine

Sind finanzielle Mittel in der Gemeinde knapp, muss an freiwilligen Leistungen gespart werden. Etwa an Vereinszuschüssen. Wie drastisch das sein kann, zeigt das Beispiel von Oberschleißheim. Anfang März geriet die Kommune in die Schlagzeilen: Der erzwungene Sparkurs, hieß es, könnte die Oberschleißheimer Volkshochschule in ihrer Existenz bedrohen. Viele andere Kommunen in Bayern sind in Not. Wobei weithin versucht wird, das lokale Vereinsleben nicht zu gefährden. Gelten Vereine doch als „sozialer Kitt“.

Wie stark Vereine das kommunale Leben prägen, beweist meist ein rascher Blick auf die Sportseite der lokalen Zeitung. Aber auch das soziale und kul-

turelle Leben vor Ort wäre ohne Vereine unvorstellbar. Möglich ist dies jedoch nur durch kommunale Zuschüsse. „Bei uns ist die Stadt der mit Abstand größte Fördermittelegeber“, sagt Markus Pasterny, Vorstand des Eislaufervereins Fürstenfeldbruck. Die Stadt schätze seinen Verein auch. So arbeite man aktuell eng zusammen, was die marode, 1972 errichtete Eishalle betrifft. Sowohl den Verein als auch die Stadt bewegt die Frage, wie ein Neubau finanziell gestemmt werden könnte.



Kommunen in Bayern unterstützen Vereine nicht nur mit Geld, sondern zum Beispiel auch dadurch, dass die Räumlichkeiten günstig oder unentgeltlich zur Verfügung stellen. Bild: Pat Christ

turelle Leben vor Ort wäre ohne Vereine unvorstellbar. Möglich ist dies jedoch nur durch kommunale Zuschüsse. „Bei uns ist die Stadt der mit Abstand größte Fördermittelegeber“, sagt Markus Pasterny, Vorstand des Eislaufervereins Fürstenfeldbruck. Die Stadt schätze seinen Verein auch. So arbeite man aktuell eng zusammen, was die marode, 1972 errichtete Eishalle betrifft. Sowohl den Verein als auch die Stadt bewegt die Frage, wie ein Neubau finanziell gestemmt werden könnte.

Sorgen um Sponsoren

Sorgen bereitet Markus Pasterny, dass die Wirtschaft derart aus dem Gleichgewicht geraten ist. Bisherige Sponsoren und Spender, befürchtet er, könnten bald nicht mehr in der Lage sein, seinen Verein zu unterstützen. „Sponsoren sind aber genauso wichtig wie die Stadt als Zuschussgeber“, sagt er. Kummer bereiten ihm die zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten vor allem deshalb, weil er seinen Verein nicht nur als Organisation ansieht, die Sport ermöglicht: „Sportvereine sind

Konsequenzen aus der C-Krise

Wie unnachtsichtig während der Corona-Krise über eine aus Sicht von Kindern und Jugendlichen endlos lange Zeit auf Distanz und Disziplin gepocht wurde, hat viel mit jungen Menschen angeordnet. Wie sehr es sie verändert hat, erleben nicht zuletzt Lehrer. Auch Michael Kornherr bekommt das mit. Der Unterschleißheimer unterrichtet in einem Gymnasium. Zudem ist er Vater von vier Kindern. Vor mehr als fünf Jahren beschloss er, mitten in der Corona-Krise, etwas für junge Leute zu tun. So entstand der Verein „Gestalten.Begeistern.Unterschleißheim“ (G.B.U.)

Begehbare Geisterbahn

Bis heute ist es den Vereinsmitgliedern ein großes Anliegen, Kinder in Gemeinschaft an analogen Ereignissen teilhaben zu lassen. Etwa an Spieleschulnachmittagen. Oder Ausflügen. Die Nachfrage ist groß: Viele Kinder und Jugendliche beteiligen sich an den Events. Besonders gern wird das Großprojekt des Vereins angenommen: Die G.B.U. baut alljährlich an Halloween mit 40 Freiwilligen fünf Tage lang ein „Gruselhaus“ auf. 4.000 Euro gibt es dafür seitens der Gemeinde. Wobei der Aufwand für die überregional bekannte, kostenlos begehbare Geisterbahn laut Michael Kornherr die Summe von 10.000 Euro weit übersteigt. Ein Antrag auf 6.000 Euro Zuschuss wurde jedoch abgelehnt.

Klar ist, dass sich das stets von über 2.000 Gästen besuchte Gruselhaus nicht allein aus öffentlichen Mitteln finanzieren kann. Von Anfang an wurde versucht, Sponsoren ins Boot zu holen. Doch das wird immer schwieriger, berichtet auch Mi-

chael Kornherr: „Früher wurden uns, kamen wir in eine Bankfalle oder ein Lebensmittelgeschäft, großzügig Spenden zugesagt, nun hören wir immer öfter ein Nein.“ Oder man wird getröstet: Vielleicht klappt es nächstes Jahr. Der Verein versucht, das, was wegfällt, damit zu kompensieren, dass Eigenmittel beigesteuert werden. So verzichten Vereinsmitglieder auf die Rückerstattung von Fahrtkosten. Auch werden Angebote reduziert.

Dass es Gemeinden, aber auch Krankenkassen nicht zu ihren Verpflichtungen zählen, Trauerarbeit zu unterstützen, beklagen Stephanie Bölkow und Annika Schönhofer, Vorständinnen des Sternenkinder-Vereins „Erbse & Johanna“ in Oberschleißheim. Für die Begleitung von Eltern, die ihr Kind vor, während oder kurz nach der Geburt verloren haben, gebe es kaum Fördermittel. Auf die Gemeinde Oberschleißheim lassen die beiden jedoch nichts kommen: „Die Zusammenarbeit erleben wir als sehr wertschätzend und unterstützend, wofür wir dankbar sind.“

Wenig Geld für Sternenkinder

Neben der schwierigen finanziellen Situation wirkt sich die Bürokratie laut Stephanie Bölkow sehr negativ aus. Die Antragsverfahren für Fördergelder seien zeitintensiv und komplex: „Was für ehrenamtlich organisierte Strukturen eine zusätzliche Belastung bedeutet.“ Eine verlässlichere finanzielle Unterstützung sei dringend notwendig, um mehr Familien mit Sternenkindern helfen zu können.

Unklare Zuständigkeiten

Maika Müller vom Ortsverband Oberschleißheim der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) ist dankbar, dass diese Organisation nach wie vor für die benutzten Wasserflächen nichts zu zahlen braucht. Zu hoffen bleibe, dass das Oberschleißheimer Schwimmbad erhalten werden kann. Im besten Fall gelinge ein Neubau. Notwendig wäre auch eine moderne Wachtstation am Regattabadsee. Das aktuelle Gebäude entspricht nicht mehr den Stan-



KOLUMNE Constanze von Hassel

Liebe Leserinnen und Leser,

manchmal frage ich mich ja, ob wir in Deutschland wirklich glauben, Probleme ließen sich per Schalter lösen. Aus. Fertig. Kein TikTok mehr, keine Risiken mehr, Kinder geschützt. So einfach wäre das dann.

Leider ist die Realität ein bisschen weniger bequem.

Die neue Bestandsaufnahme der Expertenkommission zum Kinder- und Jugendmedienschutz bringt es ziemlich unangenehm auf den Punkt: Wir haben kein grundsätzliches Regelungsdefizit. Was wir haben, sind strukturelle Lücken. Und die sind – Überraschung – ziemlich analog.

Denn während in Berlin über Social-Media-Verbote diskutiert wird, sitzen in unseren Kommunen längst die, die das Thema jeden Tag praktisch lösen müssen: Jugendsozialarbeiter,



freie Träger: alle irgendwie zuständig, aber keiner so richtig durchgehend verantwortlich. Wer schon einmal versucht hat, vor Ort ein dauerhaftes Angebot aufzubauen, weiß: Das größte Risiko ist nicht das Internet, sondern die Finanzierung.

Vor diesem Hintergrund wirkt die Verbotsdebatte fast ein bisschen wie politisches Beruhigungsteer-Trinken. Klingt gut, wärmt kurz, löst aber nichts Grundsätzliches. Denn selbst wenn man Plattformen einschränkt: Die Fragen bleiben. Wie lernen Kinder, sich

sicher zu bewegen? Wer hilft Eltern, die längst den Überblick verloren haben? Und wer finanziert das eigentlich dauerhaft?

Auch aus bayerischer Sicht kommt da wenig Überraschendes. Statt neuer Verbote wird auf technische Lösungen gesetzt: Altersverifikation, klare Identitäten, bessere Steuerung von Inhalten. Klingt vernünftig. Aber auch das ersetzt nicht das, was vor Ort passiert, oder eben nicht passiert.

Denn eines ist klar: Medienkompetenz lässt sich nicht verbieten. Prävention auch nicht. Und schon gar nicht delegieren.

Die eigentliche Baustelle liegt also nicht im App-Store, sondern im kommunalen Haushalt.

Vielleicht wäre es an der Zeit, die Debatte einmal umzudrehen. Nicht: „Was verbieten wir, sondern wozu befähigen wir?“ Und vor allem: „Wem geben wir endlich die Mittel dafür?“

Alles andere ist – mit Verlaub – nur Wischen im Nebel.

Ihre
Constanze von Hassel
Chefredakteurin
Bayerische Gemeindezeitung

Wischen verboten? Denken erlaubt!

Streetworker, Schulsozialpädagogen, offene Jugendarbeit. Also genau die Menschen, die nicht den Stecker ziehen, sondern erklären, begleiten und im Zweifel auch mal auffangen.

Das Problem? Diese Angebote sind weder flächendeckend noch dauerhaft abgesichert. Medienpädagogik hängt zu oft vom Engagement Einzelner ab und vom nächsten Fördertopf. Heute Projektmittel, morgen Lücke. Verlässlichkeit sieht anders aus.

Und dann diese herrlich komplizierte Zuständigkeitslandschaft: Bund, Länder, Kommunen,

dards. Dass hier nichts vorangeht, sei aber nicht schuld der Gemeinde. Zu schaffen machten unklare Zuständigkeiten.

Was Oberschleißheim anbelangt, ist beachtlich, wie solidarisch die Vereine untereinander hier sind. Von dieser Solidarität erzählt Gemeinderat Stefan Vohburger (Freie Wähler). Fast alle Vereine hätten eine Zuschusskürzung hingenommen, um die Volkshochschule zu retten. Nachdem deren Schließung droht, seien die Zuschüsse hierfür doch nicht gekürzt worden. „Die vhs ist eine so wichtige Einrichtung, dass wir sie unbedingt erhalten wollen“, so Gemeinderätin Irene Beck (FDP). Wie es finanziell

in Oberschleißheim weitergeht, sei unklar: „Aber man muss positiv denken.“

Nachträgliche Förderung

Sicher gibt es nur wenige Vereine, die ganz allein, ohne Hilfe der Kommune und ohne Unterstützung durch Spender, existieren könnten. Obwohl es schwieriger geworden ist, Gelder zu akquirieren, gelingt es vielen Organisationen noch, sich finanziell gut aufzustellen. So teilt der Heimat- und Kulturkreis Pfaffenhofen mit, dass er trotz niedrigem Jahresbeitrag keine Geldprobleme hat. Der jährliche Zuschussantrag bei der Stadt sei simpel, so Vorständin Ursula Beyer:

„Letztes Jahr wurde er erst gekürzt, doch als sich herausstellte, dass das Geld reicht, bekamen wir die Kürzung nachgezahlt.“

Insgesamt neigen Kommunen deutlich weniger als andere Akteure zu der Annahme, dass Organisationen, die um Fördermittel bitten, diese leichtfertig oder falsch verwenden könnten. Oft ist zu hören: Kommunale Zuschüsse zu beantragen, ist erfreulich unaufwändig. „Für Defizite bei Exkursionen bekommen wir einen Zuschuss von der Katholischen Erwachsenenbildung, deren Anträge sind sehr bürokratisch und kosten Zeit“, berichtet Ursula Beyer. Geld erhält ihr Verein auch aus dem staatlichen (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerische Energietage 2026

Jetzt als Veranstalter mitmachen und die Energiewende vor Ort gestalten

Die Energiewende beginnt in den Kommunen und geht uns alle an – und genau hier setzen die Bayerischen Energietage an. Vom 18. bis 26. Juli 2026 wird Engagement für eine erfolgreiche Energiewende sichtbar und alle Mitwirkenden zeigen, was vor Ort bereits möglich ist. Den Auftakt bildet die zentrale Eröffnungsveranstaltung am 18. Juli 2026 in Regensburg. In den Tagen danach sind Städte und Gemeinden, Unternehmen, Verbände und viele weitere Akteure in ganz Bayern eingeladen, sich mit eigenen Projekten und Veranstaltungen zu beteiligen und die Energiezukunft aktiv mitzugestalten.

Denn in Bayerns Städten und Gemeinden entstehen die Lösungen für eine nachhaltige Energieversorgung. Kommunen spielen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Energiewende: Sie planen Quartiere, gestalten Infrastruktur und setzen konkrete Maßnahmen um – von Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden bis

hin zu Nahwärmenetzen. Gleichzeitig sind sie wichtige Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger und treiben die Transformation direkt vor Ort voran. Gerade angesichts neuer Anforderungen wie der kommunalen Wärmeplanung oder beim Ausbau erneuerbarer Energien wächst die Bedeutung der Kommunen stetig.

Praxis statt Theorie – Austausch, der weiterbringt

Was funktioniert wirklich? Welche Lösungen lassen sich übertragen? Die Veranstalter bei den Bayerischen Energietagen präsentieren ihre Projekte, teilen Erfahrungen und geben konkrete Einblicke in die Umsetzung. Gleichzeitig profitieren sie vom Austausch mit Besucherinnen und Besuchern und erhalten so Einblick in die Probleme und Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Best Practices, innovative Technologien und neue Ansätze werden greifbar und bieten Orientierung für eigene Vorhaben. So entstehen aus guten Beispielen übertragbare Lösungen für viele Regionen.

Jetzt sichtbar werden

Die Bayerischen Energietage sind Ihre Bühne. Nutzen Sie die Gelegenheit, Ihr Engagement



Bildquellen: Tobias Hase / Daggi Binder, malzucker.de / StHWI - M.Gellert; E. Neureuther; P. Hof / Jessica Malwald-Kassner, Bayerische Gemeindezeitung

zu zeigen, Vertrauen aufzubauen und Ihre Kommune als aktiven Gestalter der Energiewende zu positionieren. Besonders wichtig ist die Einbindung der Bevölkerung. Denn die Energiewende gelingt nur gemeinsam. Besichtigungen, Informationsveranstaltungen, Tag der offenen Tür oder interaktive Formate fördern den direkten Austausch und erhöhen die Akzeptanz vor Ort sowie das Verständnis der Bürgerschaft.

Das Bayerische Wirtschaftsministerium unterstützt alle Veranstalter mit überregionaler Bewerbung der Bayerischen Energietage, einem zentralen Veranstaltungskalender, einem umfangreichen Unterstützungspaket von Ideen über Grafikvorlagen bis hin zu Werbemitteln sowie einer Servicestelle, die Ihnen bei Fragen zur Seite steht.

Seien Sie dabei und bringen Sie sich mit eigenen Veranstaltungen

ein, machen Sie Ihre Projekte erlebbar, vernetzen Sie sich mit anderen Akteuren und setzen Sie neue Impulse für die Zukunft.

Weitere Infos

Werden Sie Teil der Bayerischen Energietage 2026 und gestalten Sie die Energiezukunft Bayerns aktiv mit! Erfahren Sie mehr zu den Bayerischen Energietagen 2026: <https://t1p.de/energietage>. □

Warnung vor kritischer ...

(Fortsetzung von Seite 1)

zeitig aber verlässliche Rahmenbedingungen benötigten, um die dauerhafte Defizitsituation zu überwinden. Die derzeitige Finanzierungspolitik werde als unstetig und belastend wahrgenommen.

Auch BKG-Geschäftsführer Roland Engehausen zufolge wird nicht erwartet, dass die Krankenhausreform kurzfristig zu mehr wirtschaftlicher Stabilität führt. Vielmehr rechneten die Einrichtungen mit zusätzlichen Kosten durch neue Vorgaben, die Behandlungen weiter verteuern könnten.

Vermeidung nicht notwendiger Behandlungen

Vorsitzende Bischof wies darauf hin, dass Krankenhäuser keine hohen Gewinne erwirtschafteten und Einsparungen im stationären Bereich nur dann sinnvoll seien, wenn sie nicht zu einer weiteren Verschärfung der finanziellen Lage führten. Die Vermeidung nicht notwendiger Behandlungen wird dabei als wichtiger Beitrag zur Entlastung des Systems gesehen.

Für die Umsetzung geplanter Reformmaßnahmen fordert die BKG einen abgestimmten Ansatz aller Beteiligten. Neben strukturellen Veränderungen werden auch Maßnahmen wie gezielte Konsumsteuern diskutiert. Ohne wirksame Prävention und eine bessere Steuerung von Patientenströmen könnten vermeidbare Behandlungen und Kosten nicht ausreichend reduziert werden.

Weitergehende Maßnahmen

In Bezug auf die Krankenhausreform in Bayern zeigen die Klinikverantwortlichen grundsätzlich Verständnis für den Kurs des Gesundheitsministeriums, bestimmte planbare Eingriffe stärker zu bündeln. Dazu zählen unter anderem Operationen an Hüfte oder Knie, Wirbelsäuleneingriffe sowie Adipositas-Operationen. Die BKG unterstützt eine solche Konzentration bei mengenabhängigen Leistungen sowie Vorschläge für verpflichtende Zweitmeinungen. Nach Einschätzung von Roland Engehausen könnten entsprechende Maßnahmen jedoch noch weiter gehen.

Kommunale Finanzen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

den Euro gestiegen. Gleichzeitig habe der Schuldenstand mit 196 Milliarden Euro einen neuen Höchstwert erreicht. Der Rückgang der Investitionen sei eine direkte Folge dieser Entwicklung. Viele Kommunen lebten inzwischen von ihrer Substanz, was aus volkswirtschaftlicher Sicht problematisch sei. Eine leistungsfähige kommunale Infrastruktur sei eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, warnte Schumacher. Auch er sprach sich dafür aus, den kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer als Teil einer Lösung zu erhöhen.

Sicherstellung grundlegender staatlicher Leistungen

Guido Halfter, Bürgermeister der Gemeinde Bissendorf und Vertreter des DStGB, erklärte, es gehe mittlerweile um die Sicherstellung grundlegender staatlicher Leistungen auf kommunaler Ebene. Insbesondere die Ausgaben in der Eingliederungshilfe sowie in der Kinder- und Jugendhilfe stiegen dynamisch an und entzogen sich weitgehend der Steuerung durch die Kommunen. Die kommunale Selbstverwaltung drohe dadurch ausgehöhlt zu werden und stehe an einem kritischen Wendepunkt.

Auch Christian Schuchardt

Gleichzeitig wurde in der Umfrage darauf hingewiesen, dass eine flächendeckende stationäre Versorgung, insbesondere in der Akutmedizin, weiterhin sichergestellt werden müsse. Roland Engehausen erklärte, die Klinikverantwortlichen stellten sich zwar aktiv dem Transformationsprozess, gleichzeitig befürchteten 84 Prozent von ihnen Unverständnis in der Bevölkerung bei Einschränkungen des jeweiligen Leistungsspektrums.

Vor diesem Hintergrund fordert die BKG mehr Ehrlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit. Einsparmaßnahmen und Strukturreformen dürften nicht ohne Hinweis auf mögliche Auswirkungen auf die Versorgung dargestellt werden.

KI-Potenziale

Positiv bewertet wird hingegen das Potenzial der Künstlichen Intelligenz. Diese sei aus dem Klinikalltag nicht mehr wegzudenken. Die Mehrheit der Befragten sieht derzeit keinen zusätzlichen Regulierungsbedarf. Engehausen betonte, ein professioneller KI-Einsatz könne zum Innovationstreiber in der Versorgung werden, sofern neue bürokratische Hürden vermieden würden.

René Marx, Pflegedirektor der Landshuter Regiokliniken, führte abschließend aus, dass sich die Versorgungsrealität in den Kliniken spürbar verändere. Gründe hierfür seien eine steigende Komplexität, die zunehmende Zahl multimorbider Patientinnen und Patienten sowie ein hoher Druck auf die personellen Ressourcen.

Interdisziplinäre Lösungen

Die Einbindung der Pflege in strategische Diskussionen sei daher von zentraler Bedeutung, so Marx. Pflege sei ein wesentlicher Bestandteil der Patientenversorgung, sowohl in der praktischen Umsetzung als auch in der Weiterentwicklung des Gesundheitssystems. Die Umfrageergebnisse zeigten, dass nachhaltige Lösungen nur interdisziplinär, strukturiert und mit einem klaren Blick auf die Anforderungen im Versorgungsalltag erreicht werden könnten. **DK**

Kein Abbau des Sozialstaats

Trotz der angespannten Lage wiesen die Verbände darauf hin, dass es nicht um einen Abbau des Sozialstaats gehe. Ziel sei vielmehr, dessen langfristige Tragfähigkeit zu sichern. Dafür müssten Standards, Zuständigkeiten und Finanzierungsstrukturen wieder in ein ausgeglichenes Verhältnis gebracht werden. Andernfalls drohten zunehmend spürbare Einschränkungen auf kommunaler Ebene sowie ein wachsender Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Problemlösungsfähigkeit des Staates.

Konkrete Vorschläge

Konkret müssten bei der Eingliederungshilfe unter anderem systemwidrige Ausfallbürg-

BürgermeisterTV

Innenminister Joachim Herrmann im Interview mit Rechtsanwalt und Altbürgermeister Dr. Stefan Detig

In vier kurzweiligen Folgen interviewte Rechtsanwalt und Altbürgermeister Dr. Stefan Detig, Pullach i. Isartal, Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann zu aktuellen kommunalen Themen. Insbesondere die Kommunalwahlen standen im Zentrum. Die Reels des Interviews sind auf Instagram (Stefan Detig) und YouTube Shorts unter Stefan Detig's BürgermeisterTV zu finden:

<https://www.youtube.com/@stefandetigsburgermeister6011/shorts>

<https://www.instagram.com/stefan.detig/>

Noch werden Zuschüsse ...

(Fortsetzung von Seite 3)

Denkmaltopf: „Der Zuschussantrag ist einfach, aber der Verwendungsnachweis aufwendig.“

Kämpfe ums Geld

Auch wenn es im Moment außerordentliche Kämpfe ums Geld gibt, sind viele Kommunen noch in der Lage, ihre Vereine ausreichend zu fördern. „Die bisher von uns gewährten Vereinszuschüsse in 2026 entsprechen dem Niveau von 2025 und sind nicht gekürzt worden“, erklärt Renate Konrad, die das Büro des Oberbürgermeisters von Germering leitet. Auch für die kommenden Jahre seien nach derzeitigem Stand keine Kürzungen vorgesehen. Sie selbst kennt kein Vereinsprojekt in Germering, das mangels finanzieller Unterstützung durch die Kommune nicht hätte umgesetzt werden können.

Schwierige Vorstandssuche

Auch wenn Vereine alle Möglichkeiten ausschöpfen können, zu Geld zu kommen, bleibt ein Problem, ergänzt Christian Wanning, Pressesprecher der Großen Kreisstadt Erding: Es wird immer schwerer, Vorstände zu finden. Über 200 Vereine gibt es in Erding. Um sie gerecht zu fördern, wurden Kultur- und Sportförderlinien erarbeitet. Bei den jüngsten Haushaltsberatungen gab es keine Debatten über Fördermittelkürzungen.

Jugendförderung

In Deggendorf liegt ein Schwerpunkt der Vereinsunterstützung auf der Jugendförderung. Bei fast gleicher Einwohnerzahl wie Erding existieren hier 327 Vereine. In den vergangenen Jahren erhielten sie durchschnittlich pro Jahr 540.000 Euro. Bisher mussten keine Kürzungen vorgenommen werden. Auch in Deggendorf haben Vereine nach Auskunft der Pressestelle vereinzelt das Problem, Nachfolger für die Vorstandsarbeit zu finden.

Sachbearbeiter in den Kom-

schaften der kommunalen Ebene beendet, neue ausgabensteigernde Leistungsausweitungen vermieden, bürokratische Verfahren vereinfacht sowie die Steuerungs- und Prüfmöglichkeiten der Leistungsträger verbessert werden. In der Kinder- und Jugendhilfe brauche es vor allem eine stärkere kommunale Steuerung, eine engere Verzahnung neuer Angebote mit der Jugendhilfeplanung, eine Stärkung von Pflegefamilien sowie einen klareren Priorisierungsfunktionsfähiger Regelsysteme, insbesondere der Schulen. In der Pflege seien eine stärkere Entlastung durch die Pflegeversicherung, eine wirksamere Begrenzung der Eigenanteile sowie weitere Schritte zur Stabilisierung der Versorgung erforderlich. Schließlich müsse auch die finanzielle Situation der Krankenhäuser nachhaltig verbessert werden. **DK**

Modernisierung und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

fehlt die Kommission eine Vereinheitlichung zentraler Begriffe im Sozialrecht, etwa zu Einkommen, Haushalt oder Bedarfsgemeinschaften. Zudem sollen verstärkt Pauschalen eingesetzt, Bagatellgrenzen ausgeweitet und Verfahren insgesamt vereinfacht werden. Auch die Bündelung von Zuständigkeiten beim Unterhaltsrückgriff sowie längere Bewilligungszeiträume werden vorgeschlagen. Im Bereich der Eingliederungshilfe fordert die Kommission insbesondere eine bessere Kostensteuerung und effizientere Verwaltungsabläufe.

Zentrales digitales Sozialportal

Deutlich weitreichend sind Neumann-Redlin zufolge die Vorschläge zur Digitalisierung. Die Sozialverwaltung soll künftig stärker plattformbasiert arbeiten. Geplant ist ein zentrales digitales Sozialportal als einheitlicher Zugang zu Leistungen von Bund, Ländern und Kommunen. Ein „Deutschland-Stack“ soll grundlegende digitale Funktionen wie Kommunikation, Identifizierung und Bezahlverfahren bereitstellen. Einheitliche IT-Standards und die verpflichtende Nutzung zentraler Softwarelösungen sollen die Verwaltungen stärker vernetzen.

Auch der Datenaustausch zwischen Behörden soll verbessert werden, unter anderem durch den Ausbau zentraler Register und die stärkere Nutzung der Steuer-ID. Gleichzeitig sieht die Kommission eine Vereinfachung des Sozialdatenschutzes sowie den verstärkten Einsatz automatisierter Verfahren und Künstlicher Intelligenz vor. Ergänzend sollen Experimentierklauseln neue Ansätze in der Praxis ermöglichen.

Neben diesen strukturellen Reformen enthält der Bericht auch Hinweise zu einzelnen Politikfeldern. So wird etwa im Bereich der Eingliederungshilfe auf stei-

gende Kosten hingewiesen und ein stärkerer Fokus auf Vereinfachung, bessere Steuerung und effizientere Vertragsgestaltung gefordert. Die finanziellen Herausforderungen der Kommunen werden im Bericht ausdrücklich anerkannt, allerdings nicht im Sinne konkreter Finanzierungsmodelle gelöst, da dies nicht im unmittelbaren Auftrag der Kommission lag. Dennoch wird deutlich gemacht, dass insbesondere steigende Ausgaben in der Eingliederungshilfe, Jugendhilfe und Pflege die kommunalen Haushalte stark belasten.

Schrittweise Umsetzung

Die Umsetzung der Reformvorschläge soll nach Vorstellung der Kommission schrittweise erfolgen. Alle wesentlichen organisatorischen und leistungsrechtlichen Änderungen sollen bis spätestens Ende 2027 abgeschlossen sein.

„Wir brauchen eine grundlegende Reform unseres Sozialstaats – nicht als technisches Update, sondern als Rückkehr zu seinem Kern: verlässliche Hilfe für diejenigen, die sie wirklich brauchen“, bekräftigte unterdessen CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek. „Dafür müssen wir Fehlanreize abbauen, Verfahren radikal vereinfachen und die Verwaltung digital und schlank machen. Alle Beteiligten sind gefordert. Umgekehrt gilt: Der Staat darf sich nicht aus der Verantwortung stellen. Bei der GKV-Reform und der anschließenden Diskussion zur Pflegeversicherung ist für mich eines zwingend: Versicherungsfremde Leistungen müssen aus Steuermitteln finanziert werden. Das ist eine Frage der Fairness und gesellschaftlichen Solidarität. Am Ende geht es um Versorgungssicherheit, Verlässlichkeit und bezahlbare Beiträge für Arbeitgeber und Beschäftigte gleichermaßen, damit soziale Kälte in unserem Land keinen Platz hat.“ **DK**

Energieplanung zukunftsfest ...

(Fortsetzung von Seite 1)

gen könnten Kommunen verpflichten, um den Energieverbrauch zu senken.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt liegt auf der Krisenvorsorge, insbesondere im Hinblick auf mögliche Stromausfälle. Die Kommune arbeitet laut Kolb daran, die Funktionsfähigkeit zentraler Einrichtungen auch in solchen Situationen sicherzustellen, darunter ein kommunales Krankenhaus, das für die Versorgung der Bevölkerung unverzichtbar ist.

Wie Direktor Stefan Graf vom Bayerischen Gemeindetag darlegte, stelle die Energiewende Kommunen weiterhin vor große Herausforderungen, gleichzeitig seien in wichtigen Bereichen Fortschritte erkennbar. Als zentralen Erfolg nannte Graf die seit 2026 verpflichtende finanzielle Beteiligung von Standortgemeinden an neuen Wind- und Photovoltaikanlagen. Kommunen erhielten nun einen festen Anteil an den Einnahmen, was ihre bisherige schwache Verhandlungsposition beenden und die Akzeptanz für erneuerbare Projekte vor Ort stärken soll.

Probleme bestünden jedoch weiterhin bei den Stromverteilnetzen. Deutschland weist im europäischen Vergleich sehr hohe Netzentgelte und Renditen für Betreiber auf, während die große Zahl an Netzbetreibern ineffiziente Strukturen begünstigt. Kommunen seien daher gefordert, ihre Kontrollrechte stärker zu nutzen und die Kostenentwicklung genauer zu beobachten.

Auch im Bereich der Gasversorgung zeichnen sich Konflikte ab: Geplante gesetzliche Regeln-

gen könnten Kommunen verpflichten, um den Energieverbrauch zu senken. Dies könnte bestehende Verträge überlagern und langfristig zu Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum führen, insbesondere angesichts der unsicheren Zukunft vieler Gasnetze.

Positiv ist Graf zufolge die bevorstehende Einführung eines einheitlichen Mustervertrags für Wärmenetze. Dieser soll klare und langfristige Rahmenbedingungen schaffen, etwa durch standardisierte Vertragslaufzeiten, transparente Entgeltregelungen und klare Zuständigkeiten. Für Kommunen bedeute das mehr Rechtssicherheit und eine einfachere Umsetzung von Wärmenetzprojekten.

Die kommunale Wärmeplanung bleibe ein zentrales Instrument für die Dekarbonisierung, unterstrich der Verbandsdirektor. Allerdings sei eine Reform des Gebäudeenergiegesetzes geplant, die von festen Vorgaben auf eine schrittweise Erhöhung erneuerbarer Energien umstellt und den Planungsaufwand für kleinere Kommunen reduzieren soll. Viele praktische und wirtschaftliche Fragen seien hierbei allerdings noch ungeklärt.

Dokumentation und Links

In der GZ-Ausgabe 13/2026, die am 2. Juli erscheint, veröffentlichten wir die Dokumentation der Veranstaltung. Freigegebene Vorträge finden Sie unter www.bayerisches-energieforum.de/. Das Passwort hierfür erhalten Sie per Mail an veranstaltungen@gemeindezeitung.de. **DK**



Jugendministerin Ulrike Scharf, Innenminister Joachim Herrmann und BJR-Präsident Philipp Seitz mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Jugendpolitiktage. Bild: StMAS/Nötel

Scharf, Herrmann und Seitz anlässlich der 7. Bayerische Jugendpolitiktage:

„Wir holen die Jugend an Bord und gestalten unsere Zukunft gemeinsam“

Sinnvolle Regeln im digitalen Raum, Desinformation und eine gute Integration in Bayern – darüber haben junge Menschen mit Bayerns Jugendministerin Ulrike Scharf und Innenminister Joachim Herrmann bei „Jugend im Gespräch mit dem Innenministerium!“ diskutiert.

Bayerns Jugendministerin Ulrike Scharf betont: „Wir haben uns mit Jugendlichen über Themen ausgetauscht, die sie direkt in ihrem Alltag betreffen: sinnvolle Regeln im Netz, Jugendschutz und Desinformation. Für mich hat es Priorität, mit den jungen Menschen zu sprechen und nicht über sie. Als Experten und Expertinnen in eigener Sache, wissen sie am besten, wo die Probleme liegen und welche Regeln realistische sind und den digitalen Raum sicherer machen. Wir holen die Jugend an Bord und gestalten unsere Zukunft gemeinsam.“

Themen am Puls der Zeit

Bayerns Innenminister Herrmann erklärt: „Wir kümmern uns im Innenministerium um Themen am Puls der Zeit und um Themen mitten aus dem Leben junger Menschen. Die Sicherheit im Netz und die Integration für ein gutes Zusammenleben in Bayern sind zwei große Bereiche. Dabei sind die Jugendlichen Experten. Jugendliche verbringen heute einen großen Teil ihres Alltags im Netz. Unsere Aufgabe als Staat ist es, digitale Freiheit, wirksamen Schutz vor Gefahren und echte Teilhabe in ein gutes Gleichgewicht zu bringen.“

gen, so dass junge Menschen sich online selbstbestimmt und sicher bewegen können. Deshalb war es mir sehr wichtig, genau hinzuhören, welche Regeln sich die Jugendlichen im digitalen Raum wünschen. Denn gute Digitalpolitik entsteht nicht über Ihre Köpfe hinweg, sondern im direkten Dialog mit den jungen Menschen.“

Junge Menschen wollen sich einbringen

Philipp Seitz, Präsident des Bayerischen Jugendrings, hob hervor: „Ich freue mich sehr, dass die 2022 begonnene Programmreihe ‚Jugendpolitiktage‘ fortgesetzt wird. Die Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Jugendring zeigen damit, dass das direkte Gespräch zwischen Regierungsmitgliedern und jungen Menschen in Bayern ein erfolgreiches und etabliertes Format ist. Gerade in krisenhaften Zeiten möchten junge Menschen angehört werden. Kontinuität ist dabei von großer Bedeutung, denn Kinder und Jugendliche wollen ihre Ideen und Denkanstöße nicht nur einbringen, sondern hinterher auch erfahren, ob sie damit wirklich etwas bewirkt haben. Heute ging es um digitale Freiheiten und

Jugendschutz im Netz. Das sind Themen, die jungen Menschen auf den Nägeln brennen und zu denen sie ihre Erfahrungen und Wünsche einbringen möchten.“

Daniele Barrella, 16, aus dem Berchtesgadener Land: „Ich finde es sehr wichtig, dass sich heute Jugendliche austauschen und über den Jugendschutz im Netz sprechen konnten – ich glaube, dass viele sich kaum etwas darunter vorstellen können. Mir hat es gefallen, dass ich heute viele junge Leute aus ganz Bayern kennenlernen konnte und dass wir Politikern sagen können, was wir verändern wollen.“

Direkter Austausch mit Entscheidungsträgern

Die Bayerischen Jugendpolitiktage richten sich an junge Menschen von 14 bis 21 Jahren. Das Bayerische Sozialministerium veranstaltet die Jugendpolitiktage seit 2022 jeweils in Kooperation mit einem weiteren Bayerischen Staatsministerium und des Bayerischen Jugendrings. Junge Menschen aus ganz Bayern können sich direkt mit Entscheidungsträgern austauschen. Die Reihe ist Teil des Bayerischen Aktionsplans Jugend, der darauf abzielt, die Lebensbedingungen junger Menschen in Bayern zu verbessern und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr Umfeld aktiv zu gestalten. □

Notfallplan für den Mittelstand

MU Bayern fordert schnelle Entlastungen für Betriebe und Beschäftigte

Die Mittelstands-Union (MU) der CSU in Bayern hat einen „Notfallplan für den Mittelstand“ verabschiedet. Der Beschluss wurde am 22. April 2026 vom Landesvorstand sowie den Kreis- und Bezirksvorsitzenden einstimmig gefasst. Ziel ist ein kurzfristig wirksames Maßnahmenpaket, das sowohl Unternehmen als auch Beschäftigte spürbar entlastet.

Hintergrund sind anhaltende wirtschaftliche Belastungen: Internationale Konflikte, schwaches Wachstum sowie deutlich gestiegene Energie- und Materialkosten setzen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen unter Druck. Gleichzeitig steigen auch für Beschäftigte die Lebenshaltungskosten. Viele Betriebe sehen sich daher nicht in der Lage, zusätzliche freiwillige Leistungen wie die von der Bundesregierung vorgesehene steuer- und abgabenfreie Sonderzahlung zu finanzieren.

Die MU Bayern fordert deshalb gezielte Anpassungen bestehender Regelungen. Im Zentrum steht die Forderung, die sogenannte Entlastungsprämie flexibler auszugestalten. Künftig soll sie nicht nur zusätzlich zum Arbeitslohn ausbezahlt werden können, sondern auch zur Vergütung von Überstunden oder als Sonderzahlung dienen. Damit solle Leistung stärker honoriert werden.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Arbeitszeitgestaltung. Die MU spricht sich für die

Einführung einer wöchentlichen statt einer täglichen Höchstarbeitszeit aus. Dies könne Unternehmen mehr Flexibilität bei Schichtmodellen ermöglichen, Energiekosten senken und zugleich Familien entlasten, etwa durch weniger Pendelaufwand.

Absenkung von Strom- und Energiesteuern

Deutlich adressiert wird zudem die Energiepolitik. Die MU fordert eine Absenkung von Strom- und Energiesteuern auf das europäische Mindestniveau sowie eine befristete Aussetzung der CO₂-Bepreisung für 24 Monate, bis eine einheitliche europäische Regelung greift. Ergänzend wird eine weitere Anhebung der Pendlerpauschale gefordert, um gestiegene Mobilitätskosten besser abzufedern.

Auch steuerpolitisch sieht die MU Handlungsbedarf. Deutschland sei im internationalen Vergleich ein Hochsteuerland, was sich negativ auf Investitionen und Leistungsbereitschaft aus-

wirke. Konkret schlägt die Organisation vor, die geplante Senkung der Körperschaftsteuer vorzuziehen und bereits ab Mitte 2026 umzusetzen.

Konsequente Überprüfung staatlicher Ausgaben

Neben Entlastungen fordert die MU eine konsequente Überprüfung staatlicher Ausgaben. Aus Sicht der Organisation liegt die zentrale Herausforderung weniger auf der Einnahmenseite als auf der Ausgabenseite. Kritisiert werden unter anderem Fortschritte beim Bürokratieabbau sowie bei Effizienzgewinnen durch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Vorgeschlagen wird die Einsetzung einer Sonderkommission zur Haushaltskonsolidierung, um Einsparpotenziale systematisch zu identifizieren.

Mit dem Notfallplan positioniert sich die MU Bayern klar für eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung mit Fokus auf Entlastung, Flexibilisierung und Haushaltsdisziplin. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands zu stärken und gleichzeitig die finanzielle Situation von Beschäftigten zu verbessern. □

Notfallreform:

Bund hält an Eingriffen in den Rettungsdienst fest

Der Deutsche Landkreistag unterstützt das Ziel einer besseren Notfallversorgung in Deutschland, sieht den aktuellen Gesetzentwurf der Bundesregierung jedoch weiterhin kritisch. Nach Einschätzung der Landkreise greift der Entwurf in zentralen Punkten unzulässig in die Zuständigkeiten von Ländern und Kommunen ein. Der Rettungsdienst sei nicht nur Teil der Gesundheitsversorgung, sondern auch Bestandteil der Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes – und damit klar Ländersache. Wesentliche Verbesserungen gegenüber früheren Reformüberlegungen erkennt der Verband nicht.

„Wir brauchen eine bessere Notfallversorgung, aber ganz bestimmt keine bundesrechtliche Umgestaltung des Rettungsdienstes durch die Hintertür“, betonte Präsident Achim Brötel. Der Bund überschreite erneut die Grenze zwischen legitimer Finanzierungsregelung und unzulässiger Einflussnahme auf die Organisation vor Ort. Der Rettungsdienst sei eng mit Feuerwehr und Katastrophenschutz verzahnt; eine rein gesundheitsökonomische Betrachtung greife daher zu kurz.

Zuständigkeitskonflikt zwischen Bund und Ländern

Im Mittelpunkt der Kritik steht die geplante Einführung eines eigenständigen Leistungsstatbestands für die medizinische Notfallrettung. Gleichzeitig sollen bestehende landesrechtliche Regelungen durch neue bundesrechtliche Vertrags- und Steuerungsmechanismen ersetzt werden. Künftig sollen die Krankenkassen bundesweit einheitlich über die Vergütung von Leistungen entscheiden. Aus Sicht der Landkreise bedeutet dies einen tiefen Eingriff in gewachsene

Strukturen und eine faktische Verdrängung bewährter landesrechtlicher Regelungen.

Kritik an neuen Steuerungs- und Vergütungsstrukturen

Zusätzlich sollen die Krankenkassen über Richtlinien maßgebliche Vorgaben für Inhalt und Ausgestaltung der Verträge machen. Bestehende Vergütungsvereinbarungen würden nur noch übergangsweise gelten. Der Landkreistag warnt vor einer schleichenden Zentralisierung: Ein bislang dezentral organisierter Bereich drohe in eine bundesweite Steuerungsarchitektur überführt zu werden – ohne erkennbaren Mehrwert für die Versorgung vor Ort.

Kritisch bewertet wird auch das geplante Fachgremium „Medizinische Notfallrettung“. Dort sollen Krankenkassen, Länder und Fachverbände über wesentliche Rahmenbedingungen beraten, während die kommunalen Aufgabenträger außen vor bleiben. „Wer die Verantwortlichen vor Ort nicht einbezieht, verkennt die Realität in der Fläche“, so Brötel. Gerade in den Landkreisen funktionie-

re der Rettungsdienst im engen Zusammenspiel mit Feuerwehr und Katastrophenschutz – diese Strukturen seien über Jahre gewachsen und leistungsfähig.

Positiv sieht der Verband lediglich einzelne Ansätze des Gesetzentwurfs. So könnte eine gesetzliche Definition der medizinischen Notfallrettung dazu beitragen, bislang ungeklärte Finanzierungsfragen zu lösen – etwa bei Einsätzen ohne anschließenden Transport ins Krankenhaus. Auch die stärkere Berücksichtigung präklinischer Leistungen, telemedizinischer Angebote und der Rolle der Leitstellen wird grundsätzlich begrüßt.

Zugleich weist der Landkreistag darauf hin, dass funktionierende Strukturen vor Ort nicht durch neue Parallelregelungen überlagert werden dürften. Statt zusätzlicher Bürokratie brauche es verlässliche Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und eine auskömmliche Finanzierung. Nur so könne gewährleistet werden, dass Rettungsdienste auch künftig flächendeckend leistungsfähig bleiben – gerade im ländlichen Raum, wo längere Anfahrtswege und begrenzte Ressourcen besondere Herausforderungen darstellen.

Kommunale Zuständigkeiten wahren

Dennoch überwiegt aus Sicht der Landkreise die Kritik. Der Gesetzentwurf gehe deutlich über das hinaus, was der Bund sinnvollerweise regeln sollte. Der Deutsche Landkreistag fordert daher Bundestag und Bundesrat auf, die rettungsdienstbezogenen Regelungen im weiteren Gesetzgebungsverfahren deutlich einzugrenzen und die kommunalen Zuständigkeiten zu wahren. □

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

engagierte Menschen, die gestalten, tüfteln, anstoßen ...

... und sich für die Energiezukunft stark machen.

Ausgezeichnet werden Projekte, die sich vorbildlich für Umwelt, Klima und Energieeffizienz einsetzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter bayernwerk.de/buergerenergiepreis



bayernwerk



ORH-Jahresbericht 2026:

Förderdickicht lichten

Die Präsidentin des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, Heiðrun Píwernetz, hat dem Bayerischen Landtag und der Bayerischen Staatsregierung den Jahresbericht 2026 vorgelegt. Darin fordert die Behörde vor dem Hintergrund eines erheblichen Stellenzuwachses sowie eines seit 2015 deutlich gestiegenen Haushaltsvolumens eine umfassende Überprüfung staatlicher Aufgaben. Zugleich übt der Rechnungshof Kritik an der Förderpolitik im Freistaat.

Anhand der geprüften Förderprogramme kommt der ORH zu dem Ergebnis, dass Fördermaßnahmen vielfach am Bedarf vorbeigehen, zu kleinteilig ausgestaltet und unzureichend aufeinander abgestimmt sind. Zudem verursachen sie einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungs- und Personalaufwand. Píwernetz erklärte hierzu, dem Freistaat fehle ein vollständiger Überblick über die eigenen Förderprogramme – dem ORH seien allein mehr als 400 staatliche Programme bekannt.

Kostenintensive Förderlandschaft

Die Förderlandschaft sei insgesamt unübersichtlich, kompliziert und kostenintensiv. Aus Sicht des Rechnungshofs sollten Kompetenzen und Zuständigkeiten stärker gebündelt werden. Klare Regelungen anstelle weiterer Auslegungs- und Ermessensspielräume würden sowohl der Verwaltung als auch den Förderempfängern zugutekommen. Darüber hinaus wird empfohlen, Förderprozesse zu

standardisieren und konsequent zu digitalisieren.

Für das letzte abgeschlossene Haushaltsjahr 2024 bestätigt der Oberste Rechnungshof der Staatsregierung insgesamt eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung, stellt aber laut Präsidentin Píwernetz auch fest, dass in den Jahren 2015 bis 2024 fast 40.000 Stellen in der Staatsverwaltung neu geschaffen wurden. Rechnet man die von 2025 bis 2027 geplanten Stellen hinzu, betrage die Steigerung sogar 45.500 Stellen. Zudem sei das Haushaltsvolumen des Freistaats seit 2015 um 50 Prozent gestiegen. „Wurde im Jahr 2015 noch mit Ausgaben von 51,1 Mrd. Euro geplant, waren es 2024 bereits 73,7 Mrd. Euro und 76,8 Mrd. Euro im Jahr darauf.“

Staat soll sich auf Kernaufgaben konzentrieren

Diese Zahlen legten auch bei Berücksichtigung allgemeiner Preissteigerungen nahe, dass der Staat über die Jahre seine Aufgaben erheblich ausgeweitet hat, betonte Píwernetz. Dieser

Trend sollte gestoppt werden. Der Staat sollte sich wieder auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Dazu sei neben Ausgaben- und Investitionsdisziplin auch eine umfassende Aufgabenkritik notwendig. Nur damit könne Verwaltungsmodernisierung gelingen. Eine solche Aufgabenkritik beantworte Fragen wie: „Was sind notwendige Aufgaben des Staates? Was ist freiwillig? Welche Aufgaben können von anderer Seite wahrgenommen werden?“

Nach Angaben der Kassenprüfer wird der Bund zur Finanzierung der Maßnahmen nach dem Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität in den nächsten Jahren insgesamt 500 Mrd. Euro neue Schulden aufnehmen. Von diesem Sondervermögen gehen im Rahmen des Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG) 100 Mrd. Euro an die Länder. Die neu aufgenommenen Schulden des Bundes werden nicht auf die Länder übertragen. Dem Freistaat stehen aus diesem Sondervermögen insgesamt 15,7 Mrd. Euro zu. Im E-HG 2026/2027 plant der Freistaat mit einem Mittelvolumen von 7,0 Mrd. Euro.

Der Rechnungshof weist darauf hin, dass eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur grundsätzlich aus den laufenden Einnahmen zu finanzieren ist. Die Maßnahmen der Länder nach dem LuKIFG seien mittelbar vom Bund kreditfinanziert. Deshalb sollte die Staatsregierung die Mittel des Sondervermögens für zusätzliche Investitionen und nicht zur Substitution allgemeiner Haushaltsmittel einsetzen.

Außerdem habe die Staatsregierung das selbstgesteckte Ziel, die Staatsverwaltung bis Ende 2025 vollständig zu digitalisieren, nicht erreicht. Die Volligitalisierung eröffne Einsparpotenzial in Milliardenhöhe. Geschäftsprozesse könnten vereinfacht und auch unter Einsatz von KI-Systemen weitgehend automatisiert werden. Aus Sicht des ORH sollte die Digitalisierung zielgerichtet weiterverfolgt werden.

Sonderprogramm für Modulbauten evaluieren

Darüber hinaus seien Hochschulbaumaßnahmen im Rahmen der Hightech Agenda Plus schnell und wirtschaftlich umzusetzen. Hierzu habe die Staatsregierung ein Sonderprogramm für Modulbauten mit dem Ziel aufgelegt, innerhalb von zwei Jahren 20 Gebäude mit einem geplanten Investitionsvolumen von 185 Mio. Euro zu realisieren. „Trotz stark vereinfachter Verfahren konnten weder Terminziele noch Kostenvorteile erreicht werden. Obwohl die Gebäude lediglich zur temporären Nutzung errichtet wurden, waren sie teurer als vergleichbare staatliche Baumaßnahmen“, monieren die Kassenprüfer und empfehlen, das Sonderprogramm zu evaluieren. Künftige vergleichbare Vorhaben sollten zeitnah umgesetzt werden; insbesondere gelte es, ihre Wirtschaftlichkeit nachhaltig zu verbessern.

Nachholbedarf besteht zudem bei der Förderung von Investitionen kommunaler Hochbaumaßnahmen an Schulen, Kindertageseinrichtungen und weiteren öffentlichen Einrichtungen mit jährlich über 1 Mrd. Euro. Der ORH stellte fest, dass die Fördersatz, die der Bemessung der Zuweisungen zugrunde liegen, uneinheitlich ermittelt wurden. Ob die Fördermittel unter diesen Umständen wirtschaftlich und effizient eingesetzt wurden, bleibe offen. Der

Rechnungshof empfiehlt, das Verfahren zur Ermittlung der Fördersatz zu vereinfachen, zu standardisieren sowie zu digitalisieren und so den Verwaltungsaufwand zu verringern.

Anlass zur Kritik gibt auch ein befristetes Förderprogramm, das nach der Corona-Pandemie den Neustart der Tourismus-Branche unterstützen sollte. Dafür stellte der Freistaat 28,5 Mio. Euro zur Verfügung, 15,1 Mio. Euro Fördermittel wurden ausbezahlt, die Ausgaben für die Programmabwicklung betrugen 6,4 Mio. Euro. Trotz umfangreicher bestehender Fördermöglichkeiten wurde laut Rechnungshof ein zusätzliches Programm mit komplizierter Abwicklung aufgelegt und Doppelstrukturen in Kauf genommen, die Abwicklungskosten waren unverhältnismäßig hoch. „Für eine volligitale Abwicklung sollte künftig eine ressortübergreifend einsetzbare Plattform genutzt werden“, heißt es in dem Bericht.

Staatliche Wohnungsbaugesellschaften verfehlen ihr Ziel

Dass Mieten in den Ballungsräumen zu rasant steigen, sollte der Mieterhöhungsstopp bei den staatlichen Wohnungsbaugesellschaften in den Jahren 2018 bis 2025 verhindern. Dieses Ziel sei freilich nicht erreicht worden. Gleichzeitig seien den staatlichen Wohnungsbaugesellschaften dadurch Mieteinnahmen von 28,7 Mio. Euro entgangen. Mit dieser Summe hätten den Kassenprüfern zufolge beispielsweise annähernd 300 zusätzliche Wohnungen auf den Weg gebracht werden können. Um ihre Handlungsfähigkeit zu verbessern, sollten die staatlichen Wohnungsbaugesellschaften angesichts ihrer moderaten Bestandsmieten ihre Möglichkeiten zu Mieterhöhungen wahrnehmen.

Weiterhin hohe Einnahmen entgehen dem Freistaat überdies bei Leitungsverlegungen im Staatsstraßenbau. Der Landtag hatte die Staatsregierung schon 2019 ersucht, die Leitungsentnahmen an den Kosten angemessen zu beteiligen und den Vollzug an den Staatlichen Bauämtern durchzusetzen. Der ORH hat nun in weiteren Fällen entgangene Einnahmen festgestellt. Zudem enthielten die Planunterlagen größerer Ausbauvorhaben nur in sechs von 13 geprüften Fällen die erforderlichen Angaben zur Kostentragung für Leitungen.

Universitätsklinikum Augsburg

Seit 2019 betreibt der Freistaat das Klinikum der Universität Augsburg. Nach Mitteilung des Rechnungshofs habe dieses allerdings nicht für alle erbrachten Leistungen angemessene Erlöse erzielt. Zudem seien Mängel im Forderungs- und Vertragsmanagement festgestellt worden. Berichtswesen und Controlling waren unvollständig. Nach Auffassung des ORH sollte das Klinikum alle erbrachten Leistungen in angemessener Höhe und Zeit abrechnen und vorhandene Erlöspotenziale heben. Darüber hinaus sei die zeitnahe Einführung eines wirksamen Controllings ratsam.

„Bayern steht für verantwortungsvolle und vorausschauende Haushaltspolitik... Diesen soliden Kurs führen wir weiter fort“, hob Finanzminister Albert Füracker anlässlich der ORH-Veröffentlichung hervor. Dies erkennen auch internationale Ratingagenturen an: Erst kürzlich habe die renommierte Ratingagentur Moody's die Bayerische Finanzpolitik erneut mit der Bestnote „AAA/A-1+“ mit stabilem Ausblick bewertet. **DK**



V.l.: LfA-Vorstandschef Dr. Bernhard Schwab, Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und Mitglied des LfA-Vorstands Stefan Höck.

Bild: Stefan Heigl

LfA fährt Förderung deutlich hoch

Neue Impulse für Kommunen bei Infrastruktur und Energiewende

Die LfA Förderbank Bayern hat ihr Fördergeschäft im Jahr 2025 massiv ausgeweitet und setzt ihren Wachstumskurs fort. Für Bayerns Städte und Gemeinden besonders relevant: Neben der klassischen Mittelstandsförderung gewinnt die Unterstützung kommunaler Infrastruktur- und Energieprojekte spürbar an Bedeutung.

Wie die Förderbank bei ihrer Bilanz-Pressekonferenz in München mitteilte, stieg die Gesamtförderleistung im Vergleich zum Vorjahr um 45 Prozent auf 2,67 Milliarden Euro. Treiber dieser Entwicklung sind deutlich ausgeweitete Förderprogramme, höhere Darlehenshöchstbeträge sowie stärkere Risikoentlastungen.

Im Kerngeschäft mit Programmkrediten für Mittelstand und Kommunen sagte die LfA über 2,16 Milliarden Euro zu. Zusammen mit Konsortial- und Globaldarlehen summierten sich die Darlehenszusagen auf rund 2,53 Milliarden Euro. Hinzu kamen Risikoübernahmen in Höhe von 138 Millionen Euro.

Kommunale Infrastruktur rückt stärker in den Fokus

Auch die kommunale Ebene profitiert von dieser Entwicklung: Rund 85 bayerische Kommunen konnten 2025 mithilfe von LfA-Förderkrediten Investitionen in die kommunale Infrastruktur in Höhe von fast 190 Millionen Euro realisieren. Gefördert wurden insbesondere Vorhaben im Bereich Energie, Wärmeversorgung und grundlegende Infrastruktur.

Insgesamt löste die LfA mit ihren Finanzierungen Investitionen von rund drei Milliarden Euro aus. Etwa 4.000 Unternehmen, Städte und Gemeinden wurden unterstützt, mehr als 142.000 Arbeitsplätze geschaffen und über 5.100 neue geschaffen.

Vor dem Hintergrund der anstehenden kommunalen Wärmeplanung und steigender Anforderungen an die Energieinfrastruktur gewinnt die Rolle der Förderbank weiter an Gewicht. Neue Programme, etwa für Wärmenetze oder Projekte im Bereich erneuerbare Energien, sollen gezielt Investitionen vor Ort ermöglichen, auch wenn die konkrete Nachfrage aufgrund notwendiger Planungsprozesse zeitverzögert anlaufen dürfte.

Starker Anstieg bei Transformation und Energieprojekten

Ein zentraler Wachstumstreiber ist die Förderung der wirtschaftlichen Transformation. Im Bereich Innovation, Digitalisierung sowie Energie- und Klimaschutz verdreifachten sich

die Darlehenszusagen auf rund 720 Millionen Euro. Gleichzeitig blieb die klassische Mittelstandsförderung stark: Für Gründung, Wachstum und Betriebsmittel wurden rund 1,32 Milliarden Euro zugesagt, ein Plus von 29 Prozent.

Die LfA führt diese Dynamik auf die seit 2025 erweiterten Förderbedingungen zurück. Insbesondere höhere Darlehensobergrenzen und die Öffnung der Programme für größere mittelständische Unternehmen hätten die Nachfrage deutlich gesteigert.

Die LfA geht zudem davon aus, dass die Nachfrage nach Risikoübernahmen künftig steigen wird. Für die Förderbank ist dies ein Hinweis auf den wachsenden Finanzierungsbedarf in unsicheren Transformationsphasen, zugleich aber auch ein Zeichen dafür, dass Investitionen zunehmend auf staatliche Risikoentlastung angewiesen sind.

Auch die Eigenkapitalfinanzierung wurde ausgebaut: Über Beteiligungen und Fonds wurden 2025 rund 124 Millionen Euro neu zugesagt, deutlich mehr als im Vorjahr. Mit der Initiative „VC4Start-ups“ stellt der Freistaat Bayern zusätzlich 750 Millionen Euro für neue Wagniskapitalfonds bereit.

Stabile Bilanz als Grundlage für weiteren Ausbau

Trotz der deutlichen Ausweitung des Fördergeschäfts bleibt die LfA betriebswirtschaftlich stabil. Die Bilanzsumme stieg auf 25,2 Milliarden Euro, die Kernkapitalquote verbesserte sich auf 23,9 Prozent. Der Jahresüberschuss lag erneut bei 20 Millionen Euro.

Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger sieht sich damit bestätigt: Der deutliche Nachfrageanstieg zeige, dass der Ausbau des Förderangebots „der richtige Kurs“ gewesen sei. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten brauche es starke staatliche Partner für Investitionen und Wachstum.

Für Kommunen bedeutet die Entwicklung vor allem eines: Die LfA positioniert sich zunehmend als Finanzierungspartner für zentrale Zukunftsaufgaben, von der Energieversorgung über Infrastruktur bis hin zum regionalen Strukturwandel. **CH**

Füracker zum Finanzkraftausgleich:

Ohne echte Reform nur ein Tropfen auf den heißen Stein

„Der Finanzkraftausgleich hat ein absurdes Ausmaß angenommen – Bayern muss in 2025 eine Rekordsumme von rund 11,7 Milliarden Euro stemmen und trägt bereits seit Jahren den Löwenanteil des Ausgleichsystems. Dass es so nicht weitergehen kann, hat auch der Bund erkannt und Entlastungen für die Geberländer auf den Weg gebracht: Bayern soll zeitweise schätzungsweise rund 200 Millionen Euro pro Jahr weniger zu Gunsten der Nehmerländer abgeben müssen. Das ist zwar ein guter erster Schritt in die richtige Richtung, als befristete Einzelmaßnahme jedoch leider nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein“, erklärte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich des Beschlusses des Bundeskabinetts über den Entwurf des Länder- und Kommunalentlastungsgesetzes – LKEG.

„Denn eine Entlastung in der Größenordnung von 200 Millionen Euro entspricht lediglich rund 2 Prozent der Summe, die der Freistaat Bayern in 2025 beisteuern musste“, betonte Füracker. „Die prekäre Schieflage im Finanzkraftausgleich wird dadurch nicht nachhaltig verändert und die grundlegende Problematik im Ausgleichssystem bleibt unberührt – so kann es nicht weitergehen.“

„Bayerns Bürgerinnen und Bürger sind die Hauptleidtragenden dieses ungerechten Ausgleichsystems und das Verständnis hier in Bayern schwindet trotz ungebrochener Solidarität zunehmend. Rein rechnerisch überwiegt in 2025 jede bayerische Bürgerin und jeder bayerische Bürger rund 880 Euro an die zwölf Nehmerländer – Geld, das auch vor Ort in Bayern bestens eingesetzt werden könnte. Unsere Klage beim Bundesverfassungsgericht bietet daher eine echte Chance für alle Bundesländer auf ein Ausgleichssystem, in dem Solidarität, Eigenverantwortung und Fairness wieder im rechten Verhältnis stehen. Wir appellieren daher an das Bundesverfassungsgericht, noch in diesem Jahr eine Entscheidung herbeizuführen“, so Füracker weiter.

Das Bundeskabinett hat jüngst beschlossen, dass den Geberländern im Finanzkraftausgleich in den Jahren von 2026 bis 2029 eine Entlastung von insgesamt 400 Millionen Euro pro Jahr gewährt werden soll. Wieviel hier-

bei beim jeweiligen Geberland ankommt, ergibt sich daraus, welchen Anteil am Gesamtausgleich ein Geberland schultern muss. Für Bayern, das in den vergangenen Jahren regelmäßig etwa die Hälfte des gesamten Finanzkraftausgleichs allein gestemmt hat, ist demnach von einer jährlichen Entlastung in der Größenordnung von rund 200 Millionen auszugehen. Damit die geplante Entlastung umgesetzt werden kann, ist zunächst noch das entsprechende Gesetzgebungsverfahren zu durchlaufen.

Geberland Bayern

Seit Einführung des Finanzkraftausgleichsystems hat Bayern knapp 140 Milliarden Euro als Geberland beigesteuert. Demgegenüber stehen lediglich rund 3,4 Milliarden Euro, die Bayern bis Anfang der 90er Jahre als Nehmerland empfangen hat. Dies zeigt, dass der Finanzkraftausgleich völlig aus dem Ruder gelaufen ist. Der Freistaat fordert daher eine grundsätzliche Überarbeitung des Ausgleichsystems.

Das Bundesverfassungsgericht hat jüngst bekanntgegeben, dass im entsprechenden Normenkontrollverfahren noch im Jahr 2026 eine Entscheidung gefällt werden soll. Nach drei Jahren seit der bereits im Sommer 2023 eingereichten Klage ist dies aus bayerischer Sicht ein sehr erfreuliches Signal und ein echter Hoffnungsschimmer für Bayerns Bürgerinnen und Bürger. **□**

Sparkasse Niederbayern-Mitte:

Stabiler Partner in der Region

Die Sparkasse Niederbayern-Mitte hat sich auch im Geschäftsjahr 2025 in einem anspruchsvollen wirtschaftlichen Umfeld als verlässlicher Finanzpartner erwiesen. Im Rahmen der Bilanzpressekonferenz legte das Institut erneut ein solides Ergebnis vor und steht somit auf einem stabilen Fundament.

Vorstandsvorsitzender Walter Strohmaier zog gemeinsam mit seinen Vorstandskollegen Dr. Martin Kreuzer und Jürgen Kerber eine insgesamt positive Bilanz. Auch der Verwaltungsratsvorsitzende, Landrat Werner Bumeder (Dingolfing-Landau), sowie die stellvertretenden Vorsitzenden, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr und Landrat Josef Laumer (Straubing), unterstrichen die Bedeutung der Sparkasse für die Region und hoben insbesondere die enge Verbundenheit mit den Menschen, Unternehmen und Kommunen hervor.

Größtes Kreditinstitut in Ostbayern

Mit einer Bilanzsumme von etwa 5,5 Milliarden Euro ist die Sparkasse Niederbayern-Mitte das größte Kreditinstitut in Ostbayern und stark in der Region etabliert. Die Kundeneinlagen in Höhe von fast vier Milliarden Euro spiegeln das anhaltend hohe Vertrauen der Bevölkerung wider. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten setzen viele Privatpersonen, Unternehmen und Kommunen bewusst auf Sicherheit, Verlässlichkeit und persönliche Beratung vor Ort.

Im Kreditgeschäft war im vergangenen Jahr eine gewisse Zurückhaltung zu spüren. Das Kreditvolumen ging leicht zurück, was vor allem auf die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie auf geopolitische Unsicherheiten zurückgeführt wird. Dennoch bleibt die Sparkasse ein wichtiger Finanzierungspartner für die Region. Sie begleitet weiterhin zahlreiche Projekte: von der Schaffung von Wohnraum über Investitionen mittelständischer Betriebe bis hin zu kommunalen Vorhaben. Damit trägt das Institut weiterhin maßgeblich zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Region bei.

Positive Eigenkapitalentwicklung

Ein besonders positives Signal ist die Entwicklung des Eigenkapitals. Mit einer Quote von rund 20 Prozent sieht sich die Sparkasse gut gerüstet, um auch

künftig Kredite zu vergeben und Investitionen zu ermöglichen.

Neben ihrer wirtschaftlichen Bedeutung spielt die Sparkasse Niederbayern-Mitte auch als Arbeitgeber eine zentrale Rolle. Sie zählt zu den wichtigen Arbeitgebern in der Region und bietet moderne Arbeitsplätze, flexible Arbeitszeitmodelle sowie vielfältige Möglichkeiten zur Weiterbildung und beruflichen Entwicklung. Einen hohen Stellenwert nimmt dabei die Ausbildung ein.

Umfassendes Engagement für das Gemeinwohl

Darüber hinaus engagiert sich das Institut umfassend für das Gemeinwohl. Mit Spenden- und Sponsoringmitteln in Höhe von mehreren hunderttausend Euro werden zahlreiche Vereine, Gemeinden und soziale Einrichtungen im Geschäftsgebiet unterstützt. Ein sichtbares Beispiel dafür sind die im Jahr 2025 bereitgestellten Ruhebanken im Gesamtwert von über 125.000 Euro an Gemeinden, Vereine und Institutionen im gesamten Geschäftsgebiet.

Flexible Lösungen

Auch in Zeiten zunehmender Digitalisierung setzt die Sparkasse Niederbayern-Mitte weiterhin auf die Kombination aus persönlicher Beratung und modernen digitalen Angeboten. Mit insgesamt 41 Standorten bleibt sie in der Fläche präsent und sichert die Versorgung vor Ort. Gleichzeitig werden Onlinebanking, mobile Anwendungen und digitale Services kontinuierlich weiterentwickelt, um den Kunden flexible und zeitgemäße Lösungen anzubieten.

Für die Kommunen ist die Sparkasse ebenfalls ein wichtiger Partner. Neben der Finanzierung kommunaler Projekte leistet sie durch Steuerzahlungen einen erheblichen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung. Allein das Gewerbesteueraufkommen von über sieben Millionen Euro fließt direkt an die Städte und Gemeinden. Hinzu kommen Ertragssteuern in Höhe von rund 15,6 Millionen Euro. **DK**

Projektauftrag zum Bundesprogramm:

„Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder“

Der Bund stellt erstmals im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder“ 250 Millionen Euro gezielt für die Sanierung kommunaler Schwimmbäder bereit. Die Mittel sind im Wirtschaftsplan des „Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität“ verankert. Mit der Veröffentlichung des Projektauftrags startet nun das Interessenbekundungsverfahren für die Förderung.

Gefördert werden kommunale Schwimmbäder sowie ihre typischen baulichen Bestandteile und zweckdienlichen Folgeeinrichtungen. Bei Gebäuden steht die energetische Sanierung im Fokus. Deshalb müssen diese nach Baufertigstellung definierte energetische Standards erfüllen.

Bei Freibädern liegt der Schwerpunkt insbesondere auf Maßnahmen zum Erreichen einer möglichst klimaneutralen Wärmeversorgung beziehungsweise der Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien. Eine Weiterleitung von Fördermitteln an Dritte, etwa an Vereine, ist möglich.

Städte, Gemeinden und Landkreise können bis zum 19. Juni 2026 Projektskizzen für geeignete Sportstätten digital beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung einreichen, sofern sie Eigentümer der Einrichtung sind. Über die Auswahl der zu fördernden Projekte wird dann der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages entscheiden.

Weitere Informationen zum Förderprogramm finden Sie hier: www.bbsr.bund.de/sks-schwimmbaeder **□**



V.l.: Jürgen Kerber, Vorstandsmitglied SPK Niederbayern-Mitte, stellv. Verwaltungsratsvorsitzender OB Markus Pannermayr, Verwaltungsratsvorsitzender Landrat Werner Bumeder, Vorstandsvorsitzender und Bundesobmann Walter Strohmaier, stellv. Verwaltungsratsvorsitzender Landrat Josef Laumer, Vorstandsmitglied Dr. Martin Kreuzer. Bild: Sparkasse Niederbayern-Mitte

Digitale Verwaltungsprozesse einfach und effizient:

S-Public Services launcht PublicFlow

Die zur DSV-Gruppe gehörende S-Public Services, das Kompetenzzentrum für E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe, stellt auf der KommDIGITALE 2026 erstmals PublicFlow vor. Die Plattform ermöglicht es Kommunen, Verwaltungsprozesse von der Antragstellung bis zur Bearbeitung strukturiert und digital abzubilden – effizient, transparent und DSGVO-konform.

„Viele Kommunen stehen vor der Herausforderung, ihre Mitarbeitenden bei der Digitalisierung der Verwaltungsleistungen mitzunehmen und gleichzeitig interne Abläufe effizient und einfach zu gestalten“, erläutert Frank-Olaf Wilhelm, verantwortlicher Produktmanager bei S-Public Services. „PublicFlow ermöglicht eine digitale Bearbeitung von Anträgen mit einfachen Arbeitsschritten, die sich an den gewohnten Abläufen der papierbasierten Sachbearbeitung orientieren. Routineaufgaben werden automatisiert, sodass Sachbearbeitende Bürgerinnen und Bürger bestmöglich unterstützen können.“

Klar definierte Arbeitsschritte unterstützen interne Antragsbearbeitung

PublicFlow setzt bewusst auf einen anderen Ansatz als klassische Workflow-Systeme. Statt komplexer Prozessmodelle mit zahlreichen Einzelschritten nutzt die Plattform sechs klar definierte Arbeitsschritte, die den Großteil kommunaler Verwaltungsverfahren flexibel abbilden – von der Prüfung über Beteiligungen bis hin zur Entscheidung und Archivierung.

Die Plattform arbeitet nach OZG-Leistungsstufe 4 und kann Anträge aus unterschiedlichen Quellen digital bearbeiten. Die Bearbeitung erfolgt Schritt für Schritt, orientiert sich an der gewohnten Papierakte und erfordert keine aufwendige IT-Modellierung. Sachbearbeitende können Notizen ergänzen, Checkpunkte setzen und behalten jederzeit den Überblick.

Die Benutzeroberfläche ist bewusst einfach gehalten und folgt immer dem gleichen Prinzip – unabhängig vom jeweiligen fachlichen Hintergrund. So können auch kleinere und mittlere Kommunen ohne große Ressourcen ihre Prozesse digitalisieren und Mitarbeitende schnell einarbeiten. Gleichwohl besteht die Möglichkeit, Textbausteine und fachlich spezifizierte Vorlagen für Bescheide und Anschreiben zu hinterlegen.

Höhere Effizienz durch KI-Unterstützung

Dank KI-Unterstützung entfallen zeitintensive Routinearbeiten, während die Bearbeitung komplexer Fälle weiterhin von den Fachkräften gesteuert wird. So

BayernLB bündelt Strukturierungs-Kompetenz für Firmenkunden

Die BayernLB hat die Aufstellung ihres Corporate-Segments zum 1. April 2026 weiter geschärft. Im Mittelpunkt steht die Gründung der neuen Abteilung „Financial Advisory & Working Capital Management“. Die Leitung übernimmt André Heinecke.

Anlass der Neuaufstellung ist die zunehmende Verflechtung von Finanzierungsthemen auf Kundenseite. Die BayernLB reagiert darauf mit einer klaren Ausrichtung an individuellen Kundenbedürfnissen und bündelt Financial Advisory, strukturierte Unternehmensfinanzierungen sowie Trade Finance und Working Capital Lösungen in einer gemeinsamen Einheit. Kunden erhalten damit einen zentralen Ansprechpartner für komplexe Finanzierungsfragenstellungen.

Ausrichtung am Kunden

„Unsere Kunden schätzen es, wenn sie komplexe Finanzierungsthemen mit einem Team

besprechen können, das alle relevanten Perspektiven einbringt. Die neue Abteilung macht genau das möglich“, erklärt Benedikt Hoeschel, Bereichsleiter Corporate bei der BayernLB.

Die Leitung der neuen Abteilung übernimmt André Heinecke, der die Breite dieser Themen aus langjähriger Praxis mitbringt. Er ist seit 2008 bei der BayernLB, hat als Trainee im Haus begonnen und war zuletzt als Head of Financial & ESG Advisory tätig. Davor trug er als Teamleiter in Corporate Structured Finance Verantwortung und war in Global Loan Syndication mit der Arrangierung und Platzierung von Konsortialfinanzierungen befasst. **□**

ger können ihre Anträge nach OZG-Leistungsstufe 3 digital einreichen. Für die Bezahlung kommunaler Leistungen wie Gebühren, Tickets oder Steuern integriert PublicFlow und PublicForms die Payment-Plattform GiroCheckout samt der neuen europäischen Lösung Wero, wodurch Zahlungen sicher, komfortabel und transparent abgewickelt werden.

Vorteile für Kommunen

- **Effizienzsteigerung:** Automatisierte Workflows reduzieren den Verwaltungsaufwand.
- **Bürgernähe:** Online-Anträge und digitale Kommunikation er-

möglichen einen komfortableren Service.

- **Flexibilität:** Workflows lassen sich an lokale Bedürfnisse anpassen und bei Bedarf erweitern.
- **Rechtskonformität:** DSGVO-konforme Bearbeitung und sichere Kommunikation.

Informationen

Weitere Informationen zu den Lösungen der S-Public Services für den öffentlichen Sektor: <http://www.s-publicservices.de>

Mehr über modernes E-Payment für die öffentliche Verwaltung mit GiroCheckout: <https://www.s-publicservices.de/loesungen/girocheckout.html>. **□**

„Genossenschaften liefern Lösungen – nicht nur Konzepte“

Interview mit Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern

Die bayerische Kommunalwahl ist vorbei. Neu gewählte Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Landräte stehen vor großen Aufgaben – oft mit knappen Kassen, wachsendem Erwartungsdruck und dem Wunsch, die Menschen aktiv einzubinden. Da kommen Genossenschaften gerade recht. Denn sie sind ein bewährtes Werkzeug kommunaler Problemlösung. Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) erklärt im Interview, in welchen Bereichen Genossenschaften Kommunen unterstützen können.

GZ: Herr Müller, warum sollten sich neu gewählte Kommunalpolitikerinnen und -politiker jetzt mit Genossenschaften beschäftigen?

Stefan Müller: Weil Genossenschaften Probleme lösen, mit denen Kommunen täglich konfrontiert sind: Versorgung sichern, Akzeptanz schaffen, Projekte finanzieren. Und zwar praxisnah, vor Ort und gemeinsam mit den Menschen.

GZ: Was macht Genossenschaften für Kommunen besonders attraktiv?

Müller: Sie sind lokal verankert und langfristig orientiert. Entscheidungen fallen nicht anonym, sondern in der Region. Das

schafft Vertrauen – und genau das brauchen Kommunen, wenn sie etwas bewegen wollen.

GZ: Ein zentrales Thema ist die Energiewende. Wo liegt hier der konkrete Mehrwert?

Müller: Bürgerbeteiligung. Wenn Menschen über Energiegenossenschaften mitinvestieren, wächst die Akzeptanz für Photovoltaik und Windprojekte. Wertschöpfung bleibt vor Ort, Konflikte werden weniger – das ist ein echter Standortvorteil für Gemeinden.

GZ: Strom ist das eine, Wärme das andere. Welchen Beitrag können Genossenschaften hier leisten?

Müller: Wärmenetze sind ein ideales Mittel, um ganze Orts-

teile mit günstiger, nachhaltiger Wärme zu versorgen. Viele Kommunen sind derzeit mit der Wärmeplanung beschäftigt. Genossenschaftliche Wärmenetze können hier eine Lösung sein, nach dem einfachen Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Bürgerinnen und Bürger nehmen die Sache selbst in die Hand, Kommunen sind entlastet und leisten einen Beitrag zu einer sicheren, klimafreundlichen Wärmeversorgung.

GZ: Viele Kommunen kämpfen mit dem Wegfall von Infrastruktur. Können Genossenschaften hier helfen?

Müller: Ja, und sie tun es bereits. Dorfläden, Dorfheime, lokale Brauereien, Kinos oder sogar Saunen: Was wirtschaftlich schwierig ist, kann genossenschaftlich funktionieren, wenn Bürgerinnen und Bürger Verantwortung übernehmen. So bleiben Treffpunkte erhalten – und damit Lebensqualität. Das stärkt das Miteinander und die Identifikation mit der Heimat.

GZ: Auch die medizinische

Versorgung steht vielerorts auf der Kippe. Gibt es Lösungen?

Müller: Medizinische Versorgungszentren in genossenschaftlicher Trägerschaft sind ein wirk-



Stefan Müller, GVB-Verbandspräsident und Vorstandsvorsitzender. Bild: GVB, Hendrik Steffens

sames Modell. Sie sichern ärztliche Versorgung im Ort, entlasten Kommunen und schaffen attraktive Strukturen für Ärztinnen und Ärzte. Das ist ein vielversprechender Ansatz gegen Ärztemangel auf dem Land.

GZ: Welche Rolle spielen die genossenschaftlichen Banken dabei?

Müller: Sie sind stabile Finanzpartner der Kommunen. Sie kennen die Region, denken langfristig und begleiten Investitionen verlässlich – von der Energieanlage bis zum Dorfladen. Diese Nähe ist durch nichts zu ersetzen. Das gilt auch für den Mittelstand. Volks- und Raiffeisenbanken sind dessen klassischer Partner. Und viele Bürgerinnen und Bürger finden in ihnen einen verlässlichen Begleiter.

GZ: Manche Gemeinden fürchten zusätzlichen Aufwand durch neue Kooperationsmodelle. Zu Recht?

Müller: Nein. Genossenschaften bringen nicht nur Ideen, sondern Umsetzungskraft mit. Und sie werden begleitet: Der Genossenschaftsverband Bayern unterstützt bei der Gründung mit rechtlicher, wirtschaftlicher und organisatorischer Expertise. Kommunen müssen das Rad nicht neu erfinden.

GZ: Was ist Ihre zentrale Botschaft an die neuen Mandatsträger?

Müller: Suchen Sie Partner anstatt Einzelkämpfe zu führen. Genossenschaften stehen bereit, Verantwortung zu übernehmen – gemeinsam mit der Kommune. Sie sind keine theoretische Idee, sondern gelebte Praxis. Wer vor Ort Lösungen sucht, findet in ihnen verlässliche Partner, die wirtschaftliche Vernunft mit Bürgernähe verbinden. Wer nachhaltige Lösungen will, sollte Genossenschaften frühzeitig einbeziehen. □

Klimaschutz statt Zettelwirtschaft

Difu-Studie empfiehlt vereinfachte Förderung von Kommunen

Mit dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität hat die große Koalition vor einem Jahr eine weitreichende Modernisierung des Landes versprochen. In Städten, Landkreisen und Gemeinden haperte es allerdings bereits in der Vergangenheit häufig bei der Umsetzung der Vielzahl an Förderprogrammen. Denn komplizierte Förderanträge, knappe Kassen und fehlendes Personal bremsen viele Kommunen aus.

Eine neue Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), die im Auftrag der Klima-Allianz Deutschland und des Klima-Bündnisses erstellt wurde, zeigt, wie Förderprogramme einfacher, wirksamer und bürokratieärmer gestaltet werden können. Denn viele Städte, Landkreise und Gemeinden wollen zwar Klimaschutz umsetzen, stecken jedoch oft in einem Förderdschungel fest. Vor Ort ist der Unmut besonders groß, wenn Schulsanierungen oder der Ausbau bezahlba-

rer Nahwärmenetze an fehlendem Personal und zu langen Bewilligungszeiten scheitern. Bund und Länder stehen hier in der Pflicht, bestehende Förderprogramme zu vereinfachen und den notwendigen Verwaltungsaufwand auf ein Minimum zu reduzieren. Die Studie des Difu zeigt erfolgreiche Optionen auf, wie z. B. auch mit Förderpauschalen in hinreichender Höhe eine gezielte Finanzierung von Personal gelingen kann.

Analysierte Landesprogramme

Für die Studie hat das Difu fünf bestehende Landesprogramme in Rheinland-Pfalz, Sachsen, Niedersachsen und Thüringen analysiert. Dr. Henrik Scheller, Teamleiter Wirtschaft, Finanzen und Nachhaltigkeitsindikatorik am Deutschen Institut für Urbanistik, fasst zusammen: „Für unsere Studie haben wir analysiert, wie Bundesländer bei der Förderung des kommunalen Klimaschutzes erfolgreich neue Wege beschreiben. Ein zentrales Beispiel sind pauschalierte Förderbudgets, die die Bürokratie massiv reduzieren und Planungssicherheit schaffen. Statt für jedes Projekt neue Anträge zu stellen, erhalten Kommunen feste Klimabudgets und wählen aus einer Liste bewährter Maßnahmen selbst aus. Solche Wahlmöglichkeiten entlasten die Kommunen spürbar von Verwaltungsaufgaben. Gerade für kleinere und finanzschwache Kommunen ist das ein entscheidender Hebel, um Klimaschutz und Klimaanpassung strategischer und verlässlicher umzusetzen.“

Reformideen

Aus den analysierten Landesprogrammen wurden Policy-Empfehlungen abgeleitet, die auch als Beitrag für entsprechende Nachsteuerungsprozesse im Bereich der beiden Sondervermögen in den kommenden Jahren gedacht sind. Zu diesen Reformideen zählt an erster Stelle eine grundlegende Bündelung und Pauschalierung von Förderprogrammen durch Bund und Länder, um die Vielzahl an Programmen und die damit verbundene Intransparenz abzubauen. Wenn bestehende oder neue Förderprogramme

auf die Gewährung von Förderpauschalen umgestellt werden, bietet sich beispielsweise eine Kombination aus einer pauschalierten Finanzierung eines strategischen Klimaschutzmanagements in den Kommunen durch die jeweiligen Länder und einer Gewährung pauschalierter Förderkreditkontingente für investive Infrastrukturmaßnahmen in den Kommunen an. Diese könnten über die landeseigenen Förderbanken abgewickelt werden. Eine pauschalierte Förderung ist im Rahmen „klassischer“ Förderprogramme auf Antragstellung der Kommunen aber auch als Sonderlastenausgleich in den kommunalen Finanzausgleichssystemen möglich.

Finanzschwache Kommunen im Blick

„Eine besondere Herausforderung stellt stets die Berücksichtigung der finanzschwachen Kommunen dar. Hier sollte insbesondere auf eine Kofinanzierungspflicht verzichtet werden, da selbst die Erbringung eines Eigenanteils in Höhe von zehn Prozent für diese Kommunen kaum zu leisten ist“, so Dr. Christian Raffer, Difu-Wissenschaftler und Mitautor des Policy-Papers.

Die Bereitstellung von Positivlisten mit Hinweisen zu CO₂-Einsparpotenzialen und beihilferechtlichen Empfehlungen für Kommunen ist vor allem für kleinere und mittlere Kommunen wichtig. Hier sollten die Länder und ihre Energie- und/oder Klimaschutzagenturen entsprechende Hilfestellungen leisten.

„One-Stop-Shop“-Prinzip

Dies gilt auch für flankierende Beratungsangebote für Kommunen: Im Sinne des „One-Stop-Shop“-Prinzips sollten die Energie- und/oder Klimaschutzagenturen der Länder – im Idealfall – als zentrale Institutionen mit der gesamten Förderadministration betraut werden: von der Beratung über die Beantragung, Abwicklung und Verwendungsnachweisprüfung“, unterstreicht Dr. Henrik Scheller. Dazu sollte das gesamte Förderwesen durch Bereitstellung von digitalen Landesförderportalen organisiert werden, um so medienbruchfreie Schnittstellen sowie einheitliche Standards zu realisieren. Eine weitere Empfehlung richtet sich auf eine Entschlackung der Haushaltsordnungen von Bund und Ländern sowie des Zuwendungs- und Vergaberechts. □

Jahresbilanz der bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken:

Gewinnzuwachs in schwierigerem Umfeld

Die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken haben im Geschäftsjahr 2025 ihre Widerstandsfähigkeit in einem anspruchsvollen wirtschaftlichen Umfeld unter Beweis gestellt. Trotz geopolitischer Unsicherheiten, Handelskonflikten und einer schwachen Konjunktur konnten die Institute ihre Ertragskraft weiter steigern und zentrale Kennzahlen verbessern, führte Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), bei der Vorlage der Bilanzzahlen aus. Gerade in herausfordernden Zeiten seien und blieben die genossenschaftlichen Institute verlässliche Partner für Unternehmen und Privatpersonen.

Das operative Ergebnis erhöhte sich um 7,1 Prozent auf 2,2 Milliarden Euro und erreichte damit einen neuen Höchstwert. Das Ergebnis vor Steuern lag mit knapp über 1,8 Milliarden Euro leicht über dem Vorjahresniveau. Die Bilanzsumme der 175 bayerischen Institute erhöhte sich um 2,9 Prozent auf 216,4 Milliarden Euro. Parallel dazu stieg die durchschnittliche Bilanzsumme je Bank auf über 1,2 Milliarden Euro. Die Eigenkapitalbasis wurde weiter gestärkt: Das Kernkapital wuchs von 20,9 auf 22,2 Milliarden Euro, während die Kernkapitalquote infolge regulatorischer Effekte leicht auf 17,1 Prozent zurückging. Nach Müllers Einschätzung würde selbst eine mögliche Zuspitzung der Krise bei BayWa allein keine bayerische Volksbank oder Raiffeisenbank in finanzielle Schwierigkeiten bringen.

Das gesamte Kreditvolumen nahm um 3,8 Prozent auf 147,7 Milliarden Euro zu. Dabei zeigt sich eine strukturelle Verschiebung: Kurz- und mittelfristige Kredite gingen um 4,9 Prozent zurück, während langfristige Finanzierungen um 5,1 Prozent zunahm. Dies weist auf ein wachsendes Bedürfnis nach Planungssicherheit bei Kreditnehmern hin.

Mit einem Plus von 2,8 Prozent stieg das Kreditvolumen bei Firmenkunden langsamer als 2024. „Von einer Kreditklemme kann keine Rede sein“, erklärte GVB-Vorstandsmitglied Dr. Alexander Leißl. Solide mittelständische Unternehmen erhielten weiterhin Kredite, zugleich gewinne die Risikobewertung angesichts veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen an Bedeutung.

Deutlich dynamischer entwickelte sich das Privatkundengeschäft mit einem Plus von 4,7 Prozent bzw. 2,9 Milliarden Euro. Haupttreiber waren Wohnungsbaufinanzierungen. Das Neugeschäft erreichte 17,3 Milliarden

Euro und näherte sich damit wieder dem Niveau früherer Spitzenjahre an. Allerdings liegt der Schwerpunkt weiterhin auf Be-



GVB-Präsident Stefan Müller (l.) gemeinsam mit Vorstandsmitglied Dr. Alexander Leißl. Bild: CH

standsimmobilien. Leißl verwies darauf, dass zur Deckung des Wohnraumbedarfs eine deutlich stärkere Neubautätigkeit erforderlich sei. Die Kundeneinlagen wuchsen um 3,4 Prozent auf 166,7 Milliarden Euro. Sichteinlagen dominieren weiterhin mit rund 62 Prozent.

Fortgesetzt hat sich der Trend zur Geldanlage: Rund 32.000 neue Wertpapierdepots wurden eröffnet. Das Provisionsergebnis stieg von 1,4 auf 1,44 Milliarden Euro, der Zinsüberschuss auf 3,8 Milliarden Euro. Beide Werte markieren neue Höchststände. Die Cost-Income-Ratio verbesserte sich auf 59,8 Prozent und unterstreicht die hohe Effizienz der Institute. Zusätzliche Impulse kamen aus dem Geschäft mit Devisen und Edelmetallen: Hier nahmen die Provisionserträge um fast 60 Prozent zu.

Mit Blick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung mah-

te GVB-Präsident Müller zur Vorsicht: Die konjunkturelle Erholung sei fragil und stark von staatlichen Impulsen geprägt. Nachhaltiges Wachstum erfordere strukturelle Reformen, Bürokratieabbau, steuerliche Entlastungen sowie wettbewerbsfähige Energiepreise.

Entlastungen forderte Müller auch für die Kreditwirtschaft. Er begrüßt es sehr, dass inzwischen über ein eigenständiges Kleinbankregime diskutiert werde. Die Idee eines separaten Kleinbankregimes sollte auf europä-

ischer Ebene zügig vorangetrieben und in einem Gesetzestext festgehalten werden. Der bisherige „One-size-fits-all-Ansatz“ stoße an seine Grenzen. Regulierung müsse sich konsequent an tatsächlichen Risiken und an Proportionalität orientieren.

Die Reform der privaten Altersvorsorge bewertet der GVB grundsätzlich positiv, vor allem die Öffnung für kapitalmarktbasiertere Lösungen. Kritisch sieht der Verband jedoch die geplante Rolle des Staates als Anbieter. Seine Aufgabe sei es, verlässliche Regeln zu schaffen und nicht selbst zum Marktteilnehmer zu werden.

Ein breites privatwirtschaftliches Angebot sei entscheidend für Wettbewerb, Innovation und Wahlfreiheit. Auch bei der konkreten Ausgestaltung neuer Instrumente wie eines Altersvorsorgegedepots bestehe Nachbesserungsbedarf, etwa bei Förderhöhen und steuerlicher Behandlung.

DK

Wohnungsmarkt unter Druck:

Neubau bleibt Bayerns größte Baustelle

Der bayerische Wohnungsmarkt stabilisiert sich, doch die strukturellen Probleme bestehen. Das wurde bei der Vorstellung des aktuellen Marktberichts der Sparkassen-Finanzgruppe in München deutlich. „Wir sind Teil der Lösung, nicht des Problems“, betonte Stefan Siebert, Vorsitzender des Vorstands der LBS Süd, gleich zu Beginn. Zugleich machte er deutlich: „Das Thema Wohnen drückt von allen Seiten seit vielen Jahren.“

Tatsächlich zeigen die Zahlen eine vorsichtige Erholung. Das Transaktionsvolumen stieg 2025 um 9,1 Prozent auf 54,4 Milliarden Euro. Auch die Kreditvergabe zog an: „Wir schauen auf zwei Jahre mit kräftig steigenden Zusagen für Wohnungsbaukredite zurück“, erklärte Stefan Proßer, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern. In-

gesamt hätten die Sparkassen 2025 rund 10,7 Milliarden Euro zugesagt, ein Plus von über 28 Prozent.

Doch die Entspannung ist trügerisch. Denn das Wachstum konzentriert sich auf den Bestand. Neubauten bleiben die Ausnahme. „Von den zugesagten Mitteln entfällt nur ein Bruchteil auf den Neubau“, so

Proßer. Der Großteil fließe weiterhin in den Erwerb bestehender Immobilien, „so entsteht keine wirksame Entlastung für den Wohnungsmarkt“.

Neubau bleibt das zentrale Problem

Dass zu wenig gebaut wird, ist aus Sicht der Branche die entscheidende Schwachstelle. „Der Neubau ist aktuell sicher noch die größte Baustelle“, sagte Erwin Bumberger, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der LBS Süd. Zwar gebe es erste Anzeichen einer Erholung bei den Genehmigungen, doch diese

reichten bei weitem nicht aus. Und ohne Neubau verschärfe sich der Druck auf den Mietmarkt. „Vor allem in den Ballungsräumen bleibt das Angebot hinter dem Bedarf zurück“, erklärte Paul Fraunholz, Geschäftsführer der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH. Das führe zu steigenden Mieten und wachsender Konkurrenz um Wohnraum.

Wachsende Bevölkerung erhöht den Handlungsdruck

Die Herausforderung wird durch die demografische Entwicklung weiter verschärft. Bis 2043 wird Bayerns Bevölkerung um rund 560.000 Menschen wachsen. „Ausreichend und bezahlbarer Wohnraum ist ein wesentlicher Standortfaktor“, betonte Bumberger. Kommunen müssten daher „auf allen Ebenen gegensteuern, um den Neubau in Schwung zu bringen“.

Bauen zu teuer, Verfahren zu komplex

Als Hauptursachen für die schwache Bautätigkeit nennt die Branche vor allem Kosten und Regulierung. „Die Baupreise sind seit 2021 um gut ein Drittel gestiegen“, sagte Proßer. Hinzu kämen hohe Standards und komplexe Verfahren. Bumberger sprach von einem „Wildwuchs an Bauvorschriften“, der Bauvorhaben verteuere und verzögere.

Die Forderungen sind entsprechend klar: „Bauen muss einfacher und billiger werden“, so Bumberger. Neben Deregulierung brauche es verlässliche Förderprogramme und geringere Erwerbsnebenkosten.



V.l.: Stefan Siebert, Vorstandsvorsitzender LBS Süd, Stefan Proßer, Vizepräsident Sparkassenverband Bayern, Erwin Bumberger, stellvertretender Vorstandsvorsitzender LBS Süd, Paul Fraunholz, Geschäftsführer Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH.

Bild: CH

Bestand rückt in den Fokus

Während der Neubau stockt, gewinnt der Bestand an Bedeutung. „Der Zuwachs am Markt kommt vor allem durch gebrauchte Immobilien“, erklärte Fraunholz. Gleichzeitig seien viele dieser Gebäude sanierungsbedürftig. Drei Viertel der Immobilien seien älter als 25 Jahre, der Modernisierungsbedarf entsprechend hoch.

Für Kommunen bedeutet das eine doppelte Aufgabe: Sie müssen Neubau ermöglichen – und gleichzeitig den Bestand weiterentwickeln, etwa durch energetische Sanierung und Nachverdichtung.

Regionale Unterschiede prägen den Markt

Wie stark die Unterschiede innerhalb Bayerns sind, zeigt der Marktspiegel: Während in vielen ländlichen Regionen Einfamilien-

häuser unter 400.000 Euro erhältlich sind, liegen die Preise in Oberbayern oft über 800.000 Euro – im Raum München sogar bei über 1,2 Millionen Euro. Diese Spreizung hat direkte Auswirkungen auf die kommunale Entwicklung: steigender Siedlungsdruck im Umland, wachsende Anforderungen an Infrastruktur und Flächenmanagement.

Kommunen bleiben Schlüsselakteure

Die zentrale Erkenntnis der Pressekonferenz ist eindeutig: Der Wohnungsmarkt stabilisiert sich, aber er löst seine strukturellen Probleme nicht. Oder, wie es Stefan Siebert formulierte: „Wir wollen Teil der Lösung sein“. Und Kommunen bleiben der entscheidende Hebel: zwischen Baulandmobilisierung, Genehmigungspraxis, sozialer Balance und nachhaltiger Stadtentwicklung. CH

Bayerns Wirtschaftsleistung mit leichtem Plus im Jahr 2025

Preisbereinigtes Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 0,5 Prozent

Die bayerische Wirtschaftsleistung hat sich nach vorläufigen Ergebnissen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ im vergangenen Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr positiv entwickelt. In jeweiligen Preisen ist das Bruttoinlandsprodukt um 3,5 Prozent auf 824,2 Mrd. Euro gewachsen. Preisbereinigt ergibt sich ein leichtes Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent.

Bundesweit zeigt sich ebenfalls ein leichtes Wirtschaftswachstum mit preisbereinigt einem Plus von 0,2 Prozent. Damit wächst das Bruttoinlandsprodukt in Bayern sogar stärker als im bundesweiten Durchschnitt.

Bayerns Wirtschaft im Zeitverlauf seit 2019

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass sich die Wirtschaft im Freistaat in einer länger andauernden Schwächephase befindet: Vergleicht man die reale Wirtschaftsleistung des Jahres 2025 mit derjenigen im letzten Vor-Corona-Jahr 2019, ergibt sich ein reales Wachstum von nur 1,6 Prozent innerhalb von sieben Jahren.

Dienstleistungssektor wächst, Verarbeitendes Gewerbe schrumpft

Der Experte des Landesamts, Herr Dr. Jörg Welker, weist darauf hin, dass die positive Entwicklung der Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr insbesondere durch anhaltendes Wachstum im Dienstleistungssektor zustande kommt. So ist die Bruttowertschöpfung im

Dienstleistungsbereich im Jahr 2025 preisbereinigt um 0,9 Prozent gewachsen. Getragen wird dieses Wachstum vor allem von den positiven Entwicklungen in den Bereichen „Handel, Verkehr, Gastgewerbe; Information und Kommunikation“ sowie „öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit“.

Dagegen nimmt im Verarbeitenden Gewerbe, das in der bayerischen Gesamtwirtschaft traditionell eine wichtige Rolle spielt, die Bruttowertschöpfung auch im Jahr 2025 erneut ab. Preisbereinigt ergibt sich ein Minus von 0,4 Prozent.

Preisbereinigter Rückgang um 1,3 Prozent für 2024

Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse für das Vorjahr werden turnusgemäß auf Basis einer verbesserten Datengrundlage auch revidierte Ergebnisse für das Vorjahr bereitgestellt. Demnach ist das bayerische Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 nominal zwar um 1,8 Prozent gestiegen preisbereinigt ergibt sich jedoch ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um 1,3 Prozent.

Bei den hier für das Jahr 2025

vorgelegten Länderergebnissen handelt es sich um eine erste, vorläufige Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL), dem alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass die Berechnungen zugrunde liegende Datenbasis drei Monate nach dem Ende des Berichtszeitraums noch mit Unsicherheiten behaftet ist, sodass zu späteren Rechenständen Änderungen an den Wachstumsraten und auch in der Reihenfolge der Bundesländer möglich sind. Ein Ranking der Bundesländer ist zu diesem Rechenstand daher stets unter Vorbehalt zu betrachten.

Auch bei den für das Jahr 2024 vorgelegten, revidierten Länderergebnissen handelt es sich um eine vorläufige Berechnung des AK VGRdL. Während die Datenbasis über ein Jahr nach dem Ende des Berichtszeitraums zwar robuster ist als für die Berechnung für das Jahr 2025, können sich auch hier zu späteren Rechenständen noch Änderungen an den Wachstumsraten und in der Reihenfolge der Bundesländer ergeben.

Weitere Informationen auf der Homepage des AK VGRdL unter <https://www.statistikportal.de/de/vgrdl>.

Förderbilanz 2025 mit den Privatbanken:

Über 520 Millionen Euro an LfA-Förderkrediten vergeben

Gesamtbetrag der zugesagten LfA-Förderkredite deutlich gestiegen
Private Banken wichtige Partner zur Stärkung des bayerischen Mittelstands

Die privaten Banken haben 2025 deutlich mehr Förderkredite der LfA Förderbank Bayern zugesagt als im Jahr zuvor. Das Gesamtvolumen der von ihnen an mittelständische Unternehmen vergebenen LfA-Förderdarlehen ist auf mehr als 520 Millionen Euro gestiegen. Dies entspricht einem Anteil von rund einem Viertel am gesamten programmgebundenen Fördergeschäft der LfA im Jahr 2025. Damit bleiben die privaten Banken eine tragende Säule des LfA-Fördergeschäfts.

„Als Förderbank des Freistaats Bayern haben wir im vergangenen Jahr unser Förderangebot deutlich ausgebaut: Neben höheren Darlehensbeträgen und Risikolastungen können in den Kreditprogrammen zur Finanzierung der Transformation nun auch größere mittelständische Unternehmen gefördert werden. Die privaten Banken vergeben in besonderem Maße auch LfA-Kredite mit höheren Darlehensbe-

trägen an größere Mittelständler. Gemeinsam fördern wir so die Wettbewerbsfähigkeit und die erfolgreiche Transformation des Mittelstands in Bayern“, erläutert Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern.

Der Bayerische Bankenverband vertritt die Interessen der rund 60 in Bayern tätigen privaten Banken. Es handelt sich dabei um Großbanken, Regional-

und Spezialbanken, Pfandbriefbanken, Privatbankiers sowie Niederlassungen ausländischer Banken.

Markus Huber, Geschäftsführer des Bayerischen Bankenverbands, erklärt: „Die in Bayern tätigen privaten Banken setzen seit Langem auf die Fördermittel der LfA als wichtigen Teil ihres Finanzierungsangebots für den Mittelstand. Gerade auch die im Vorjahr spürbar erweiterten Darlehen und Risikolastungen der LfA ermöglichen bayerischen Gründern und Unternehmen wichtige Zukunftsinvestitionen. So finanzieren wir Hand in Hand Gründung, Innovation und Wachstum im bayerischen Mittelstand.“

Kompetenz für Kommunen.

Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

www.kubus-kommunalberatung.de

KOSTENDECKENDE
GEBÜHRENKALKULATION

für öffentliche Auftraggeber

- ◆ **Kommunalspezialist** – Erfahrung in Friedhofs- und Abwasserprojekten
- ◆ **Effiziente Kalkulation** – realistische und nachvollziehbare Kostenplanung
- ◆ **Juristisch begleitet** – Betreuung durch Volljuristen
- ◆ **Wirtschaftlich fundiert** – Betreuung durch Betriebswirte
- ◆ **Transparenz** – klare Darstellung von Kosten und Leistungen
- ◆ **Kostenoptimierung** – kostendeckende Kalkulation
- ◆ **Zuverlässigkeit & Termintreue** – pünktliche Abgabe und Betreuung

IHRE KONTAKTPERSONEN:

◆ **Michael Wegener**, Assessor jur. ☎ 089/442 35 40-17 ✉ wegener@kubus-kb.de
◆ **Christina Barth**, Betriebsw. (IWW) ☎ 089/442 35 40-22 ✉ barth@kubus-kb.de

Füracker und Schöffel:

Bayerische Beteiligungen weiter auf Erfolgskurs

Flughäfen, Messen und Spielbanken verzeichnen Rekorde
67 Beteiligungen zum Stichtag 31. Dezember 2024

„Bundesweit sind Unternehmen weiterhin von wirtschaftlichen Unsicherheiten und geopolitischen Herausforderungen betroffen. Diese insgesamt schwierigen Rahmenbedingungen machten die vergangenen Jahre auch für unsere bayerischen Beteiligungsunternehmen herausfordernd. Dennoch sind unsere Beteiligungen gut aufgestellt und weiterhin auf Erfolgskurs. Das zeigen sowohl die Zahlen aus dem aktuellen Beteiligungsbericht als auch die fortlaufende Entwicklung aus dem vergangenen Jahr 2025. Unser Ziel bleibt: Die hohe Standortqualität des Freistaats Bayern zu erhalten und die Attraktivität weiter auszubauen“, betonte Finanz- und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel bei der Vorstellung des aktuellen Beteiligungsberichts im Bayerischen Landtag.

Airports auf Wachstumskurs

„Die bayerischen Flughäfen sind weiterhin auf Wachstumskurs. Der Flughafen München verzeichnete 2024 rund 41,6 Millionen Passagiere, im Jahr 2025 sogar rund 43,4 Millionen bei rund 337.000 Flugbewegungen. Ein Meilenstein steht au-

ßerdem kurz vor dem Abschluss: Der neue Flugsteig am Terminal 1 mit einer Gesamtfläche von 95.000 Quadratmetern und einem Investitionsvolumen von rund 665 Millionen Euro ist nahezu fertiggestellt und befindet sich bereits in der Testphase – die offizielle Inbetriebnahme erfolgt im April 2026“, so Schöffel weiter.

Münchener Hypothekenbank mit sehr gutem Ergebnis 2025

Die Münchener Hypothekenbank blickt auf eine positive Entwicklung des Geschäftsjahres 2025 zurück. Trotz einer schwachen Konjunktur und einer verhaltenen Nachfrage auf den Immobilienmärkten konnte sie ihr Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr ausweiten und einen sehr guten Jahresüberschuss erzielen.

„Wir haben unsere strategischen Ziele erreicht und unsere Marktposition weiter gestärkt“, sagte Dr. Holger Horn, Vorsitzender des Vorstands der Münchener Hypothekenbank.

Ertragslage bleibt stabil, Neugeschäft ausgebaut

Der Zinsüberschuss belief sich auf 512,2 Mio. Euro (2024: 532,5 Mio. Euro) und entwickelte sich damit besser als geplant. Der Provisionssaldo verbesserte sich auf minus 62,8 Mio. Euro (2024: minus 64,3 Mio. Euro). Daraus ergab sich ein Zins- und Provisionsüberschuss von 449,4 Mio. Euro (2024: 468,1 Mio. Euro). Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich auf 171,3 Mio. Euro (2024: 152,3 Mio. Euro), was im Wesentlichen auf Projekte im regulatorischen Bereich sowie auf die strategische Weiterentwicklung der Bank zurückzuführen ist.

Das Hypothekenneugeschäft stieg um 11 Prozent auf 3,4 Mrd. Euro (2024: 3,1 Mrd. Euro). Damit erreichte die Münchener Hypothekenbank ihre Planziele. In der privaten Wohnimmobilienfinanzierung konnte die Bank das Neugeschäft auf 1,9 Mrd. Euro steigern (2024: 1,7 Mrd. Euro). Besonders dynamisch entwickelte sich das Geschäft in der Schweiz mit einem Plus von 72 Prozent auf 431 Mio. Euro. In der gewerblichen Immobilienfinanzierung sagte die Bank ein Gesamtvolumen von über 1,5 Mrd. Euro zu (2024: 1,4 Mrd. Euro).

Erfolgreiche Refinanzierung am Kapitalmarkt

Auf den Pfandbriefmärkten konnte die Münchener Hypothekenbank ihre starke Position weiter ausbauen. Unter den großvolumigen Emissionen der Bank ragte ein Hypothekendarlehen im Benchmarkformat mit einem Volumen von 500 Mio. Euro heraus, der im weiteren Verlauf des Jahres auf 750 Mio. Euro aufgestockt wurde. Ferner emittierte die Bank

eine grüne Senior-Non-Preferred-Anleihe im Volumen von 500 Mio. Euro, die bei Investoren, die gezielt in dieses Segment investieren, auf großes Interesse stieß. Darüber hinaus konnte die Münchener Hypothekenbank eine weitere Tier-2-Anleihe erfolgreich am Markt platzieren.

Kapitalbasis gestärkt

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft war weiterhin von der herausfordernden Marktlage geprägt. Sie belief sich per Saldo (inklusive Pauschalwertberichtigungen) auf 98,8 Mio. Euro (2024: 126,8 Mio. Euro). Nach Steueraufwendungen in Höhe von 69,8 Mio. Euro (2024: 79,3 Mio. Euro) verblieb ein Jahresüberschuss von 106,1 Mio. Euro (2024: 105,6 Mio. Euro).

Die Münchener Hypothekenbank stärkte ihre Kapitalausstattung weiter. Der Eigenmittelbestand erhöhte sich auf 2,51 Mrd. Euro (2024: 2,48 Mrd. Euro). Die Eigenkapitalausstattung liegt somit weiterhin deutlich über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die harte Kernkapitalquote belief sich zum Jahresende 2025 auf 21,0 Prozent (2024: 16,7 Prozent). Die Gesamtkapitalquote betrug 28,0 Prozent (2024: 22,2 Prozent).

Ausblick

Für das laufende Jahr 2026 hat sich die Münchener Hypothekenbank das Ziel gesetzt, im Hypothekenneugeschäft um zwölf Prozent auf 3,8 Mrd. Euro zu wachsen. Dabei erwartet die Bank jedoch vor dem Hintergrund erhöhter geopolitischer Spannungen und deren dämpfender Effekte auf Konjunktur, Investitionsbereitschaft und Finanzierungsbedingungen weiterhin spürbare Unsicherheiten an den Märkten für Wohn- und Gewerbeimmobilien.

Insgesamt rechnet die Bank mit einem stabilen Geschäftsergebnis und einem Jahresüberschuss, der sich auf dem Niveau des Vorjahres bewegt. □

Messestandort Bayern

„Die beiden Messegesellschaften konnten im Geschäftsjahr 2024 besondere Firmenjubiläen feiern: Die NürnbergMesse feierte ihren 50. Geburtstag – und das mit einem Rekordumsatz von 368 Millionen Euro in 2024. Die Messe München GmbH blickte auf 60 Jahre erfolgreichen Geschäftsbetrieb zurück. Sie erwartet nach derzeitigen Hochrechnungen für 2025 das erfolgreichste Jahr der Unternehmensgeschichte mit einem Rekordumsatz im Konzern von rund 600 Millionen Euro – ein Mega-Messe-Jahr mit acht von zwölf Weltleitmessens am Standort München. Wir werden auch weiter dafür arbeiten, dass Bayern einer der attraktivsten Messestandorte weltweit bleibt“, betonte Schöffel.

Staatliche Lotterie- und Spielbankverwaltung

„Die bayerische Staatliche Lotterie- und Spielbankverwaltung ist ebenfalls auf Erfolgskurs. Die Bayerischen Spielbanken verzeichnen im Geschäftsjahr 2024 über 129 Millionen Euro Bruttospielertrag, in 2025 mit rund 139 Millionen Euro Bruttospielertrag sogar den höchsten seit ihrem Bestehen. Rund 723.000 Gäste besuchten in 2025 die Spielbanken, das ist ein deutliches Plus von fast 5 Prozent gegenüber dem Vor-

Staatsminister Füracker:

Gemeinsam stark gegen Finanzkriminalität in Europa

Bayerische Steuerfahndung ermittelt aktuell in 50 EUStA-Fällen wegen mutmaßlichem europaweitem Steuerschaden von rund 1,6 Mrd. Euro

„Gemeinsam mit der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) setzen wir auf Teamwork gegen Finanzkriminalität über Ländergrenzen hinweg, um Umsatzsteuerhinterziehung entschieden zu bekämpfen. Gerade unsere bayerische Steuerfahndung macht hier den Unterschied: Mit digitaler Innovationskraft, langjähriger Erfahrung und großem Engagement arbeiten unsere Ermittlerinnen und Ermittler eng mit der EUSTa zusammen: So laufen aktuell 50 Ermittlungsverfahren der bayerischen Steuerfahndung für die EUSTa, bei denen ein mutmaßlicher europaweiter Steuerschaden von rund 1,6 Milliarden Euro im Raum steht“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Rahmen des gemeinsamen Austauschs mit der EUSTa.

Bayern als verlässlicher Partner

„Ob beim Austausch von Informationen, bei Durchsuchungen oder bei der Digitalisierung umfangreicher Aktenbestände: Bayern bringt Tempo und Präzision in die europaweite Ermittlungsarbeit. So zeigen wir gemeinsam, wie moderne, vernetzte Ermittlungen wirkungsvoll funktionieren. Damit bleibt Bayern ein starker, verlässlicher und tatkräftiger Partner an der Seite der EUSTa“, erklärte Füracker.

Erfolgreiche Zusammenarbeit wird intensiviert

Andrés Ritter, Stellvertreter der Europäischen Generalstaatsanwalt: „Schwere, regelmäßig von organisierten kriminellen Gruppen begangene Finanzkriminalität verursacht einen enormen Schaden für Deutschland und die anderen EU-Staaten. Die EUSTa als einzige europaweit zuständige Staatsanwaltschaft gibt zusammen mit spezialisier-

ten und erfahrenen Partnern eine schnelle und entschlossene Antwort gegen diesen massiven Steuer- und Zollbetrug. Dabei ist uns die Sonderkommission Schwerer Steuerbetrug (SKS) ein solcher wichtiger und bewährter Partner in den Ermittlungen. Die Anzahl der Anklagen, Verurteilungen und Einziehungen von kriminell erlangtem Vermögen in Bayern seit Schaffung der EUSTa zeigen, wie erfolgreich sich die Zusammenarbeit gestaltet. Wir freuen uns auf die mit Herrn Minister Füracker besprochene zukunftsweisende Intensivierung.“

Breites Spektrum an Traditionsunternehmen

Der aktuelle „Beteiligungsbericht 2025“ gibt einen Überblick über die Beteiligungen des Freistaats Bayern zum Stichtag 31. Dezember 2024. Das staatliche Beteiligungsportfolio im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat umfasst zu diesem Zeitpunkt insgesamt 55 Unternehmen in privater Rechtsform, neun Staatsbetriebe sowie drei Anstalten des öffentlichen Rechts.

Es besteht aus einem breit gefächerten Spektrum an Traditionsunternehmen, wie der staatlichen Brauereien, des Bayerischen Hauptmünzamts oder der Bayerischen Seenschifffahrt, bis hin zu Engagements an bedeutenden Großunternehmen, beispielsweise der BayernLB oder den Flughäfen sowie Messen jeweils in München und Nürnberg. Unter anderem anhand ausgewählter Kennzahlen, wie zum Beispiel Umsatz, Jahresergebnis oder Beschäftigtenzahl, wird die wirtschaftliche Entwicklung der entsprechenden Unternehmen im Jahr 2024 aufgezeigt.

Nähere Informationen unter: <https://www.stmfh.bayern.de/beteiligungen/beteiligungsbericht/> □

LfA Förderbank Bayern:

Neuer Regionalkredit geht an den Start

Förderung des Strukturwandels insbesondere im ländlichen Raum / Neuer Förderkredit ergänzt die Zuschussförderung des Freistaats

Die LfA Förderbank Bayern bietet ab sofort einen runderneuertem, neu konzipierten Regionalkredit an. Mit dem neuen Regionalkredit unterstützt die LfA die Unternehmen bei der Finanzierung des Strukturwandels in Bayern. Er ergänzt die Zuschussförderung des Freistaats Bayern aus dem bayerischen regionalen Förderprogramm für die gewerbliche Wirtschaft.

Mit dem Kredit kann der über die Zuschussförderung hinausgehende vorhabensbezogene Investitions- und Betriebsmittelbedarf zinsgünstig finanziert werden. Gefördert werden insbesondere Vorhaben, die einen wichtigen Beitrag zum Strukturwandel im ländlichen Raum leisten.

Kredite bis zu 20 Millionen Euro möglich

Förderfähig im neuen Regionalkredit sind kleine und mittlere gewerbliche Unternehmen (KMU) sowie antragsberechtigte natürliche Personen. Der maximale Kreditbetrag beträgt 20 Millionen Euro. Das Darlehen bietet attraktive Zinssätze, Darlehenslaufzeit und Zinsfestschreibung können flexibel bis zu 20 Jahren gewählt werden. Bei nicht ausreichenden Sicherheiten kann die LfA den Kreditzugang mit Haftungsfreistellungen oder Bürgschaften erleichtern.

Beantragt und ausgezahlt wird der neue Regionalkredit – standardisiert wie in den anderen Förderkreditprogrammen der LfA – in einem einfachen und schlanken Verfahren bei der Hausbank des Unternehmens. Voraussetzung für eine Kreditzusage ist eine Förderung im Rahmen der Richtlinien zur Durchführung des bayerischen regionalen Förderprogramms für die gewerbliche Wirtschaft mit Investitions-

bzw. Lohnkostenzuschüssen. Der Regionalkredit wird aus Haushaltsmitteln des Freistaats Bayern zinsverbilligt und aus dem ERP-Förderkredit KMU der KfW refinanziert.

Beiträge zum Strukturwandel

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger: „Gleichwertige Lebensbedingungen und ausgeglichene Wettbewerbschancen sind Voraussetzung dafür, dass Bayern als Ganzes ein starker Wirtschaftsstandort bleibt. Mit Zuwendungen der Bayerischen Regionalförderung fördern wir deshalb Vorhaben, die bedeutende Beiträge zum Strukturwandel gerade auch in ländlichen Regionen leisten. Der neue LfA-Regionalkredit rundet dieses Angebot jetzt optimal ab.“

Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „Bayern, das ist Stadt und Land, Großkonzern und Einmannbetrieb. Unsere Förderangebote bieten passgenaue Finanzierungslösungen für den gesamten Mittelstand in ganz Bayern. Bayerns Wirtschaft soll auch in Zukunft in ihrer ganzen Vielfalt erfolgreich sein. Deshalb bieten wir mit dem neu aufgestellten Regionalkredit wieder ein attraktives, schlankes und einfach ausgestaltetes Förderdarlehen an, das vorrangig den ländlichen Raum adressiert.“ □

Sparkassen-Finanzgruppe:

Über 500 Millionen Euro für das Gemeinwohl

Die Sparkassen-Finanzgruppe hat im Jahr 2025 rund 504 Millionen Euro für gemeinwohlorientierte Zwecke bereitgestellt. Mehr als eine halbe Milliarde Euro flossen damit auch 2025 in Projekte, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und das Leben vor Ort prägen.

Die Sparkassen-Finanzgruppe hat im Jahr 2025 rund 504 Millionen Euro für gemeinwohlorientierte Zwecke bereitgestellt. Mehr als eine halbe Milliarde Euro flossen damit auch 2025 in Projekte, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und das Leben vor Ort prägen.

Nähe zu den Menschen

„Sparkassen sind tief in ihren Regionen verwurzelt. Wir lassen die Menschen vor Ort an unserem wirtschaftlichen Erfolg teilhaben“, sagte Ulrich Reuter, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DS-GV). „Unser Engagement lebt von der Nähe zu den Menschen und davon, dass wir Verantwortung dort übernehmen, wo wir wirken.“

Die Mittel flossen in vielfältige wichtige gemeinwohlorientierte Bereiche. Den größten Anteil erhielt die Förderung von Kunst und Kultur mit 138 Millionen Euro. Für soziale Zwecke wurden 136 Millionen Euro bereitgestellt, während sportliche Initiativen mit 106 Millionen Euro unterstützt wurden. Darüber hinaus engagierten sich die Institute in den Bereichen Bildung, Forschung, Wissenschaft und

Umwelt und tragen damit zur Vielfalt und Stabilität des gesellschaftlichen Lebens in den Regionen bei.

Lokale Strukturen stärken

„Gesellschaftliches Engagement schafft Räume, in denen Gemeinschaft entsteht und Zusammenhalt wächst“, so Reuter weiter. „Es ermöglicht Teilhabe, stärkt lokale Strukturen und eröffnet Perspektiven. Genau darin liegt seine Bedeutung für eine funktionierende Gesellschaft.“

Neben dem direkten Engagement der Sparkassen haben auch die Stiftungen der Sparkassen-Finanzgruppe ihre Aktivitäten weiter ausgebaut. Die Ausschüttungen stiegen im Jahr 2025 auf 86 Millionen Euro und erreichten damit erneut einen Höchstwert. Wie im gesamten Fördergeschäft lag ein Schwerpunkt auf kulturellen und sozialen Projekten.

Mit insgesamt 770 Stiftungen ist die Sparkassen-Finanzgruppe zudem der stifterisch aktivste Finanzverbund in Deutschland. Zugleich bleibt sie der größte nichtstaatliche Förderer von Kunst, Kultur und Sport in Deutschland. □

Resilienz und Innovation

Die bayerische Wasserwirtschaft diskutiert die Zukunft der Versorgung in Rosenheim

Über 100 Teilnehmende aus Wasserversorgung, Politik, Wissenschaft und Verwaltung folgten der Einladung des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) zur diesjährigen Fachtagung Wasser in Rosenheim. Die Veranstaltung stand im Zeichen wachsender Herausforderungen: Klimawandel, Extremwetter, steigender Ressourcenbedarf und zunehmende Anforderungen an die Sicherheit Kritischer Infrastrukturen. „Die Sicherstellung einer zuverlässigen Wasserversorgung gehört zu den größten Zukunftsaufgaben“, betonte Marian Rappl, Hauptgeschäftsführer des VBEW, in seiner Eröffnung. „Die Tagung zeigt, wie wichtig Zusammenarbeit, Innovation und ein gemeinsames Verständnis der Risiken sind, um die Wasserversorgung in Bayern langfristig resilient und zukunftssicher zu gestalten.“

Zum Auftakt betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber: „Das novellierte Wassergesetz ist das richtige Instrument, um die Wasserversorgung in Bayern fit für die Zukunft zu machen. Das Wasserpaket stärkt die öffentliche Trinkwasserversorgung, verbessert den Hochwasserschutz und vereinfacht und digitalisiert die Verwaltungsverfahren. Der Wassercent ist ein Meilenstein für die Wasserwirtschaft in Bayern. Er gibt unserem wichtigsten Lebensmittel einen Wert. Das soll zu einem möglichst schonenden Umgang beitragen. Der Wassercent wird unbürokratisch sein. Die Einnahmen werden zweckgebunden für Maßnahmen zum Wasserschutz und für eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung verwendet. Moderne Wasserpolitik kann nur im Schulterschluss zwischen Kommunen, Versorgern und Staat gelingen.“

Im Anschluss diskutierten Abgeordnete von CSU, Freien Wählern und Bündnis 90/Die Grünen

über die Frage: Wie gelingt die Wasserwende in Bayern – und welche Rolle spielen Resilienz, Finanzierung und Klimaanpassung? Hier stand vor allem die Einführung des Wasserentnahmeentgelts im Mittelpunkt. Vertreterinnen und Vertreter der Wasserwirtschaft kritisierten erneut die fehlende gesetzliche Messverpflichtung sowie die vorgesehene Freibetragsregelung, die aus Sicht der Branche zu Ungleichbehandlungen führt und den Zweck der Lenkungswirkung weiter abschwächt. Zudem forderten sie, die Wasserwirtschaft eng in die Ausgestaltung der Zweckbindung einzubeziehen, um sicherzustellen, dass die Einnahmen zielgerichtet in die Stärkung der öffentlichen Wasserversorgung fließen.

Für eine zukunftsfähige Wasserversorgung

Der zweite Tag widmete sich den zentralen technischen und organisatorischen Herausforderungen für die Wasserversorgung

in Zeiten des Wandels: Trinkwasserversorgung im Klimawandel, intelligente Anpassungsmaßnahmen, die Nutzung von Synergien und die Steigerung der Resilienz.

Mit zahlreichen Praxisbeispielen, innovativen Projekten und intensiven Diskussionen bot die Tagung erneut eine Plattform für Austausch und Vernetzung. Marian Rappl zog ein positives Fazit: „Die bayerische Wasserwirtschaft stellt sich entschlossen den Herausforderungen – mit technischer Innovation, guter Zusammenarbeit und klarer strategischer Orientierung. Unsere Fachtagung bleibt ein zentraler Treffpunkt, um gemeinsam Wissen zu teilen, Probleme zu lösen und die Zukunft der Wasserversorgung aktiv zu gestalten.“

Hintergrund

Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (VBEW) ist das Sprachrohr der bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft, deren moderne und innovative Unternehmen für verlässliche und nachhaltige Daseinsvorsorge stehen. Gemeinsam schaffen wir die Rahmenbedingungen und die Akzeptanz für die Energie- und Wasserwende. Von Menschen für Menschen.

Der VBEW repräsentiert mit seinen rund 400 Mitgliedsunternehmen die bayerische Strom-, Gas-, Fernwärme-, Wasser- und Abwasserwirtschaft. Als Interessenvertretung vertritt er gemeinsame Anliegen der Mitgliedsunternehmen und ihrer Kunden gegenüber Politik, Wirtschaft, Verwaltung sowie in der Öffentlichkeit. Ziel ist es, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche, zukunftsorientierte, nachhaltige und verbraucherfreundliche Energie- und Wasserversorgung zu schaffen. Zu den Mitgliedern zählen kleine und mittlere, kommunale, private und genossenschaftliche Energie- und Wasserversorgungsunternehmen ebenso wie Konzernunternehmen. □



Die Politik zu Gast bei der Fachtagung Wasser 2026 des VBEW: Thorsten Glauber (Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, m.), Heiko Peckmann, (Geschäftsführer Stadtwerke Rosenheim, l.) und Marian Rappl (Hauptgeschäftsführer VBEW). Bild: VBEW

PeliCon Water Therapy®

Innovativer Schutz für die Gewässer der Region

Die Naturgewässer in Bayern sind ein wertvoller Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Doch durch Nährstoffeinträge und Sedimentation altern Seen und Fließgewässer schneller als natürlich vorgesehen. Besonders problematisch ist die Eutrophierung, eine Überlastung mit Nährstoffen wie Phosphor und Stickstoff. Dies führt zu Sauerstoffmangel, Algenwachstum und einer Beeinträchtigung des ökologischen Gleichgewichts. Auch die zunehmende Verbreitung von Blaualgen stellt eine Herausforderung dar, da diese nicht nur das Ökosystem belasten, sondern auch gesundheitliche Risiken für Mensch und Tier bergen können.

Hier setzt das innovative PeliCon Water Therapy® Verfahren der enviplan® Ingenieurgesellschaft mbH an. Die in Lichtenau ansässige Firma hat eine mobile und effiziente Lösung entwickelt, um belastete Gewässer nachhaltig zu sanieren. Das Verfahren basiert auf der international patentierten AQUATECTOR® Microfloat® Technologie und wird in standardisierten Containern geliefert. Diese sind leicht zu transportieren, zu installieren und modular erweiterbar. Besonders bewährt hat sich das Verfahren auch bei der Entfernung von Blaualgen, indem es die Nährstoffgrundlage für deren Wachstum gezielt reduziert.

Wie funktioniert die PeliCon Water Therapy®? Das Verfahren zielt darauf ab, das hochbelastete Wasser im Tiefenbereich von Seen, dem sogenannten Hypolimnion, gezielt zu reinigen. Durch eine optimierte Verfahrenskom-

bination werden gelöste Nährstoffe, insbesondere Phosphate, in schwerlösliche Verbindungen überführt. Anschließend werden die entstandenen Flocken mithilfe der Mikroflotation aus dem Wasser abgetrennt. Das gereinigte Wasser wird dem See wieder zugeführt, ohne dass es zu einer Vermischung mit dem belasteten Wasser kommt. Dadurch wird nicht nur die Nährstoffbelastung reduziert, sondern auch das Wachstum von Blaualgen effektiv eingedämmt.

Vorteile für Gemeinden und Umwelt

Die PeliCon Water Therapy® Anlagen bieten zahlreiche Vorteile: Sie sind platzsparend, energieeffizient und benötigen kaum Wartung. Mit Durchsätzen von 10 bis 120 Kubikmetern pro Stunde und einem geringen Energieverbrauch von 0,12 bis 0,15

kWh pro Kubikmeter eignen sie sich ideal für den Einsatz an Badeseen, um eine ganzjährige Nutzung als Badegewässer zu gewährleisten.

Die enviplan® Ingenieurgesellschaft mbH blickt auf über 30 Jahre Erfahrung im Bereich der Abwasserbehandlung zurück. Mit mehr als 380 realisierten Projekten in über 50 Ländern unterstreicht das Unternehmen seine Expertise im Umweltschutz. Die PeliCon Water Therapy® Technologie wurde bereits mehrfach ausgezeichnet, darunter mit dem Umwelt- und Klimaschutzpreis des Kreises Paderborn.

Einsatzmöglichkeiten

Das PeliCon Water Therapy® Verfahren eignet sich nicht nur für Seen, sondern auch für Fließgewässer, Fließgewässer und Brunnenwasser. Besonders bewährt hat es sich bei der Entschlammung, der Wiederherstellung des natürlichen Gleichgewichts in belasteten Gewässern und der gezielten Bekämpfung von Blaualgen.

Interessierte Gemeinden können sich bei den zuständigen Umweltbehörden oder Fachstellen über mögliche Maßnahmen zur Gewässersanierung informieren. □



Podiumsdiskussion mit Mitgliedern des Bayerischen Landtags: Christian Hierneis, Bündnis 90/Die Grünen (2.v.l.), Marina Jakob, Freie Wähler (m.), Alexander Flierl, CSU (2.v. r.), Markus Rauh, VBEW-Vorstandsmitglied und Verbandsdirektor der Fernwasserversorgung Oberfranken (l.) und Ann-Kathrin Behnisch, Stv.-Geschäftsführerin VBEW (r.)

Bild: VBEW

Lindauer Seminar 2026:

Zwischen Klimazielen und knappen Kassen

Beim diesjährigen Lindauer Seminar lag das Augenmerk auf der Widerstandsfähigkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels, dem sicheren Umgang mit sensiblen Daten im Zuge zunehmender Digitalisierung sowie auf aktuellen Entwicklungen in der Kanalsanierung. Mit knapp 700 Teilnehmern verzeichnete die Veranstaltung eine neue Rekordbeteiligung.

Kommunen und Netzbetreiber sehen sich derzeit mit einer Vielzahl an Herausforderungen konfrontiert. Neben dem steigenden Druck im Klimaschutz gewinnen auch Digitalisierung und Fachkräftemangel zunehmend an Bedeutung. Dr. Claudia Alfons, Oberbürgermeisterin der Stadt Lindau, mahnte, dass die finanziellen Rahmenbedingungen vieler Kommunen nicht mit den wachsenden Aufgaben Schritt halten. Bund und Länder übertragen immer mehr Zuständigkeiten, ohne gleichzeitig für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen. Steigende Fixkosten belasteten zusätzlich die kommunalen Haushalte, so dass für freiwillige Leistungen, etwa im Bereich Klimaschutz, oft kaum Spielraum bleibe. Bestehende Förderprogramme sind aus ihrer Sicht nicht ausreichend, um den Investitionsbedarf zu decken.

Ähnlich argumentierte Dr. Suzanne Mösel, Baubürgermeisterin der Stadt Neckarsulm. Sie kritisierte insbesondere, dass große Förderpakete des Bundes, etwa für Infrastruktur und Klimaschutz, an der Siedlungsentwässerung weitgehend vorbeigingen. Gerade in diesem Bereich sei jedoch eine stärkere Berücksichtigung notwendig, um Kommunen langfristig klimaresilient aufzustellen.

Die Entwicklung sogenannter digitaler Zwillinge von Abwasseranlagen erläuterte Prof. Dr.-Ing. Florian Winter, Professor an der Hochschule Landshut. Zwar existierten bereits zahlreiche Informationssysteme, diese seien jedoch häufig nicht BIM-konform. Für eine durchgängige digitale

Planung und Bewirtschaftung sei es daher notwendig, einheitliche Standards insbesondere für Bauteile und Leitungen zu definieren.

Auch der Einsatz Künstlicher Intelligenz im Kanalmanagement wurde intensiv diskutiert. Philipp Grimm von der Pluvion GmbH

zeigte anhand der Monitoringlösung „Water+“, wie datenbasierte Systeme dabei helfen können, Fremdwasserzuflüsse zu erkennen, zu quantifizieren und gezielt zu beheben. Solche Anwendungen verdeutlichen das Potenzial von KI für eine effizientere und präzisere Steuerung kommunaler Netze.

Vor einem unkritischen Umgang mit KI-Anwendungen warnte Cybersecurity-Experte Moritz Samrock. Insbesondere die Eingabe sensibler betrieblicher Daten könne problematisch sein, da Nutzer in solchen Fällen die Kontrolle über ihre Informationen verlieren und diese unter Umständen zum Training von KI-Modellen beitragen. □

DWA-Gewässerentwicklungspreis 2026:

2. Platz für Artenvielfalt im Eger- und Röslautal

Am Weltwassertag (22. März) zeichnete die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) die Low-Budget-Renaturierung der Oberen Diemel und die Revitalisierung des Donauursprungs mit dem Gewässerentwicklungspreis 2026 aus. Der zweite Platz ging ins Eger- und Röslautal für den Verbund von Gewässer und Auen und die damit verbundene Steigerung der Artenvielfalt.

Entlang von Eger, Röslau und mehreren Seitenbächen hat das Landratsamt Wunsiedel neue Bewirtschaftungs- und Pflegekonzepte entwickelt, um die Insektenvielfalt in Gewässern und Auen gezielt zu fördern. Dabei wurden stark degradierte Gewässerabschnitte durch unterschiedliche Renaturierungskonzepte wieder in einen naturnahen Zustand versetzt. Die Maßnahmen werden im Bundesprogramm Biologische Vielfalt gefördert.

Nach Auffassung der DWA-Jury verbindet das Projekt InseGdA in innovativer Form die gezielte Steigerung der Artenvielfalt mit der Erhöhung der Wasseraufnahmefähigkeit angrenzender Auenflächen durch die Verknüpfung von Gewässern und Grünland. Dazu komme eine vorbildliche Öffentlichkeitsarbeit mit Website, Gewässerexkursion für Schulen, Führungen und Wanderungen.

Der DWA-Gewässerentwicklungspreis wird für vorbildlich durchgeführte Maßnahmen zur naturnahen Erhaltung, Gestaltung und Entwicklung von Gewässern vergeben. Die Gewässerentwicklung in diesem Sinne umfasst alle Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, die wasserwirtschaftliche und ökologische Funktionsfähigkeit, das Erscheinungsbild sowie den Erlebniswert der Gewässer zu erhalten, nachhaltig zu entwickeln und zu verbessern. □

PeliCon Water Therapy®

Wir sorgen für eine ganzjährige Nutzung Ihrer Badegewässer

enviplan®

+49 5292 9869 0 • info@enviplan.de • www.enviplan.de

Digitale Regelwerke im Kanalbau

Mehr Sicherheit für kommunale Auftraggeber

Regelwerke bilden die verbindliche Grundlage für Qualität und Qualitätssicherung im Kanalbau. Sie definieren den Stand der Technik, schaffen Rechtssicherheit und geben allen Beteiligten von der Planung über die Ausschreibung bis zur Ausführung einen klaren Handlungsrahmen. Für Auftraggeber, Planer und ausführende Unternehmen ist die fundierte Kenntnis der einschlägigen Normen und technischen Bestimmungen daher Voraussetzung für eine fachgerechte, sichere und nachhaltige Bauausführung. Vor diesem Hintergrund bietet die Gütegemeinschaft Kanalbau digitale Angebote zur aktuellen fachlichen Information und zu Regelwerken an. Dazu gehören ein normorientiertes Onlineportal, eine mobile WebApp sowie digitale E-Learning- und Videoformate, die insbesondere den Mitgliedern der Gütegemeinschaft zugänglich sind.

Aktuelle Regelwerke für Sicherheit

Wer Zugriff auf die jeweils gültigen Regelwerke hat und über Änderungen frühzeitig informiert wird, reduziert Risiken in allen Projektphasen. „Fehlerhafte Ausschreibungen, unvollständige Leistungsbeschreibungen oder Abweichungen vom Stand der Technik lassen sich so vermeiden“, sagt M.Eng. Christoph Wiesel, Leiter Bereich Grundlagen, Güteschutz Kanalbau.

„Gerade im Kanalbau mit seinen hohen Anforderungen an Dichtigkeit, Standsicherheit, Dauerhaftigkeit und Arbeitssicherheit ist die Orientierung an aktuellen Normen und Arbeitsblättern deshalb ein zentraler Qualitätsfaktor.“

Gleichzeitig verändern Digitalisierung und mobile Arbeitsweisen die Anforderungen an den Umgang mit technischen Regelwerken. Informationen müssen heute schnell, strukturiert und ortsunabhängig verfügbar sein – auf der Baustelle ebenso wie im

Planungsbüro. Gedruckte Loseblattsammlungen oder verteilte Einzeldokumente stoßen hier zunehmend an ihre Grenzen. Gefragt ist ein digitaler Zugang, der Aktualität, Übersichtlichkeit und Praxistauglichkeit miteinander verbindet.

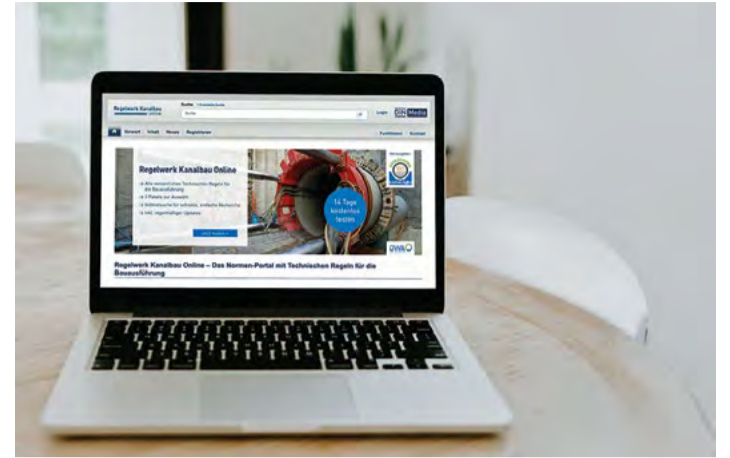
Digitales Regelwerk über das DIN-Media-Portal

Die Gütegemeinschaft Kanalbau bietet ein digitales Regelwerk an, das auf dem Portal der DIN Media GmbH basiert und von dieser betrieben wird. Nach einer umfassenden Aktualisierung der Plattform konnten die Funktionen für ein effizientes Arbeiten deutlich erweitert werden. „Mitglieder der Gütegemeinschaft profitieren dabei von Sonderkonditionen und erhalten damit einen deutlich erleichterten sowie kostengünstigeren Zugang zu den Inhalten“, so Wiesel. „Die Regelwerke sind somit frei am Markt verfügbar, für

Mitglieder jedoch wirtschaftlich besonders attraktiv gebündelt.“

Inhaltlich konzentriert sich das Angebot konsequent auf das praxisrelevante „Handwerkszeug“ der Bauausführung im Kanalbau. Es handelt sich nicht um eine beliebige Sammlung sämtlicher Produkt- oder Randnormen, sondern um gezielt zusammengestellte Dokumente, die für die tägliche Arbeit auf der Baustelle und in der Bauleitung tatsächlich benötigt werden. Enthalten sind unter anderem einschlägige DIN-Normen sowie Regelwerke der DWA, die für Planung, Ausführung, Prüfung und Sanierung maßgeblich sind.

Adressaten sind insbesondere Bauleiter, Poliere, Planer, Ausschreibende sowie ausführende Unternehmen – kurz: Organisationen und Betriebe, die regelmäßig mit technischen Regelwerken im Kanalbau arbeiten und verlässlich auf aktuelle Dokumente zugreifen müssen. Auch für Auftraggeber bietet das Portal eine fundierte Grundlage, um Anforderungen klar zu definieren und die Qualität der Bauausführung nachvollziehbar zu überprüfen.



Unter www.kanalbau.com finden sich umfangreiche digitale Angebote zur aktuellen fachlichen Information und zu Regelwerken.

Bild: unsplash/samantha borges

Pakete für unterschiedliche Ausführungsbereiche

Ein besonderer Mehrwert der Plattform liegt in den erweiterten Funktionen und der flexiblen Zusammenstellung der Inhalte. Nutzer können maßgeschneiderte Pakete wählen, etwa für die Bereiche AK, Vortrieb, S, I, R oder D – oder sich für ein Komplettpaket über alle Ausführungsbereiche hinweg entscheiden. Im Gesamtpaket sind über 100 Dokumente aus dem Bereich der DIN-Normen und der DWA gebündelt enthalten.

Statt zahlreiche Einzeldokumente oder separate Abonnements verwalten zu müssen, erhalten die Anwender ein thematisch abgestimmtes Gesamtpaket. Das reduziert administrativen Aufwand, schafft Transparenz über den eigenen Dokumentenbestand und erleichtert die interne Organisation. Gleichzeitig ist sichergestellt, dass die enthaltenen Regelwerke inhaltlich aufeinander abgestimmt sind und die wesentlichen Anforderungen des jeweiligen Ausführungsbereichs abdecken.

Aktualität und komfortable Nutzung

Die Inhalte werden dreimal jährlich aktualisiert. Damit arbeiten die Nutzer stets auf Basis des aktuellen Stands der Technik. Änderungen, Neuausgaben oder Zurückziehungen von Normen werden zeitnah berücksichtigt. Gerade in einem Umfeld, in dem technische Entwicklungen und rechtliche Rahmenbedingungen fortlaufend angepasst werden, ist diese Aktualität ein entscheidender Vorteil. Der Zugriff erfolgt über ein persönliches Login im Online-Portal. Die Dokumente können im Portal mit komfortabler Volltextsuche eingesehen werden und bieten zudem Leseseiten-Teamfunktionen. Dies ermöglicht eine schnelle Recherche auch innerhalb umfangreicher Normtexte. Ergänzend besteht die Möglichkeit, Inhalte als PDF herunterzuladen oder auszudrucken. So verbindet das Portal die Vorteile digitaler Recherche – wie Suchfunktionen, strukturierte Navigation und ortsunabhängigen Zugriff – mit der Flexibilität klassischer Dokumentennutzung auf der Baustelle oder in Besprechungen.

Neu ist zudem die Option, das Angebot 14 Tage kostenfrei zu

testen. Interessierte Unternehmen können sich so unverbindlich von Struktur, Umfang und Bedienkomfort überzeugen. Informationen zu Anmeldung, Konditionen und Preisen sind gebündelt über www.kanalbau.com abrufbar.

Ergänzende Orientierung

Ergänzend zum digitalen Portal gibt die Gütegemeinschaft Kanalbau regelmäßig die Broschüre „Technische Regeln im Kanalbau“ heraus. Diese wird monatlich aktualisiert und bietet ein umfassendes Verzeichnis der einschlägigen Normen und Richtlinien – deutlich umfangreicher als der konkrete Portalinhalt. Neben Titel und aktueller Fassung werden auch Änderungen kenntlich gemacht.

Durch die thematische Gliederung dient die Broschüre als strukturierte Orientierungshilfe. „Auch wenn die genaue Bezeichnung oder Nummer einer Norm nicht bekannt ist, lässt sich das relevante Dokument schnell auffinden“, erklärt Wiesel. „Damit fungiert sie als praxisnahes Nachschlagewerk und unterstützt insbesondere bei der Vorbereitung von Ausschreibungen, bei internen Schulungen oder bei der systematischen Überprüfung des eigenen Regelwerksbestands.“

Beitrag zur Qualitätssicherung

Insgesamt bietet das digitale Regelwerksportal in Verbindung mit den ergänzenden Informationsangeboten einen strukturierten, aktuellen und praxisnahen Zugang zu den maßgeblichen technischen Bestimmungen im Kanalbau. Für Auftraggeber schafft es Transparenz und Vergleichbarkeit, für Planer eine belastbare Grundlage der Leistungsbeschreibung und für ausführende Unternehmen ein verlässliches Instrument zur Qualitätssicherung.

Wer im Kanalbau dauerhaft Qualität sichern, Haftungsrisiken minimieren und wirtschaftlich arbeiten will, kommt an einem systematischen und aktuellen Umgang mit Regelwerken nicht vorbei. Der digitale Zugang erleichtert diesen Anspruch und macht das Regelwerk zu einem jederzeit verfügbaren Werkzeug im Arbeitsalltag. □

Regionales Wasserforum Oberpfalz:

Gemeinsam für lebenswerte Gewässer

Sie schlängeln sich durch Orte und Landschaften, sind Lebensraum, Erholungsort und unverzichtbare Ressource: Die Bäche, Flüsse und Seen der Oberpfalz. Sie standen im Mittelpunkt des Regionalen Wasserforums an der Regierung der Oberpfalz. Unter dem Titel „Für lebenswerte Bäche, Flüsse und Seen“ kamen Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen, Fachbehörden, Verbänden und Praxis zusammen, um über den Schutz und die Entwicklung der Gewässer zu sprechen.

Regierungspräsident Walter Jonas machte deutlich, worum es dabei geht: gesunde Gewässer als Grundlage für Natur, Lebensqualität und Klimaanpassung. „Wasser ist unsere wichtigste Lebensgrundlage. Deshalb müssen wir unsere Gewässer schützen, verbessern und fit für die Zukunft machen. Das gelingt nur, wenn alle ein gemeinsames Ziel verfolgen – Behörden, Kommunen, Verbände, Nutzer und viele weitere Akteure“, so Jonas.

Im Mittelpunkt des Wasserforums stand die Europäische

Wasserrahmenrichtlinie. Sie gibt seit 25 Jahren den Rahmen für den Schutz der Gewässer vor. Aber: Ein guter Zustand ist vielerorts noch nicht erreicht. Umso wichtiger ist es, die begonnenen Maßnahmen weiter voranzutreiben.

Das Wasserforum bot dazu fachliche Informationen, Praxisbeispiele und Raum für Austausch. Themen waren unter anderem die ökologische Qualität der Gewässer, die Reduzierung von Stoffeinträgen, konkrete Umsetzungskonzepte sowie erfolgreiche Maßnahmen



Regierungspräsident Walter Jonas begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Regionalen Wasserforum Oberpfalz an der Regierung der Oberpfalz in Regensburg.

Bild: Regierung der Oberpfalz/Manfred Schmid

aus der Region. Zugleich diente die Veranstaltung der Vorbereitung auf den vierten Bewirtschaftungszeitraum von 2028 bis 2033.

Gemeinsam anpacken

Die zentrale Botschaft des Tages: Gewässerschutz ist Teamarbeit. Naturnähere Bäche, Flüsse

und Seen mit mehr Raum, mehr Dynamik und weniger Belastungen helfen nicht nur Tieren und Pflanzen, sondern der gesamten Region. Mit dem Regionalen Wasserforum setzte die Regierung der Oberpfalz damit ein Signal: Wer lebenswerte Gewässer will, muss heute gemeinsam anpacken. □

RZWas-Förderung 2026:

München:

Stadtweite Messungen der Grundwassertemperatur

Ende März haben Mitarbeitende des Referats für Klima- und Umweltschutz an mehr als 1.300 Messstellen in München Temperatur und Stand des Grundwassers gemessen.

Die Messdaten sollen zeigen, wie Klimawandel und Urbanisierung sich auf das Grundwasser auswirken und wie die Grundwassertemperatur über verschiedene Stellen in der Stadt verteilt ist. Auf dieser Grundlage lassen sich Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers und der Umwelt zielgenauer planen. Die Messungen liefern auch wichtige Erkenntnisse für die kommunale Wärmeplanung, mit der sich die Münchner und Münchnerinnen über die für sie am besten geeignete klimafreundliche Wärmerversorgung informieren können.

Stichtagsmessungen

Im März ist das Grundwasser besonders kalt. Damit ein Bild über die Entwicklung der Grundwasserfläche und der genauen Temperaturverteilung im Jahresverlauf entsteht, finden weitere Messungen Ende Oktober bis Anfang November statt, wenn die Grundwassertemperatur ihren Höhepunkt erreicht. Diese sogenannten Stichtagsmessungen des Wasserstands und der Temperatur werden jeweils zum gleichen

Zeitpunkt an vielen Stellen im Stadtgebiet durchgeführt. Neben jahreszeitlichen Grundwasserschwankungen erfassen die Messungen auch solche, die durch andere Einflüsse entstehen. Darüber hinaus zeigen die Messdaten die Bewegungen des Grundwassers, das je nach geologischen Einflüssen in unterschiedlicher Geschwindigkeit und Richtung fließt.

Die Messungen finden im Rahmen des EU-Projekts MARGIN statt. Das Projekt unterstützt Alpenstädte dabei, ihre Grundwasserressourcen zu verstehen und ihre Resilienz gegenüber zukünftigen Grundwasseränderungen zu stärken.

Mehr Informationen zu MARGIN sind zu finden unter <https://rethink-muenchen.de/europa> und www.alpine-space.eu/project/margin. Die fünfjährige Messkampagne wird unterstützt von der Technischen Universität München, dem Wasserwirtschaftsamt München, der Münchner Stadtentwässerung und den Stadtwerken München. Die Messungen finden auf der Straße, auf Gehwegen, auf Grünstreifen und in Sträuchern statt. □

215 Mio. Euro für Wasser und Abwasser

Das Bayerische Umweltministerium unterstützt die Kommunen in Bayern weiterhin tatkräftig bei den Pflichtaufgaben Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Insgesamt 215 Millionen Euro werden in diesem Jahr im Zuge der Härtefallförderung über die RZWas an die Kommunen ausbezahlt. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu: „Die sichere Versorgung der Menschen in ganz Bayern mit Trinkwasser hat höchste Priorität. Wir brauchen eine zukunftsfeste Wasserversorgung. Regelmäßige Investitionen in die vorhandenen Leitungsnetze und technischen Anlagen sind eine Pflichtaufgabe und gewaltige Herausforderung für unsere Kommunen. Wir lassen unsere Kommunen bei dieser Mammutaufgabe nicht allein. Die RZWas ist ein absolutes Erfolgsprojekt. Die Förderung ist ein wesentlicher Baustein für zukunftssichere Trink- und Abwasseranlagen. Insbesondere für Kommunen im Raum mit besonderem Handlungsbedarf brauchen wir klare Leitplanken für die Förderung. Damit schaffen wir gleichwertige Lebensbedingungen“

Die Auszahlungen erfolgen im ersten und zweiten Quartal 2026. Von den 215 Millionen Euro stammen 50 Millionen aus dem Sondervermögen des Bundes. Mit diesen zusätzlichen Auszahlungen ist Ende 2026 zu rechnen. Die Förderung wasserwirtschaftlicher Projekte nach den Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas) ist die bedeutendste Förderrichtlinie im Bereich des Umweltministeriums. In den zurückliegenden Förderjahren wurde so die Sanierung von über 1.100 Kilometern Wasserleitung und rund 660 Kilometern Abwasserkanälen gefördert. Außerdem

wurden die Kommunen beim erstmaligen Bau von über 400 Kilometern Verbundleitungen zur Sicherstellung der Wasserversorgung in Trockenjahren unterstützt.

Die RZWas bietet den Kommunen in Bayern außerdem attraktive Fördermöglichkeiten und damit die Chance, ihre Gewässer klimaresilient zu gestalten. Hochwasserschutz, Starkregenvorsorge oder die Umgestaltung von kommunalen Gewässern zu klimangepassten und ökologisch wertvollen Lebensräumen für Menschen und die Artenvielfalt stellen die wichtigsten Säulen des Förderprogramms im nicht-staatlichen Wasserbau dar. □

180 Jahre Kanaljubiläum von Kelheim bis Bamberg

2026 feiert der Ludwig-Donau-Main-Kanal sein 180-jähriges Bestehen. Der Touristische Arbeitskreis „Erlebnis Kanal“ hat dazu mit Partnern ein vielfältiges Programm organisiert. Bis in den Herbst laden Gemeinden und Institutionen zwischen Kelheim und Bamberg ein, den Kanal neu zu entdecken.

König Ludwig I. initiierte 1825 den Bau des Kanals zwischen Donau und Main. Am 15. Juli 1846 wurde die 172 km lange Wasserstraße nach zehnjähriger Bauzeit eröffnet. Heute ist der „Alte Kanal“ das längste Industriedenkmal Bayerns und ein beliebtes Naherholungsgebiet.

Das Jubiläumsjahr bietet vielfältige Einblicke in das Leben am Kanal. Treidelfahrten und ADFC-Fahrradtouren ermöglichen aktive Erkundung, während Führungen des BUND Naturschutz die Zusammenhänge von Mensch, Tier und Pflanzen zeigen.

Infos: www.ludwig-donau-main-kanal.de/aktuelles/ □

Zukunft des Winterdienstes:

Warum Planbarkeit zur Schlüsselressource wird

Ein Gastbeitrag von Boris Giesen,
Leiter Vertrieb & Geschäftsentwicklung, Henne Nutzfahrzeuge GmbH

Die größte Veränderung im Winterdienst ist heute nicht in erster Linie technischer Natur. Sie betrifft die Planbarkeit. Kommunale Bauhöfe, Betreiber touristischer Infrastruktur und Dienstleister im Alpenraum berichten übereinstimmend: Klassische, langanhaltende Schneelagen werden seltener. Stattdessen dominieren kurze, intensive Wintereinbrüche mit wenig Vorlaufzeit und hohem Reaktionsdruck.

Diese veränderte Einsatzrealität stellt Kommunen und Betriebe vor neue Herausforderungen. Winterdienst muss heute jederzeit kurzfristig verfügbar sein und gleichzeitig steigende Erwartungen erfüllen. Bürgerinnen und Bürger, Gäste sowie Betreiber erwarten sichere Wege, freie Zufahrten und jederzeit nutzbare Flächen und das möglichst ohne Verzögerung. Gerade in Tourismusregionen wird der Winterdienst damit zunehmend Teil des Qualitätsversprechens einer Kommune.

Vom Saisonfahrzeug zur kommunalen Einsatzplattform

Vor diesem Hintergrund verändert sich auch die Rolle der eingesetzten Technik. Die klassische, stark spezialisierte Winterdienstmaschine verliert an Bedeutung. Stattdessen rückt die multifunktionale Einsatzplattform in den Fokus. Fahrzeuge werden ganzjährig genutzt: im Winter für Räum- und Streueinsätze, im Sommer für Grünpflege, Reinigung oder Transportaufgaben.

Diese Entwicklung ist betriebswirtschaftlich zwingend. Investitionen lassen sich heute nur noch über eine hohe Auslastung und breite Einsatzmöglichkeiten rechtfertigen. Multifunktionali-

tät wird damit zum strategischen Kernfaktor. Gleichzeitig gewinnen flexible Anbaukonzepte und kurze Rüstzeiten an Bedeutung. Der schnelle Wechsel zwischen unterschiedlichen Anwendungen wird zum entscheidenden Produktivitätshebel im kommunalen Alltag.

Komplexe Technik, einfache Bedienung

Mit der steigenden Vielseitigkeit der Maschinen wächst auch deren technische Komplexität. Umso wichtiger wird die Bedienerfreundlichkeit. Ergonomische Arbeitsplätze, intuitive Steuerungssysteme und gute Sichtverhältnisse sind keine Komfortmerkmale, sondern entscheidende Faktoren für Effizienz und Sicherheit.

Gerade im Winterdienst, also häufig bei Nacht, unter Zeitdruck und mit wechselnden Fahrern, zeigt sich schnell, ob eine Maschine praxistauglich ist. Eine klare, leicht verständliche Bedienung reduziert Fehler, steigert die Einsatzleistung und entlastet das Personal spürbar.

Parallel dazu hält die Digitalisierung zunehmend Einzug in den Winterdienst. Anwendungen wie Routenplanung, Telemetrie, Streudaten-Erfassung oder digitale Dokumentation werden im-

mer relevanter. Dabei geht es weniger um Technik um der Technik willen, sondern um bessere Steuerbarkeit.

Betriebe, die ihre Einsatzdaten systematisch erfassen und auswerten, können präziser disponieren, Ressourcen gezielter einsetzen und langfristig fundierter planen. Die Erfahrung aus der Praxis zeigt: Effizienz entsteht nicht durch maximale Technik, sondern durch eine belastbare Informationsbasis. Digitalisierung schafft damit vor allem eines: mehr System und Transparenz im Betrieb.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschärfen diese Entwicklung zusätzlich. Steigende Investitionskosten treffen auf schwankende Auslastungen. Daraus ergibt sich ein klarer Perspektivwechsel: Nicht jede Maschine muss dauerhaft im Eigentum stehen, und nicht jede Spitzenlast muss mit eigener Flotte abgedeckt werden.

Saisonale Mietmodelle, flexible Ergänzungen der Fahrzeugflotte oder modulare Beschaffungskonzepte gewinnen daher an Bedeutung. Entscheidend ist nicht mehr allein der Anschaffungspreis, sondern der tatsächliche Einsatzstundensatz. Diese Kennzahl bildet die reale Wirtschaftlichkeit wesentlich präziser ab und wird zunehmend zur zentralen Entscheidungsgröße.

Vom Produkt zum Einsatzkonzept

Aus all diesen Entwicklungen ergibt sich eine grundlegende Verschiebung: weg vom einzelnen Produkt, hin zum ganzheitlichen Einsatzkonzept. Besonders im Tourismusraum zeigt sich, dass Winterdienst weit mehr ist als Verkehrssicherung. Er beeinflusst Aufenthaltsqualität, Serviceerlebnis und letztlich die Attraktivität einer Region. Damit rückt die Frage in den Mittelpunkt, wie Technik, Organisation und Prozesse optimal zusammenspielen. Welche Fahrzeugplattform passt zum Einsatzprofil? Wie lassen sich Geräte sinnvoll kombinieren? Wann ist Miete wirtschaftlicher als Kauf? Und wie wird die Technik effizient in bestehende Abläufe integriert? In diesem Kontext verändert sich auch die Rolle des Kommunaltechnik-Händlers. Gefragt ist nicht mehr nur die Lieferung einzelner Maschinen, sondern die Entwicklung tragfähiger, individueller Einsatzlösungen gemeinsam mit den Kunden.



Bild: Lindner

Neues Top-Modell für Bayerns Kommunalprofis

Mit dem Lintrac 160 LDrive bringt Lindner seinen bisher stärksten, wendigsten und komfortabelsten Lintrac auf den Markt. Der Traktor spielt seine Stärken sowohl beim professionellen Winterdienst mit größeren Geräten als auch bei schweren Transporten und der anspruchsvollen Grünlandpflege aus. Alle Infos zum neuen Traktor gibt es auf der IFAT 2026 in München.

Ob Schneeräumen, Salz streuen oder Transportarbeiten: Mit dem stufenlosen Lintrac 160 LDrive hat Lindner einen sehr leistungsstarken Traktor im Programm, der darüber hinaus mit der größten Wendigkeit seiner PS-Klasse aufwartet. Das komplett neue ZF-Stufenlosgetriebe TMT-14 wurde ganz speziell für die Leistung des Lintrac 160 entwickelt. Der Lintrac fährt 50 km/h bei reduzierter Motordrehzahl (1.660 U/min). Im Transportbereich ist die Übersetzung auf besonders sparsames Fahren bei niedriger Drehzahl ausgelegt. Die Hydraulik punktet mit hoher Leistung: Beim Lintrac 160 ist eine Axialkolbenpumpe mit einer Leistung von 120 l/min verbaut. Es wird dadurch immer die jeweils benötigte Ölmenge gefördert, Verlustleistungen werden verhindert. Wie bei allen Lindner-Fahrzeugen verfügt auch der Lintrac 160 LDrive über einen getrennten Ölhaushalt von Arbeitshydraulik und Getriebe/Lenkung. Angetrieben wird der Lintrac 160 von einem FPT-Motor

mit 4,5 Litern Hubraum und einem extrem starken Drehmoment von 700 Nm. Er leistet 129 kW (175 PS). Die 4-Rad-Lenkung macht den Lintrac 160 LDrive zum wendigsten Modell seiner PS-Klasse. Mit der 4-Rad-Lenkung erreicht der Lintrac 160 LDrive einen herausragenden Spurkreisdurchmesser von 8,5 m. Dabei werden die Hinterräder bis zu 20 Grad eingelenkt.

Für Kommunalprofis ist zudem der Fahrkomfort ein wichtiger Faktor. Die luftgefederte Kabine, die gefederte Vorderachse und die Einzelradaufhängung entlasten die Fahrer bei langen Einsätzen. Im Winter garantieren Sitzheizung, beheizte Frontscheibe und beheizte Außenspiegel optimale Arbeitsbedingungen. Wird es draußen heiß, kühlt die leistungsstarke Klimaautomatik.

Von der Böschung bis zum Radweg

Darüber hinaus hat Lindner mehrere Spezialmodelle im Angebot: Der Lintrac mit Noremot ist für die professionelle Pflege von Straßenrändern entwickelt. Die wendigen und kompakten Lintrac 100 und Lintrac 130 mit Noremot sind für Dienstleister maßgeschneidert. Zusätzlich sind die Lintracs auch in einer schmalen Spezialversion für Radwege erhältlich.

Mehr als 3.800 Unitrac-Transporter in ganz Europa, über 10.000 Anbaugeräte: Zahlreiche Gemeinden, Städte und Unternehmen wissen die Vielseitigkeit der Geräteträger aus Tirol zu schätzen. Erhältlich sind die Unitracs geschaltet und stufenlos. Für überdurchschnitt-

liche Wendigkeit steht die optionale 4-Rad-Lenkung. Spitzenmodell bei den Transportern ist der stufenlose Unitrac 122 LDrive, der in der Pro-Version bis zu 136 PS auf die Straße bringt. Das Drehmoment beträgt 500 Nm bei 1.500 U/min. Die Mehr-Kreis-Hydraulik hat eine Verstellpumpe, die bis zu 88 l/min liefert. Höchsten Fahrkomfort bietet das Hochleistungsmodell mit Einzelradaufhängung und hydraulischer Federung mit Niveauregelung.

Maßgeschneiderte Anbaugeräte

Gemeinsam mit bewährten Gerätepartnern bietet Lindner durchdachte Komplettlösungen: vom Schneepflug über den Salzstreuer bis zum 3-Seitenkipper mit Kran. Für Spezialanwendungen wie die Tunnelreinigung, etwa im Lötschbergtunnel in der Schweiz, stehen entsprechende Aufbauten mit Tank und Sprühbalken zur Verfügung. Für effiziente Bewässerungsarbeiten lässt sich der Unitrac mit einem Wassertank und einem Gießarm ausstatten, wobei die Wassermenge über den Joystick reguliert wird.

Smarte Lösungen

Mit TracLink bietet Lindner ein digitales System an, das Einsatzprofis bei der täglichen Arbeit unterstützt. Ein großer Pluspunkt: Unitrac und Lintrac erkennen das jeweilige Anbaugerät automatisch. Die Hydraulik-Durchflussmengen, Motor- und Zapfwellen-Drehzahlen sowie Fahrmodi werden daraufhin optimal eingestellt. Die automatische Einsatzdokumentation erfasst lückenlos, welche Strecken gefahren bzw. bearbeitet wurden.

Mehr Infos zum Kommunalprogramm von Lindner auf lindner-traktoren.at.



Boris Giesen hielt eine Keynote auf dem jüngsten Kommunalforum Alpenraum in Kundl/Tirol zum Thema „Zukunft des Winterdienstes“. Unser Bild zeigt v.l.: Skitourismus-Forscher Günther Aigner, Dominik Oberstaller (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Reinhard Klier (Vorstand Stubai Gletscher und Fachgruppenobmann der Seilbahnen in der Wirtschaftskammer Tirol), Boris Giesen (Henne Nutzfahrzeuge) und Gastgeber David Lindner, Lindner Traktoren. Bild: Lindner



DAS STUFENLOS PROGRAMM VON LINDNER

* Lindner gewährt auf Neufahrzeuge mit Stufenlosgetriebe (Lintrac 70/80/100/130/160 & Unitrac 112/122 LDrive) in Verbindung mit dem TracLink-System 3 Jahre Garantie.

3 JAHRE GARANTIE
MIT TRACLINK

Unimog im Mittelpunkt:

Mercedes-Benz Trucks zeigt kommunale Systemlösungen auf der IFAT

Vieleisiger Geräteträger als Rückgrat kommunaler Fuhrparks, flankiert von E-Lkw und Kreislaufkonzepten

Auf der IFAT 2026 präsentiert Mercedes-Benz Trucks am Stand C6/451 ein breites Portfolio für kommunale Anwendungen: von batterieelektrischen Fahrzeugen bis hin zu Konzepten der Kreislaufwirtschaft. Im Zentrum steht dabei der Unimog als besonders flexible Systemlösung für den Ganzjahreseinsatz.

Der Unimog U 530 unterstreicht diese Rolle als leistungsstarker und vielseitiger Geräteträger. Mit 299 PS und einem zulässigen Gesamtgewicht von 16,5 Tonnen ist er auf unterschiedlichste Aufgaben ausgelegt. In der gezeigten Konfiguration kombiniert er einen Absetzkipper für Containertransporte mit einem Kran samt Greifer, etwa zur Beseitigung illegaler Müllablagerungen. Gleichzeitig lässt sich das Fahrzeug schnell für den Winterdienst umrüsten, wodurch ein wirtschaftlicher Mehrfachnutzen entsteht. Diese Flexibilität macht den Unimog für kommunale Bauhöfe besonders attraktiv, da er mehrere spezialisierte Fahrzeuge ersetzen kann.

Intuitive Steuerung

Auch bei der Bedienung setzt das Fahrzeug Maßstäbe: Das UNITOUCH®-System ermöglicht eine intuitive Steuerung komplexer Arbeitsprozesse über einen zentralen Touchscreen und entlastet damit das Fahrpersonal spürbar. Ergänzt wird dies durch moderne

Assistenzsysteme gemäß den Anforderungen der General Safety Regulation II, darunter Abbiege- und Frontassistenten, Verkehrszeichenerkennung und Rückfahrkamera.

Im praktischen Einsatz zeigt sich die Stärke des Konzepts vor allem in der Kombination aus Straßen- und Geländetauglichkeit sowie der ganzjährigen Nutz-



Der Unimog U 530 ergänzt das Portfolio als vielseitiger Geräteträger für den Ganzjahreseinsatz. Bild: Daimler

barkeit. Der Unimog übernimmt Aufgaben im urbanen Raum ebenso wie abseits befestigter Wege und ist zugleich in den Winterdienst integrierbar. Damit fungiert er als zentrale Plattform im kommunalen Fuhrpark.

Während mit eActros und eEconic parallel die Elektrifizierung vorangetrieben wird, bleibt der Unimog das Rückgrat für flexible, wirtschaftliche und robuste Einsätze. Seine besondere Stärke liegt in der Systemfähigkeit: ein Fahrzeug, das unterschiedlichste kommunale Anforderungen zuverlässig abdeckt. □

Waldumbau braucht aktive Bewirtschaftung

Frühjahrssitzung des Gemeinsamen Forstauschusses der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“

Im Rahmen der Frühjahrssitzung des Gemeinsamen Forstauschusses der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“ im hessischen Bad Arolsen haben die kommunalen Waldbesitzer ihre Position zum Umgang mit den Wäldern im Klimawandel deutlich bekräftigt. Vertreter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie des Deutschen Landkreistages sprachen sich klar gegen Forderungen nach großflächigen Stilllegungen von Waldflächen aus. Ebenso kritisch bewertet wurden staatlich geförderte Programme, die den Ankauf von Waldflächen durch Nichtregierungsorganisationen mit dem Ziel der Nutzungsaufgabe unterstützen.

Hessens Forstminister Ingmar Jung betonte eingangs die besondere Rolle des Kommunalwaldes, der wirtschaftliche Nutzung, ökologische Verantwortung und gesellschaftliche Erwartungen miteinander verbindet. Zugleich verwies er auf bestehende Herausforderungen durch europäische Vorgaben, insbesondere durch die Wiederherstellungsverordnung und die europäische Entwaldungsverordnung. In ihrer derzeitigen Ausgestaltung seien diese Regelwerke nicht praxistauglich, führten zu zusätzlichem Verwaltungsaufwand und seien nicht ausreichend finanziell unterlegt. Aus Sicht der kommunalen Waldbesitzer bedarf es daher größerer Flexibilität, verlässlicher Finanzierungsstrukturen und stärker an den lokalen Gegebenheiten orientierter Lösungen, um die Wälder langfristig zu sichern.

Im Mittelpunkt der Fachtagung stand der Beitrag des Waldexperten Dr. Ralf Petercord, der auf die Notwendigkeit aktiver waldbaulicher Maßnahmen hinwies. Er machte deutlich, dass die Holzvorräte in deutschen Wäldern derzeit vielfach zu hoch seien und reduziert werden müssten, um Risiken zu minimieren und den notwendigen Waldumbau zu ermöglichen. Hintergrund sind zunehmende Belastungen durch den Klimawandel, insbesondere durch Trockenperioden und Extremereignisse, die vor allem ältere und strukturalte Bestände anfällig machen.

Auch aus Sicht des Ausschussvorsitzenden Moritz Petry (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz), greift die Forderung nach einer weitgehenden Nutzungsaufgabe von Waldflächen zu kurz. Er verwies darauf, dass die Kohlenstoffspeicherleistung ungenutzter Wälder begrenzt sei. Mit zunehmendem Alter erreichten Bestände einen Zustand, in dem keine zusätzliche Bindung von Kohlenstoff mehr erfolge. Gleichzeitig steige das Risiko großflächiger Schäden, die mit einer plötzlichen Freisetzung erheblicher Mengen an Kohlenstoff verbunden sein könnten. Demgegenüber wiesen junge und wachsende Wälder die höchste Fähigkeit zur Bindung von Kohlenstoff auf. Eine aktive Waldbewirtschaftung sei daher eine zentrale Voraussetzung für wirksamen Klimaschutz.

Klimabeitrag des Waldes

In diesem Zusammenhang wurde hervorgehoben, dass der Klimabeitrag des Waldes nicht allein im stehenden Holzvorrat liege, sondern maßgeblich durch den kontinuierlichen Zuwachs sowie die Nutzung des Rohstoffes Holz bestimmt werde. Insbesondere die Verwendung von Holz in langlebigen Produkten, etwa im Bauwesen, trage dazu bei, Kohlenstoff langfristig zu binden und gleichzeitig emissionsintensive Materialien zu ersetzen. Insgesamt entzieht der deutsche Wald der Atmosphäre jährlich rund einhundert Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid, was etwa 15 Prozent der gesamten Emissionen entspricht.

Vor diesem Hintergrund sehen die kommunalen Spitzenver-

bände in einer Einschränkung der Waldbewirtschaftung nicht nur ein Risiko für die Anpassungsfähigkeit der Wälder, sondern auch für das Erreichen der Klimaziele insgesamt. Besonders kritisch beurteilt werden Programme, die gezielt den Ankauf von Waldflächen zur dauerhaften Stilllegung fördern. Solche Maßnahmen verzerrten aus Sicht der kommunalen Waldbesitzer den Markt, entziehen Flächen einer nachhaltigen Nutzung und stehen im Widerspruch zu anderen klimapolitischen Zielsetzungen.

Waldpakt 2023:

Beschleunigter Waldumbau, positive Zwischenbilanz

Die Bayerische Staatsregierung zieht eine positive Zwischenbilanz zum „Waldpakt 2023“. Forstministerin Michaela Kaniber betonte im Landtag, der Pakt habe den Waldumbau im Freistaat deutlich beschleunigt. Seit der Unterzeichnung im Juni 2023 seien rund 30 Millionen sogenannte Zukunftsbäume gepflanzt worden. Ziel bleibe, die Wälder gemeinsam mit den Waldbesitzern widerstandsfähiger gegenüber dem Klimawandel zu machen.

Mit dem Klimawandel Schritt halten

Zentrales Instrument ist die neu aufgestellte und vollständig digitalisierte Waldförderung. Sie gilt als wesentlicher Treiber für den Umbau hin zu klimastabilen Mischwäldern. Allein im vergangenen Jahr wurden laut Ministerium rund 8.800 Hektar Wald entsprechend angepasst – ein Anstieg von etwa 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für die Staatsregierung sind diese Zahlen zugleich Bestätigung und Auftrag, die Maßnahmen weiter auszubauen.

Neben der Förderung wurden im Rahmen des Waldpakts weitere Projekte umgesetzt: Eine landesweite Taskforce bietet gezielte Fortbildungen für Waldbesitzer an. Mit dem Beratungsinstrument „BaSiS 2.0“ der Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft steht erstmals eine flächendeckende, risikobasierte Einschätzung geeigneter Baumarten bis zum Jahr 2100 zur Verfügung. Zudem wurden die Ausbildungskapazitäten für forstliche Berufe – etwa an der Forstschule Lohr am Main – erweitert, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Weitere Bausteine sind das Programm „100 Samenplantagen für Bayern“ zur Sicherung der Saatgutversorgung sowie eine neue Kooperationsvereinbarung für die Waldbauernschule, die deren Finanzierung langfristig absichert.

Auch jagdrechtlich hat der Waldpakt Wirkung entfaltet: Das neue Bayerische Jagdgesetz stärkt die Verantwortung der Grundbesitzer für angepasste Wildbestände und schafft mehr Flexibilität bei Jagdzeiten, insbesondere beim Rehwild.

Der „Waldpakt für Bayern“ wurde von Ministerpräsident Markus Söder gemeinsam mit Verbänden des Grundbesitzes geschlossen und knüpft als fünfte Vereinbarung seit 2004 an eine langjährige Zusammenarbeit an. □

Diskussion um teure Stadtbäume in München:

Kosten differenziert betrachten

Der Bund deutscher Baumschulen (BdB) e.V. unterstützt die Pläne der Landeshauptstadt München, rund 150 neue Stadtbäume zu pflanzen, sieht jedoch Klärungsbedarf bei der öffentlichen Kostendebatte.

Die veranschlagten rund 95.000 Euro pro Baum seien nicht dem Baum selbst geschuldet: Ein großkroniger Stadtbäumekosten in der Regel maximal etwa 2.000 Euro. Der Großteil entfalle auf aufwendige Tiefbauarbeiten, etwa Leitungsverlegungen, spezielle Wurzelräume, tragfähige Substrate und Konstruktionen für den Verkehr in hochverdichteten Innenstädten.

BdB-Hauptgeschäftsführer Markus Guhl betont: Stadtbäume sind zentrale Elemente der Klimaanpassung und kein Luxusgut. Pauschale Kostenkritik könne die notwendige Begrünung gefähr-

den und die Akzeptanz mindern. Als Ergänzung verweist der BdB auf alternative Begrünungsansätze, etwa mobile Pflanzsysteme wie in Wien, die kostengünstiger und schneller umsetzbar sind. Entscheidend sei eine standortangepasste Kombination verschiedener Lösungen.

Nutzungsverzicht kein geeignetes Instrument

Abschließend betonten die Vertreter der kommunalen Waldbesitzer, dass ein pauschaler Nutzungsverzicht kein geeignetes Instrument für einen wirksamen Klimaschutz darstellt. Erforderlich sei vielmehr ein ausgewogenes und wissenschaftlich fundiertes Waldmanagement, das Nutzung, Anpassung und Schutz in Einklang bringt. Die Kommunen appellieren daher an die Politik, bestehende Fehlansätze zu überprüfen und die aktive Waldbewirtschaftung als zentralen Bestandteil einer nachhaltigen Klimastrategie anzuerkennen. DK

Neue Publikation:

Seltene Waldformen im Visier

Mittel- und Niederwälder gehörten über Jahrhunderte hinweg zu den prägenden Nutzungsformen der Wälder in Deutschland. Während im späten 17. und 18. Jahrhundert noch rund zwei Drittel der Waldflächen auf diese Weise bewirtschaftet wurden, machen sie heute nur noch etwa 0,1 Prozent der Gesamtwaldfläche aus. Eine neu erschienene Broschüre mit dem Titel „Mittel- und Niederwälder in Bayern“, herausgegeben vom Bayerischen Landesamt für Umwelt, der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft sowie dem Biodiversitätszentrum Rhön, widmet sich diesen selten gewordenen Waldformen und stellt deren ökologische sowie soziokulturelle Bedeutung in den Mittelpunkt. Vorgestellt wurde sie im Güterwald Willanzheim von Vertretern der beteiligten Fachbehörden sowie der Regierung von Unterfranken.

Regierungsvizepräsident Jochen Lange verwies auf die besondere Verantwortung Bayerns für den Erhalt dieser Waldformen. Knapp die Hälfte der deutschen Mittel- und Niederwälder befinde sich in Franken. Vor diesem Hintergrund werde die Fortführung dieser arbeitsintensiven Bewirtschaftung durch verschiedene Initiativen unterstützt. Dazu zählt unter anderem das Projekt „Lichte Wälder in Franken“, in dessen Rahmen auch die vorliegende Broschüre entstanden ist.

Artenreichste Lebensräume im Freistaat.

Laut Dr. Peter Pröbstle, Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft, soll die Veröffentlichung dazu beitragen, diese besondere Form der Waldbewirtschaftung stärker ins Bewusstsein zu rücken und deren Bedeutung einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Ergänzend fördern die bayerischen Forst- und Umweltverwaltungen die Bewirtschaftung von Mittel- und Niederwäldern unter anderem über das Vertragsnaturschutzprogramm Wald.

Dr. Monika Kratzer, Präsidentin des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, hob die besondere Bedeutung dieser Wälder für die biologische Vielfalt hervor. Mittel- und Niederwälder gehörten zu den artenreichsten Lebensräumen im Freistaat. Allein in den Mittelwäldern Frankens wurden zahlreiche Arten festgestellt, darunter rund 80 Tagfalterarten sowie etwa 550 holzbewohnende Käferarten. Die strukturreichen Lebensräume böten damit wichtige Voraussetzungen für den Erhalt der Biodiversität. DK



Gemeinsam für eine lebenswerte Zukunft

Bei der Pflanzaktion „Zukunftswald“ engagierten sich Würzburgs 2. Bürgermeisterin Dr. Sandra Vorlová (3.v.l.) sowie Würzburger Großeltern, Eltern und Kinder mit viel Einsatz und Begeisterung für den Klimaschutz vor Ort. Auf einer Fläche bei Oberdürrbach pflanzten sie, stellvertretend für die Kinder, die jedes Jahr in Würzburg geboren werden, widerstandsfähige Baumarten wie Kirsche, Hasel und Elsbeere. So wächst Jahr für Jahr ein neuer, klimaresilienter Wald heran, der nicht nur zur biologischen Vielfalt beiträgt, sondern auch das Stadtklima langfristig stärkt.

Die Aktion verbindet praktischen Umweltschutz mit einem besonderen Naturerlebnis: Viele Kinder pflanzen hier erstmals selbst einen Baum und erleben unmittelbar, wie ihr eigener Beitrag Wurzeln schlägt. Gleichzeitig entsteht ein Ort der Begegnung, an dem Generationen zusammenkommen und Verantwortung für die Zukunft übernehmen. Der „Zukunftswald“ steht damit sinnbildlich für nachhaltiges Handeln, das heute beginnt und weit in die kommenden Jahrzehnte hineinwirkt. Foto: Manuela Pries



V.l. Tim Oßwald, Geschäftsführer Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge und Clemens Knoblauch, Geschäftsführer der Knoblauch GmbH. Bild: CH

Schweizer Taschenmesser auf Rädern

KOMMUNAL-Tour 2026 zeigt in Elchingen die ganze Faszination des Unimog

Rund 2.000 Fachbesucher, 40 Fahrzeuge und 30 Anbaugerätepartner: Die KOMMUNAL-Tour 2026 von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge und der Knoblauch GmbH hat sich als Branchentreff für kommunale Praxis etabliert. Zum Abschluss der vier Stationen umfassenden Tour in Elchingen wurde noch einmal deutlich, warum der Unimog bis heute als vielseitigstes Arbeitsgerät im Bauhof gilt.

Festlicher Abschluss einer außergewöhnlichen Tour

Zum Finale präsentierte sich die KOMMUNAL-Tour 2026 in einem ungewohnten Rahmen: Die Branche traf sich in einer stilvollen Festhalle in Elchingen. Nach Stationen am Schluchsee, in Wörth und Aspach bildete der bayerische Termin den Schlusspunkt einer Reihe, die bewusst unterschiedliche Orte gewählt hatte: von der Mehrzweckhalle

über das Fußballstadion bis hin zum Unimog-Werk. „Wir freuen uns, dass so zahlreiche Besucher da sind, gerade in dieser außergewöhnlichen Location“, begrüßte Tim Oßwald, Geschäftsführer von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge, die Gäste. Die Tour habe über die Jahre bereits an vielen unterschiedlichsten Orten Station gemacht: „Flugplätze, Hallen, Klöster: Aber das hier ist noch einmal etwas Besonderes.“



30 Partner, 40 Fahrzeuge, 2.000 Besucher insgesamt: Hier der Blick auf das Veranstaltungsgelände in Elchingen. Bild: Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge

125 Jahre Wilhelm Mayer

Der Standort Elchingen, nahe dem Hauptsitz von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge in Neu-Ulm, war bewusst gewählt: 2026 feiert das Unternehmen sein 125-jähriges Bestehen. Prof. Gerhard Mayer, Hauptgesellschafter und Vorsitzender des Firmenbeirats, erinnerte an die Wurzeln der Firma, die 1901 von seinem Großvater gegründet wurde. Schon früh habe man über die Landwirtschaft hinausgedacht und Fahrzeuge für unterschiedlichste Einsatzbereiche entwickelt. Diese Idee eines universellen Geräteträgers prägt das Unternehmen bis heute. Dabei stand für Mayer nicht die Rückschau im Mittelpunkt: „Unsere Jubiläen sollen nicht nur die Vergangenheit feiern; für uns war immer entscheidend, uns mit der Zukunft zu beschäftigen.“ Die heutige Veranstaltung zeige, dass das Unternehmen gemeinsam mit Partnern und Kunden gut aufgestellt sei, um die kommenden Herausforderungen zu meistern.

Pioniere der Unimog-Geschichte

Ein zweites Jubiläum unterstrich die Bedeutung der Veranstaltung: 80 Jahre Unimog.

Rolf Trampert von Daimler Truck würdigte das Universal-Motorgewerk als Erfolgsmodell, das ohne die enge Zusammenarbeit mit Kommunen und Partnern nicht denkbar wäre. Gerade diese Partnerschaften haben eine außergewöhnliche Tiefe: Die Knoblauch GmbH ist mit 75 Jahren die älteste Unimog-Generalvertretung überhaupt, Wilhelm Mayer blickt auf 72 Jahre Unimog-Vertrieb zurück. Angesichts von 80 Jahren Unimog-Geschichte wird deutlich: Hier stehen echte Pioniere an der Seite des Produkts, Unternehmen, die die Entwicklung des Geräteträgers über Generationen hinweg begleitet und mitgeprägt haben.

Für Trampert setzt die KOMMUNAL Tour einen wichtigen Maßstab: „Sie gibt derzeit einen umfassenden Einblick in den Stand kommunaler Technik in Deutschland.“

Der Unimog: Ein Fahrzeug für alle Fälle

Warum der Unimog bis heute eine Sonderstellung einnimmt, wurde im Fachvortrag von Steffen Völckel deutlich. Vom kompakten Modell mit 190 PS bis zur 350-PS-Maschine deckt das Fahrzeug ein breites Einsatzspektrum ab. Seine eigentliche Stärke liegt jedoch nicht in einzelnen Leistungsdaten, sondern in der Gerätekompazität:

- mehrere Anbauräume
- hydraulische und mechanische Schnittstellen
- hohe Wendigkeit
- Geländegängigkeit und autobahn-tauglich

So kann ein Unimog im kommunalen Alltag innerhalb eines Tages unterschiedlichste

Aufgaben übernehmen. Früh raus zum Winterdienst, später der Heckenschnitt – und danach noch der Anhängertransport: ein Tag, der zeigt, wie vielseitig der Einsatz ist. Völckel brachte es anschaulich auf den Punkt: Der Unimog sei wie ein „Schweizer Taschenmesser“, nur eben für den Bauhof.

Anbaugeräte machen den Unterschied

Dass diese Vielseitigkeit überhaupt möglich ist, zeigte die große Fahrzeug- und Geräteausstellung. Rund 30 Partnerunternehmen präsentierten Lösungen für nahezu jede kommunale Aufgabe, vom Mähgerät über Streuer bis hin zu Spezialtechnik für Reinigung oder Wasseranwendungen. „Die Fahrzeuge leben davon, dass sie Geräte tragen können“, betonte Oßwald. Erst das Zusammenspiel aus Grundfahrzeug und Anbaugerät mache den praktischen Nutzen im Alltag aus. Die Besucher konnten nicht nur schauen, sondern Technik im Einsatz erleben und direkt mit Herstellern sprechen, ein Konzept, das laut Veranstaltern entscheidend zum Erfolg der Tour beiträgt.

Technik trifft Nachhaltigkeit

Einen erweiterten Blick auf kommunale Aufgaben bot der Vortrag von Eva Hofmann, Geschäftsführerin der Gartenakademie Baden-Württemberg. Sie zeigte, wie moderne Grünflächenpflege stärker ökologisch ausgerichtet werden kann, etwa durch angepasste Mähtechnik, reduzierte Pflegeintensität und biodiversitätsfördernde Konzepte. Gerade hier wird

deutlich, welche Rolle moderne Kommunaltechnik künftig spielt: Sie muss nicht nur effizient, sondern auch nachhaltig einsetzbar sein.

Ein Format, das ankommt

Für die Veranstalter ist die Resonanz eindeutig. Die Mischung aus Fachvorträgen, Live-Demonstrationen und direktem Austausch habe sich bewährt. „Es freut uns zu sehen, dass dieses Format so gut angenommen wird“, so Tim Oßwald. Auch Clemens Knoblauch, Geschäftsführer der Knoblauch GmbH, zeigte sich sehr zufrieden, insbesondere mit der Atmosphäre und dem Austausch vor Ort: „Diese Tour lebt davon, dass wir Kommunen, Partner und Hersteller zusammenbringen, genau dieser direkte Dialog macht den Mehrwert aus.“ Die große Beteiligung und das positive Feedback bestätigten den Ansatz der Veranstalter.

Mehr als eine Maschinenschau

Die KOMMUNAL-Tour 2026 hat eindrucksvoll gezeigt, wie sich Tradition und Innovation verbinden lassen: 125 Jahre Wilhelm Mayer, 72 Jahre und 75 Jahre Unimog-Generalvertretung bei Wilhelm Mayer und Knoblauch sowie 80 Jahre Unimog und gleichzeitig der klare Blick nach vorn auf die wachsenden Anforderungen in den Kommunen. Der Unimog steht dabei sinnbildlich für diese Entwicklung: als vielseitiger Geräteträger, der sich immer wieder neu anpassen lässt und damit für viele Bauhöfe ein unverzichtbares Werkzeug bleibt. CH

Mehr Sicherheit im Einsatz

Bucher Municipal präsentiert Head-Up Display auf IFAT

Auf der IFAT 2026 (4. bis 7. Mai, München) stellt Bucher Municipal in Halle C6 (Stand 328/329) erstmals ein Head-Up Display für kommunale Anwendungen vor. Das System projiziert einsatzrelevante Informationen direkt ins Sichtfeld des Fahrers.

Ziel ist es, die Bedienung von Einsatzfahrzeugen zu vereinfachen und die Aufmerksamkeit stärker auf das Verkehrsgeschehen zu lenken. Gerade im Winterdienst oder bei komplexen Arbeitsabläufen kann dies dazu beitragen, Ablenkungen zu reduzieren und Arbeitsprozesse übersichtlicher zu gestalten.

Das System befindet sich noch in der Entwicklung. Die IFAT nutzt das Unternehmen gezielt, um

Rückmeldungen von Anwendern und kommunalen Entscheidern einzuholen. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Funktionen im praktischen Einsatz tatsächlich benötigt werden.

Vorgestellt wird das Head-Up Display gemeinsam mit dem neuen Bedienpult EcoSat Pro. Dieses soll die Steuerung von Anbaugeräten vereinfachen und die Übersicht im Fahrerarbeitsplatz verbessern.

Auch im Bereich Winterdiensttechnik zeigt Bucher Municipal konkrete Anwendungen: Ausgestellt sind unter anderem ein Unimog U219 mit Yeti W16 Streuautomat und Unix LN30u Pflug sowie der Teleskopflug Teplex, dessen Räumbreite während der Fahrt variabel angepasst werden kann. In der Anbautechnik präsentiert das Unternehmen eine zweiteilige GSR-Anbauplatte, die bestehende Sensorsysteme weiter nutzbar macht, sowie eine fest montierte Frontplatte mit integrierter Sensorauschnitt. Ziel ist es, Umrüstzeiten zu reduzieren und die Handhabung zu vereinfachen.

Vorfürungen und Branchennetzwerk

Praxisnah werden die Lösungen bei den täglichen Vorfürungen im Rahmen der „Truck in Action“ gezeigt. Dort sind unter anderem Fahrzeuge für den Autobahneinsatz mit Streuautomaten und Pflugtechnik im Betrieb zu sehen.

Bucher Municipal ist zudem auf Partnerständen vertreten, etwa bei Daimler, MAN, Hako und Lindner. □



Head-Up Display

Bild: Bucher Municipal



MEISTER DER FLEXIBILITÄT

Die HANSA Geräteträger der APZ 1003 Baureihe stehen für maximale Vielseitigkeit im Ganzjahreseinsatz. Dank schmaler Bauweise, hydrostatischem Allradantrieb mit Allradlenkung und leistungsstarker Load-Sensing-Hydraulik überzeugen sie durch höchste Wendigkeit, Effizienz und Nutzlast.

Ob Sommer- oder Winterdienst, Grünflächenpflege, Straßenunterhaltung oder Transport: Mit hoher Wirtschaftlichkeit und einer komfortablen, ergonomischen Kabine sind HANSA Geräteträger zuverlässig 365 Tage im Jahr im Einsatz. Entwickelt und gefertigt in Deutschland – für professionelle Anwender mit höchsten Ansprüchen.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, 089 99 2490-0, heimstetten@henne-unimog.de, www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, 0931 250 360, info@kurt-herold.de, www.kurt-herold.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, 0731 97 56-214, nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, www.wilhelm-mayer.com

Wiederbelebung der Kleinen Paar:

Wie eine Gemeinde ihr Gewässer zurückholt

Kommunales Engagement für lebendige Gewässer

Wie können Kommunen mit begrenzten Mitteln ihre Gewässer ökologisch aufwerten und gleichzeitig Bürgerinnen und Bürger einbinden? Die Gemeinde Baar (Schwabens) zeigt, wie das gelingen kann. Bürgermeister Roman Pekis stellte beim Kongress „Bayerns beste kommunale Umweltbeispiele“ im Rahmen der Landshuter Umweltmesse gemeinsam mit Umweltreferent Matthias Schlicker das Projekt zur Wiederbelebung der Kleinen Paar vor.

Ein begradigter Bach wird wieder lebendig

Die Kleine Paar war ursprünglich ein naturnahes Fließgewässer mit zahlreichen Mäandern. Im Zuge der Flurbereinigung wurde der Bach jedoch über Jahrzehnte begradigt, verbaut und ökologisch stark beeinträchtigt. Auf dem rund zehn Kilometer langen Gewässerabschnitt im Gemeindegebiet fanden sich 26 Bauwerke – darunter Sohlschwellen und Abstürze –, die die Durchgängigkeit für Fische und andere Wasserorganismen verhinderten.

Für die rund 1.300 Einwohner zählende Kommune bedeutete das eine Herausforderung. Baar ist finanziell eingeschränkt und verfügt nur über einen kleinen Bauhof. Gleichzeitig besteht für Gemeinden eine gesetzliche Pflicht zur Unterhaltung von Gewässern dritter Ordnung und langfristig auch zur Umsetzung der Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie.

Kleine Maßnahmen mit großer Wirkung

Statt auf aufwendige Planungsverfahren zu setzen, entschied sich die Gemeinde für pragmatische Schritte. Viele Maßnahmen wurden in Eigenregie umgesetzt: mit einfachen Skizzen, fachlicher Unterstützung aus dem Wasserwirtschaftsbereich und großem ehrenamtlichem Engagement.

Ein Schwerpunkt lag auf der Verbesserung der Durchgängigkeit: Sohlschwellen wurden mit Wasserbausteinen und Kies aufgefüllt und so für Fische passierbar gemacht. Gleichzeitig entstanden kiesige Strukturen als Laichplätze. Auch die Gewässer-sole wurde lokal aufgewertet, um verschlammte Bereiche wieder zu beleben.

Weitere Maßnahmen zielten auf eine naturnahe Gewässerentwicklung: Abflachung von Ufern, um Hochwasser mehr Raum zu geben

- Entwicklung von Gehölzstreifen als Puffer zwischen Landwirtschaft und Gewässer
- Strukturierung des Bachbetts für unterschiedliche Strömungsbereiche

Die Maßnahmen zeigten schnell Wirkung. Bereits nach kurzer Zeit verbesserte sich die ökologische Qualität des Gewässers deutlich. Bei Untersuchungen wurde statt eines unzureichenden Zustands ein „guter Zu-

stand“ festgestellt. Auch die Artenvielfalt nahm zu: Inzwischen wurden elf Fischarten nachgewiesen, zuvor waren es lediglich zwei.

Bürgerprojekt statt Behördenprojekt

Ein Schlüssel zum Erfolg war die konsequente Einbindung der Bevölkerung. Die Gemeinde informierte regelmäßig über Gemeindeblatt, Bürgerversammlungen und lokale Aktionen. Bei einem ersten Arbeitseinsatz standen rund 50 Helferinnen und Helfer gemeinsam im Bach, ausgestattet mit Schubkarren und Gummistiefeln.

Auch Spenden halfen beim Start: Bereits der erste Aufruf brachte rund 3.500 Euro ein. Damit konnte ein Gewässerabschnitt von etwa 300 Metern verbessert werden. Unterstützt wurde das Projekt zudem von



V.l.: Bürgermeister Roman Pekis und Umweltreferent Matthias Schlicker, Gemeinde Baar (Schwabens).

örtlichen Vereinen, insbesondere dem Fischereiverein.

Heute ist die Kleine Paar wieder Teil des Dorflebens. Kinder spielen im Wasser, Spaziergänger halten sich am Bach auf, und Bürger melden Auffälligkeiten direkt an die Gemeinde.

Vorbild für andere Kommunen

Das Projekt hat inzwischen überregionale Aufmerksamkeit erlangt. Mehrere Auszeichnungen würdigen die Initiative, und zahlreiche Kommunen informieren sich vor Ort über den Ansatz.

Für Bürgermeister Pekis steht fest: Gewässerentwicklung muss nicht immer teuer sein. Entscheidend seien Engagement, Kooperation und der Mut, pragmatische Lösungen umzusetzen. „Früher war der Bach für viele ein Abwasserkanal“, sagte Pekis. „Heute gehört er wieder zum Dorf.“

Mit weiteren Maßnahmen – etwa zusätzlichen Rückhalteräumen für Hochwasser und einer stärkeren Vernetzung mit Nachbarkommunen entlang der rund 26 Kilometer bis zur Donau – will die Gemeinde die Renaturierung der Kleinen Paar Schritt für Schritt fortsetzen. **MH**



V.l.: Bürgermeister Josef Beimler wurde begleitet von Simon Schwab, Markt Waldthurn.

Starkregenmanagement im ländlichen Raum:

Wasser wieder in die Fläche bringen

Ökologische Starkregenerückhaltung in Waldthurn

Starkregenereignisse nehmen zu. Besonders in ländlich geprägten Regionen mit großflächiger Landwirtschaft kann das schnell zu Überflutungen führen. Der Markt Waldthurn im Landkreis Neustadt an der Waldnaab zeigt, wie sich mit einfachen, naturnahen Maßnahmen wirksamer Hochwasserschutz realisieren lässt. Bürgermeister Josef Beimler stellte das Projekt beim Kongress „Bayerns beste kommunale Umweltbeispiele“ auf der Landshuter Umweltmesse vor.

Strukturelle Ursachen: Flurbereinigung als Risiko

Die Gemeinde mit rund 2.000 Einwohnern und etwa 30 Quadratkilometern Fläche sah sich seit den 1990er Jahren zunehmend mit Starkregenproblemen konfrontiert. Durch Flurbereinigungen waren landwirtschaftliche Flächen zusammengelegt worden. Was für die Bewirtschaftung Vorteile brachte, führte jedoch dazu, dass bei Gewittern große Wassermengen gebündelt Richtung Ort abflossen. Rund 500 bis 600 Hektar Einzugsgebiet entwässerten wie ein Trichter nach Waldthurn. Immer wieder wurden Straßen zu Vorflutern, Wasser schoss ungebrems in den Ort und überflutete Keller und Häuser.

Strategiewechsel: Naturnah statt technisch

Der Markt entschied sich bewusst gegen große technische Bauwerke und setzte stattdessen auf ein dezentrales, naturnahes System. „Ein großes Rückhaltebecken speichert Wasser nur kurzfristig. Wir wollten das Wasser möglichst in der Fläche halten“, erklärte Beimler.

Kern des Konzepts sind zahlreiche kleine Erdbecken, die überall dort angelegt wurden, wo Oberflächenwasser aus den Feldern austritt. Insgesamt entstanden entlang von rund zwei Kilometern etwa 15 solcher Rückhaltestrukturen. Die Becken sind miteinander verbunden und mit Überläufen ausgestattet, sodass sich das Wasser kaskadenartig verteilt. Entscheidend ist dabei, dass das Wasser abgefangen wird, bevor es auf Straßen gelangt. „Sobald die Straße zum Vorfluter wird, ist es zu spät“, so Beimler.

Zusätzlich wurden entlang gefährdeter Bereiche Erdwälle aufgeschüttet, um Siedlungen zu schützen und Wasser gezielt in die Rückhaltebereiche zu lenken. Die Maßnahmen zeigen Wirkung: Seit der Umsetzung Mitte der 2000er Jahre gelangte bei Stark-

regen kein Oberflächenwasser mehr in den Hauptort.

Versickerung statt nur Rückhalt

In einem weiteren Schritt entwickelte die Gemeinde das Konzept weiter. Ziel war nun, das Wasser nicht nur zurückzuhalten, sondern möglichst wieder in die Fläche zu versickern. Dazu wurde in der Ortschaft Lennesrieth ein alter Hohlweg als natürlicher Rückhalteraum genutzt. Durch Aufschüttung und einen gedrosselten Ablauf können dort rund 1.500 Kubikmeter Wasser zwischengespeichert werden. Nachgeschaltete Versickerungsmulden mit grobem Schotter ermöglichen zusätzlich eine Versickerung.

Parallel wurden Straßenquerungen durchlässiger gestaltet, Gräben wieder geöffnet und Wasser gezielt aus der Ortslage heraus in angrenzende Flächen umgeleitet. Ein wichtiger Schritt war auch die Renaturierung der Luhe: Durch den Erwerb angrenzender Flächen konnten Retentionsmulden geschaffen werden, in die der Fluss bei höherem Wasserstand ausweichen kann. Dadurch wird der Abfluss gedämpft und Hochwasserspitzen werden reduziert.

Akzeptanz durch sichtbare Erfolge

Die Umsetzung erforderte vor allem Überzeugungsarbeit bei den Landwirten, denn viele Maßnahmen betreffen direkt landwirtschaftliche Flächen. Skepsis gab es anfangs durchaus. Doch mit wachsender Erfahrung und sichtbaren Erfolgen wuchs auch die Akzeptanz. „Heute sehen viele, dass diese Lösungen funktionieren“, so Beimler.

Für den Bürgermeister war weniger die Finanzierung als vielmehr die Unsicherheit über die Wirksamkeit die größte Herausforderung: „Wir haben Maßnahmen umgesetzt, ohne genau zu wissen, ob sie funktionieren. Aber sie haben funktioniert.“

Übertragbares Modell für ländliche Kommunen

Das Beispiel Waldthurn zeigt, dass kommunaler Hochwasserschutz nicht zwangsläufig große technische Infrastruktur benötigt. Dezentrale, naturnahe Lösungen können nicht nur Überschwemmungen verhindern, sondern gleichzeitig ökologische Funktionen stärken und Wasser wieder in den natürlichen Kreislauf zurückführen. Gerade für ländliche Gemeinden mit begrenzten finanziellen Möglichkeiten kann dieser Ansatz ein wirkungsvoller Weg sein. **MH**

Ökonomie und Ökologie verbinden

Kläranlage Schönberg nutzt Biogas und Solartrocknung und spart auf diese Weise Kosten und CO₂

Der Markt Schönberg im Bayerischen Wald zeigt, wie auch kleinere Kommunen ihre Kläranlagen zu effizienten Energie- und Ressourcensystemen weiterentwickeln können. Jürgen Murr, Abwassermeister in Schönberg und Dozent an der Bayerischen Verwaltungsschule in Lauingen an der Donau, stellte beim Kongress „Bayerns beste kommunale Umweltbeispiele“ ein Projekt vor, das Energiegewinnung, Kostenersparnis und Klimaschutz miteinander verbindet.

Biogas aus einer kleinen Kläranlage

Die Kläranlage Schönberg ist für rund 4.200 Einwohner ausgelegt, mit Gewerbeeinleitungen entspricht die Belastung etwa 5.600 Einwohnergleichwerten. Trotz dieser vergleichsweise kleinen Dimension gelingt es der Anlage, Biogas zu erzeugen – eine Besonderheit, denn üblicherweise wird dafür ein Faultrum benötigt.

In Schönberg entsteht das Gas direkt im Vorklärbecken. Durch bauliche Anpassungen und geeignete Prozessbedingungen konnten methanbildende Mikroorganismen etabliert werden. Das Ergebnis: rund 40.000 Kubikmeter Biogas pro Jahr, mit einem ungewöhnlich hohen Methangehalt von teilweise über 80 Prozent. Untersuchungen der Technischen Universität München zeigten, dass dabei spezielle Bakterien aus dem sauren Milieu aktiv sind.

Strom- und Wärmeerzeugung vor Ort

Das erzeugte Gas wird in einem Blockheizkraftwerk (BHKW) genutzt. Besonders an der Anlage ist die modulare Leistungssteuerung: Sie kann zwischen 5 und 18 Kilowatt elektrischer Leistung betrieben werden und passt sich so flexibel an den ak-

tuellen Strombedarf der Kläranlage an.

Das Gas wird zunächst in einem 100-Kubikmeter-Speicher gesammelt. Tagsüber deckt eine Photovoltaikanlage einen großen Teil des Strombedarfs. Das BHKW läuft deshalb bevorzugt dann, wenn kein Solarstrom verfügbar ist. Auf diese Weise erreicht die Anlage eine Eigenstromnutzung von rund 96 Prozent.

Die entstehende Abwärme wird ebenfalls genutzt: Sie beheizt das gesamte Betriebsgebäude mit Büro-, Labor- und Sozialräumen. Überschüsse können sogar im Sommer sinnvoll eingesetzt werden.

Der Energieeffekt ist deutlich: Die Anlage erzeugt jährlich rund 60.000 Kilowattstunden Strom aus Biogas und zusätzlich 18.000 Kilowattstunden Solarstrom. Der Strombezug aus dem Netz reduziert sich dadurch erheblich. Insgesamt spart die Gemeinde etwa 10.000 Euro pro Jahr und vermeidet zugleich rund 65 Tonnen CO₂, die sonst bei fossiler Energieerzeugung entstehen würden.

Kostengünstige Gasaufbereitung

Auch bei der Gasaufbereitung geht Schönberg einen pragmatischen Weg. Statt teurer Aktivkohlefilter setzt die Anlage auf

Eisenhydroxid, um Schwefelwasserstoff aus dem Gas zu entfernen. Die jährlichen Materialkosten liegen bei lediglich etwa 50 Euro.

Solare Klärschlamm-trocknung

Ein zweites zentrales Element der Schönberger Strategie ist die solare Klärschlamm-trocknung. Nach der Entwässerung enthält Klärschlamm üblicherweise noch rund 75 Prozent Wasser. Für Transport und Verbrennung muss er deshalb häufig energieintensiv nachgetrocknet werden.

In Schönberg übernimmt diese Aufgabe ein 60 Meter langes Solartrocknungsgewächshaus. Eine automatische Wende- und Transportmaschine verteilt den Schlamm in der Halle und bewegt ihn kontinuierlich durch die Anlage. Während dieses Prozesses verdunstet das Wasser allein durch Sonnenenergie.

Von 2.500 zu 85 Tonnen

Der Effekt ist erheblich: Aus rund 2.500 Tonnen entwässertem Klärschlamm bleiben am Ende nur noch etwa 85 Tonnen nahezu trockene Substanz übrig. Der Trockenmassegehalt steigt dabei auf über 85 Prozent. Der getrocknete Schlamm besitzt damit einen Energiegehalt vergleichbar mit Braunkohle und kann ohne zusätzliche Trocknung in Verbrennungsanlagen genutzt werden.

Entsorgungssicherheit durch Contracting

Die Anlage wird über ein Con-

tracting-Modell betrieben. Ein externer Partner errichtete die Technik und übernimmt Betrieb sowie Wartung. Für Schönberg bedeutet das vor allem Planungssicherheit: Die Gemeinde hat eine gesicherte Klärschlamm-entsorgung über 20 Jahre Laufzeit, ohne eigene Instandhaltungs- oder Investitionsrisiken.

Beispiel für kleine Kommunen

Für Murr ist das Projekt auch eine Botschaft an andere Gemeinden: „Die Infrastruktur für Energiegewinnung liegt auf Kläranlagen bereits vor. Man muss sie nur nutzen.“ Während große Anlagen Biogas längst einsetzen, werde das Potenzial kleinerer Kläranlagen häufig unterschätzt.

In Schönberg zeigt sich, dass auch eine Anlage dieser Größenordnung wirtschaftlich und klimafreundlich arbeiten kann. Durch die Kombination aus Biogasnutzung, Photovoltaik und solarer Klärschlamm-trocknung spart die Gemeinde jährlich rund 380 Tonnen CO₂ ein.

Damit wird die Kläranlage vom reinen Entsorgungsbetrieb zunehmend zu einem kommunalen Energie- und Ressourcensystem – ein Ansatz, der gerade für kleinere Kommunen zunehmend an Bedeutung gewinnen dürfte. **MH**



Jürgen Murr.

Bild: MH

Politisches System in der Belastungsprobe

Mehr Flexibilität statt Koalitionszwang?

Im April stand im PresseClub München eine grundlegende Frage im Mittelpunkt: Ist das deutsche Regierungssystem noch handlungsfähig oder braucht es neue Formen politischer Zusammenarbeit? Anlass war die Vorstellung des Buches „Demokratie neu denken“ von Dr. Peter H. Grassmann. Die Diskussion machte deutlich: Der Reformbedarf wird parteiübergreifend gesehen, doch die Lösungsansätze bleiben umstritten.

Handlungsfähigkeit der Demokratie im Fokus

Bereits in der Einführung wurde ein verbreitetes Unbehagen benannt: Das politische System funktioniert zwar formal, wirke jedoch zunehmend blockiert. Koalitionen würden komplexer, Entscheidungsprozesse langsamer, zentrale Reformen blieben aus. Gleichzeitig steige der Erwartungsdruck, etwa bei Migration, Infrastruktur oder Energiepolitik. Grassmann setzt genau hier an. Er stellt nicht das parlamentarische System infrage, sondern dessen praktische

Ausgestaltung. Sein Vorschlag: Weg von starren Koalitionen, hin zu stärker themenorientierten Mehrheiten. Ziel sei eine Rückbesinnung auf das Parlament als Ort sachbezogener Entscheidungen.

Projektmehrheiten als Reformansatz

Kernidee des Buches ist die Einführung sogenannter „Projektkoalitionen“. Für einzelne politische Vorhaben sollen sich wechselnde Mehrheiten im Parlament finden, unabhängig von festen Koalitionsbindungen. Grassmann argu-

mentiert, dass bestehende Koalitionen häufig nur den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ hervorbringen und notwendige Strukturformen blockieren. Besonders in wirtschaftspolitischen Fragen sei die Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Unterstützung erhält dieser Ansatz teilweise aus der Praxis: Auch Martin Hagen (Denkfabrik 21) hält flexiblere Mehrheitsmodelle für diskussionswürdig. Er verweist auf internationale Beispiele und betont, dass politische Systeme auf veränderte Mehrheitsverhältnisse reagieren müssten.

Skepsis gegenüber Systemumbau

Gleichzeitig wurde deutlich: Die Idee stößt auf erhebliche Vorbehalte. Der Landtagsabgeordnete und frühere Landrat

Kooperationsveranstaltung von vbw und Akademie für Politische Bildung:

Kommunen unter Druck und zugleich Schlüssel der Demokratie

Zwischen wachsendem Erwartungsdruck und begrenzten Spielräumen bleibt die kommunale Ebene zentral für Stabilität und Handlungsfähigkeit des Staates

Die Diagnose ist ernst, der Grundton dennoch nicht resignativ: Bei der Veranstaltung „Demokratie in Gefahr. Nach der Wahl ist vor der Umsetzung – Impulse für eine handlungsfähige Kommune“ im Münchner Bayerischen Hof wurde deutlich, dass die Demokratie auch auf kommunaler Ebene unter Druck steht, zugleich aber gerade dort ihre größte Stabilitätsreserve liegt. Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und kommunaler Praxis diskutierten die Folgen der bayerischen Kommunalwahlen 2026 und die Frage, wie Kommunen unter schwierigen Rahmenbedingungen handlungsfähig bleiben können. Einig war man sich: Eine stabile Demokratie gründet maßgeblich auf funktionierenden Kommunen und auf dem Zusammenspiel von Demokratie, Sozialer Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit.

Wahlen ohne klares Bild, aber mit klaren Signalen

Die Kommunalwahl 2026 hat vielerorts zu einer stärkeren Mobilisierung geführt, jedoch kein eindeutiges politisches Gesamtbild hervorgebracht. Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, verwies auf eine zunehmende Erosion klassischer Parteibindungen und wachsende Schwierigkeiten bei der Mehrheitsbildung.

Auffällig sei ein widersprüchliches Wählerverhalten: Parteien am Rand gewannen an Zustimmung, ohne dass ihnen gleichzeitig Regierungsverantwortung zugezogen werde. Besonders deutlich zeigte sich dies bei der AfD: Während sie bei den Gremienwahlen ihren Stimmenanteil deutlich steigern konnte, blieb sie bei Bürgermeister- und Landratswahlen ohne Durchbruch und erreichte keine exekutiven Spitzenämter.

Für Münch ist dies ein Warnsignal: Die wachsende Unzufriedenheit müsse ernst genommen werden. Es reiche nicht, vor Extremismus zu warnen, vielmehr müssten die Ursachen für den Vertrauensverlust gegenüber etablierten Parteien analysiert und adressiert werden.

Pragmatismus vor Ort

Aus kommunaler Sicht schilderte Lindaus Oberbürgermeisterin Dr. Claudia Alfons eine deutliche Veränderung der politischen Kultur. In zunehmend fragmentierten Gremien werde Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg zur Notwendigkeit. Die Erwartungen der Bürger seien dabei klar: weniger ideologische Auseinandersetzungen, mehr konkrete Lösungen. Themen wie Schulbau, Kinderbetreuung oder Infrastruktur bestimmten den Alltag und verlangten pragmatische Entscheidungen. Gleichzei-

tig zwingt die angespannte Haushaltslage vieler Kommunen zu strikter Priorisierung: Oft könne nur noch umgesetzt werden, was rechtlich zwingend und nicht länger aufschiebbar sei.

Zwischen Allzuständigkeit und begrenzten Mitteln

Ein zentrales Spannungsfeld bleibt die wachsende Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Bürger und den tatsächlichen Handlungsspielräumen der Kommunen. Vor Ort werde Politik als „Allzuständigkeit“ wahrgenommen, obwohl Zuständigkeiten und Finanzierungsmöglichkeiten klar begrenzt seien. Besonders deutlich wird dies bei Zukunftsthemen wie Klimaschutz oder Mobilität. Sie gelten gesellschaftlich als prioritär, werden kommunalrechtlich jedoch häufig als freiwillige Aufgaben behandelt und geraten damit bei knappen Haushalten schnell unter Druck. Das führt zu wachsendem Frust auf beiden Seiten.

Kommunikation als Schlüssel zur Akzeptanz

Vor diesem Hintergrund gewinnt Kommunikation an Bedeutung. Transparenz, frühzeitige Information und kontinuierlicher Dialog mit den Bürgern wurden als zentrale Voraussetzungen für politische Akzeptanz benannt. Alfons betonte, dass auch schwierige Entscheidungen vermittelbar seien, vorausgesetzt, sie würden nachvollziehbar erklärt und frühzeitig kommuniziert. Neben klassischen Medien gewinnen dabei neue Formate an Bedeutung, etwa Social Media, Bürgerzeitungen oder direkte Beteiligungsangebote.

Auch Landrat Dr. Oliver Bär, Landkreis Hof, hob die Bedeutung des persönlichen Austauschs hervor. Oft zeige sich erst im direkten Gespräch, welches Anliegen tatsächlich hinter Kritik

stehe. Vertrauen entstehe nicht allein durch Ergebnisse, sondern durch ernsthafte Auseinandersetzung.

Daseinsvorsorge als zentrale Herausforderung

Gerade im ländlichen Raum steht die kommunale Ebene vor wachsenden Herausforderungen, etwa bei der medizinischen Versorgung oder der Sicherung von Fachkräften. Bär verwies auf eigene Initiativen wie Stipendienprogramme für angehende Ärzte, die zeigen, wie stark Kommunen inzwischen selbst aktiv werden müssen. Zugleich warnte er vor struktureller Überforderung. Insbesondere im Gesundheitsbereich überstiegen Aufgaben und Defizite zunehmend die Leistungsfähigkeit kommunaler Haushalte. Neben zusätzlicher Finanzierung brauche es daher vor allem eine realistische Neuverteilung von Aufgaben sowie einen konsequenten Abbau von Standards.

Wirtschaft: Standortfaktor Kommune

Aus Sicht der Wirtschaft kommt den Kommunen eine zentrale Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu. Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw, betonte, dass wirtschaftliche Stärke und stabile kommunale Strukturen untrennbar miteinander verbunden seien. Wirtschaftsförderung sei kein Randthema, sondern müsse im Zentrum kommunalpolitischer Strategien stehen. Leistungsfähige Infrastruktur, ausreichender Wohnraum, verlässliche Energieversorgung und gute Kinderbetreuung seien entscheidende Standortfaktoren. Gleichzeitig forderte die Wirtschaft mehr Planungssicherheit und eine spürbare Entlastung von Bürokratie.

Demokratie beginnt vor Ort

Neben strukturellen Fragen wurde auch die gesellschaftliche Dimension angesprochen. Gerade junge Menschen müssten stärker an demokratische Prozesse herangeführt werden. Kommunale Beteiligungsformate, Jugendbudgets und direkte Ansprache könnten dazu beitragen, politische Teilhabe erlebbar zu machen.

Thorsten Freudenberger warnte vor einer Schwächung stabiler Regierungsstrukturen. Minderheitsregierungen oder wechselnde Mehrheiten könnten zwar kurzfristig Entscheidungen erleichtern, langfristig aber politische Verlässlichkeit untergraben. Zudem setze ein solches Modell ein hohes Maß an politischer Verantwortung voraus. Persönliche oder parteipolitische Interessen müssten konsequent hinter das Gemeinwohl zurücktreten, eine Voraussetzung, die nicht selbstverständlich sei. Auch die Gefahr strategischer Blockaden wurde angesprochen: Oppositionsparteien könnten Erfolge der Regierung gezielt verhindern, um eigene politische Vorteile zu sichern. Für kommunale Entscheider besonders relevant ist ein weite-



V.l.: Thorsten Freudenberger, Peter H. Grassmann, Dr. Ralf Scheider, Martin Hagen und Michael Jäger. Bild: MH

Verbunden über Generationen:

Besonderer Abschied für Stefan Rößle

In kleiner, aber umso persönlicherer Runde haben die Ehrenvorsitzenden des Bayerischen Gemeindetags im Landkreis Donau-Ries im Nördlinger Bahnhof – dem alten Landratsamt – für Landrat Stefan Rößle eine Abschiedsfeier organisiert. Auf Veranlassung der Altbürgermeister Hans Eichhorn, Franz Oppel und Robert Ruttman kamen langjährige Weggefährten aus Kommunalpolitik, Verwaltung und dem Bayerischen Gemeindetag zusammen. Kreishauptpfleger Herbert Dettweiler sorgte für die musikalische Umrahmung und sogar Moritz Fürst von Ottingen-Wallerstein war einer der prominenten Gäste. Dieser Nachmittag war ein Wiedersehen unter Freunden, geprägt von Geschichten, Humor und echter Wertschätzung.

Eichhorn spannte den Bogen zurück bis in die 1990er-Jahre, als sich viele der Anwesenden im Bayerischen Gemeindetag kennenlernten und gemeinsam Verantwortung auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene übernahmen. Seit 1996, so erinnerte er, verbinde ihn mit Rößle eine gewachsene Zusammenarbeit – getragen von gegenseitigem Respekt und vielen gemeinsamen Projekten.

Besonders bewegend wurde es bei einer sehr persönlichen Geste: Eichhorn übergab einen Ring, den er selbst einst von Franz Xaver Döschl erhalten hatte – Rößles politischem Ziehvater und einem seiner engsten Freunde. Döschl hatte Rößle früh gefördert und dessen Weg in die kommunalpolitische Verantwortung mitgeprägt. Der Ring, ein sog. Lutherring und seltenes Erinnerungsstück, steht für mehr als Freundschaft: für Haltung, Verlässlichkeit und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Eichhorn gab ihn nun weiter – als Zeichen der Verbundenheit über Generationen hinweg und als lebendige Erinnerung an gemeinsame Werte. Neben solchen stillen Momen-

ten kam auch die Leichtigkeit nicht zu kurz: In bester Rieser Tradition wurde gesungen, über frühere Zeiten geschmunzelt und so manche Anekdote zum Besten gegeben – von gemeinsamen Fahrten, politischen Wegmarken



V.l.: Hans Eichhorn und Stefan Rößle. Bild: AH

bis hin zu ganz persönlichen Lebensgeschichten. Auch die Bayerische Gemeindezeitung und ihre langjährige Begleitung der kommunalen Ebene fanden anerkennende Worte.

Stefan Rößle selbst zeigte sich sichtlich bewegt. Er blickte auf seine Zeit als Landrat zurück, auf Herausforderungen und Erfolge und vor allem auf den Zusammenhalt im Landkreis Donau-Ries. Gerade das Ries, so betonte er, habe ihn getragen, auch in schwierigen Zeiten. AH



V.l.: Moderatorin Dr. Giulia Mennillo, Dr. Claudia Alfons, Dr. Oliver Bär, Prof. Dr. Ursula Münch und Bertram Brossardt. Bild: vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. / Stefan Obermeier

Handlungsfähigkeit sichern

Die Diskussion zeigte: Die Demokratie steht auch auf kommunaler Ebene unter Druck: durch finanzielle Engpässe, steigende Erwartungen und politische Fragmentierung. Gleichzeitig bleibt die Kommune der Ort,

an dem politische Lösungen konkret entstehen. Um diese Rolle zu sichern, braucht es vor allem mehr Handlungsspielraum, weniger Bürokratie und eine realistische Aufgabenverteilung. Denn eine starke Demokratie entsteht nicht abstrakt, sie wird vor Ort gelebt. CH

Praxis auf kommunaler und Bundesebene. Freudenberger verwies darauf, dass in Kommunen parteiübergreifende Zusammenarbeit oft selbstverständlich sei. Gute Ideen würden unabhängig von Parteigrenzen aufgegriffen. Auf Landes- und Bundesebene hingegen dominierten häufig parteipolitische Logiken. Diese Beobachtung verweist auf ein strukturelles Problem: Während Kommunen pragmatisch und lösungsorientiert arbeiten müssen, führen starre Koalitionsmechanismen auf höherer Ebene oft zu Verzögerungen, mit direkten Auswirkungen auf die Umsetzung vor Ort.

Bremsschrauben

Ein zentrales Thema der Diskussion war die zunehmende Komplexität staatlicher Entscheidungsprozesse. Freudenberger schilderte aus seiner Erfahrung, dass selbst gute Ideen häufig an langwierigen Prüfprozessen und administrativen Hürden scheitern. Es fehle an einer „Kultur des Machens“ und an der Bereitschaft, neue Ansätze schneller zu erproben. Auch Michael Jäger, Vertreter des Bundes der Steuerzahler, kritisierte eine Politik des Aufschiebens: Reformbedarf sei seit Jahren bekannt, werde jedoch aus Rücksicht auf Koalitionspartner nur unzureichend umgesetzt. Die Folge seien steigende Kosten und wachsende Belastungen für öffentliche Haushalte.

Vertrauen als zentrale Herausforderung

Einigkeit bestand darüber, dass die eigentliche Herausforderung tiefer liegt: im schwindenden Vertrauen der Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates. Hagen betonte, dass demokratische Systeme heute stärker als früher ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen müssten. Wenn politische Entscheidungen trotz vorhandener Mehrheiten nicht umgesetzt würden, entstehe der Eindruck, dass Wahlen keine Wirkung mehr hätten. Diese Wahrnehmung könne langfristig die Stabilität des Systems gefährden und extremen politischen Kräften Auftrieb geben.

Reformbedarf ja – Konsens fehlt

Die Diskussion im PresseClub München zeigt: Der Reformbedarf des politischen Systems wird breit anerkannt. Insbesondere die Frage, wie Entscheidungsprozesse beschleunigt und Blockaden überwunden werden können, gewinnt an Bedeutung. Ob projektbezogene Mehrheiten dabei ein geeigneter Weg sind, bleibt offen. Während sie mehr Flexibilität versprechen, werfen sie zugleich Fragen nach Stabilität, Verantwortlichkeit und politischer Kultur auf. Für die kommunale Ebene ergibt sich daraus eine klare Botschaft: Effiziente, pragmatische Entscheidungsstrukturen sind ein entscheidender Standortfaktor – und könnten künftig stärker als Vorbild für übergeordnete politische Ebenen dienen. MH

GZ

ZU GAST BEI ...

Welche Kommune vertreten Sie und wie viele Einwohner zählt sie?

Würzburg hat aktuell rund 133.000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Seit wann sind Sie im Amt?

Mein Amtsantritt war am 1. Juli 2025.

Welchen Beruf übten Sie vor Amtsantritt aus?

Vor meiner Wahl zum Oberbürgermeister leitete ich als zweiter Bürgermeister das Umwelt- und Klimareferat der Stadt Würzburg. Zuvor war ich Oberstudienrat an der Fach- und Berufsoberschule Marktheidenfeld.

Was hat Sie persönlich motiviert in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich wollte schon immer Politik machen und ge-



Bild: Heidi Frank

Martin Heilig

Oberbürgermeister der Stadt Würzburg

stalten. Mitte der Neunziger Jahre war ich Mitbegründer der Grünen Jugend in Bayern und habe früh erlebt, wie viel sich auf unterschiedlichen politischen Ebenen tatsächlich erreichen lässt. Am unmittelbarsten bleibt das für mich bis heute auf kommunaler Ebene. Hier wird Politik greifbar, Entscheidungen zeigen schnell Wirkung und genau das motiviert mich total.

Gleichzeitig war es mir immer wichtig, den Blick zu weiten. Gute Kommunalpolitik endet nicht an der Stadtgrenze. Themen wie Klimaschutz oder Mobilität betreffen ganze Regionen und verlangen nach Zusammenarbeit. Dafür braucht es neue Allianzen und die Bereitschaft, Verantwortung gemeinsam zu denken.

Wie haben Sie sich auf Ihr Amt vorbereitet?

Das Bürgermeisteramt dürfte ideal für den „letzten Schliff“ gewesen sein. Als Stellvertreter meines Vorgängers Christian Schuchardt war ich gleichzeitig Spezialist für mein Ressort, aber auch als Generalist gefragt, der die gesamte Stadt repräsentiert. So konnte ich mich in eine Reihe von Themen tiefer einarbeiten und wertvolle Einblicke gewinnen. Durch diese „Lehrzeit“ in verantwortungsvoller Position treffe ich heute sicher ausgewogenere Entscheidungen als es mir ohne diese Erfahrung möglich gewesen wäre.

Welche Herausforderungen standen zu Beginn Ihrer Amtszeit im Vordergrund?

Wie andernorts müssen wir aktuell auch in Würzburg die Erfahrung machen, dass es uns nicht an großen Visionen mangelt, sondern eher am nötigen Kleingeld. Angesichts der Haushaltslage braucht es klare Prioritäten und eine ehrliche Kommunikation, um immer wieder klar zu machen, dass man sich für einige Dinge entschieden hat und zumindest langfristig nicht automatisch gegen andere.

Auf welches Projekt oder welche Entscheidung Ihrer Amtszeit sind Sie besonders stolz?

In die noch recht kurze Amtszeit fallen äußerst harmonische Haushaltsberatungen, die dem Verwaltungsentwurf den Rücken stärkten. Wichtig war für mich aber auch die Entscheidung zur weiteren Nutzung der Posthalle. Sie gibt uns als

Stadt die nötige Flexibilität für Kultur und Veranstaltungen. Welche Themen beschäftigen Sie aktuell?

Ganz oben auf meiner Liste stehen neben den Straßenbahnprojekten, also dem Ausbau unseres Netzes, die Multifunktionsarena. Da geht es um einen Ort, der ganz unterschiedliche Bereiche zusammenbringt. Profisport, Breitensport, Konzerte, kulturelle Veranstaltungen und große gesellschaftliche Events.

Für Würzburg bedeutet das eine großartige Chance. Eine moderne Arena kann die Stadt als Standort deutlich attraktiver machen, sowohl für Veranstalter als auch für Besucherinnen und Besucher aus der gesamten Region. Das stärkt nicht nur das kulturelle Leben, sondern auch Gastronomie, Hotellerie und den lokalen Einzelhandel.

Dauerbrenner bleiben außerdem die drei „Wenden“. Die Klimawende, die Mobilitätswende oder die Wärmewende. Insbesondere bei der letzteren sind wir meines Erachtens weiter als die meisten Kommunen und das könnte sich noch als großer Vorteil erweisen, etwa wenn man später nach den richtigen Firmen und Partnern Ausschau hält.

Mit welchen Themen möchten oder müssen Sie sich künftig auseinandersetzen?

Es sind diese erwähnten nachhaltigen Hausaufgaben und daneben sehe ich auch einige soziale Themen, die uns fordern. Wohnraum ist in Würzburg knapp und teuer geworden, dies ist ein Problem, das viele Auswirkungen hat. Dieser Trend belastet unsere Sozialausgaben, erschwert Integration und Inklusion und ist zumindest im Vergleich zu einigen Kommunen auch ein Standortnachteil, den wir kompensieren müssen.

Wie beziehen Sie Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft in Ihre Arbeit und Entscheidungsprozesse ein?

Gerne möglichst direkt. Bei Bürgerbeteiligungen sehe ich aktuell große Chancen, etwa durch Studien, Umfragen und Abstimmungen nicht nur „die üblichen Verdächtigen“ mitzunehmen. Wir beschäftigen uns in der Smarten Region intensiv mit den Technologien, die dies kostengünstig ermöglichen.

Welchen Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Entwicklung nimmt spürbar an Fahrt auf, die Kurve wird jetzt deutlich steiler. Noch gehört es an Stammtischen und in Talkshows fast schon zum guten Ton, über den Stand der Digitalisierung in Behörden zu lästern.

Ich freue mich auf den Moment, in dem sich das dreht und mit derselben Leidenschaft auch über das gesprochen wird, was bereits besser läuft: über konkrete Verbesserungen, echte Erleichterungen im Alltag und über digitale Lösungen, die funktionieren. Statt immer nur die Negativbeispiele und Umstellungsprobleme in den Mittelpunkt zu stellen.

Welchen Rat geben Sie jungen Kolleginnen und Kollegen?

Es ist wichtig, den eigenen Überzeugungen zu vertrauen. Politik lebt von Haltung und Engagement. Und gleichzeitig ist es elementar, offen zu bleiben, zuzuhören und bereit zu sein, gemeinsame Lösungen zu entwickeln. □

Bayerischer Landkreistag:

Bezirksverbände neu konstituiert

Nach den Kommunalwahlen im März haben sich die Bezirksverbände des Bayerischen Landkreistags kürzlich in Oberfranken, Oberbayern und Schwaben neu aufgestellt und in konstituierenden Sitzungen zentrale personelle Entscheidungen sowie inhaltliche Schwerpunkte für die kommende Amtszeit festgelegt.

Neuwahlen und personelle Veränderungen

Der Bezirksverband Oberfranken traf sich auf der Giechburg. Einstimmig wurde der Hofer Landrat Oliver Bär als Vorsitzender bestätigt, zum stellvertretenden Vorsitzenden wählten die Mitglieder den Lichtenfeler Landrat Christian Meißner. Bär würdigte die Arbeit ausgeschiedener Amtskollegen und dankte Johann Kalb (Landkreis Bamberg), Klaus Peter Söllner (Kulmbach) und Hermann Ulm (Lichtenfels) für ihre langjährige Mitarbeit und ihren Beitrag zur Entwicklung der Region. Gleichzeitig wurden die neu gewählten Landräte Johannes Maciejczyk (Bamberg), Hannjörg Zimmermann (Forchheim) und Jonas

gesetzlich vorgegebene Aufgaben erfüllt werden müssen. Hinzu kommen wachsende Verwaltungskosten und der Bedarf an Investitionen in Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge.

Darüber hinaus wurden laufende Reformprozesse auf Bundes- und Landesebene erörtert. Im Mittelpunkt steht eine Strukturkommission zur Staatsreform, die Maßnahmen zur Entbürokratisierung sowie zur Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung erarbeitet. Der Bayerische Landkreistag ist in diesen Prozess eingebunden.

Zum Abschluss der Sitzung dankte der scheidende Vorsitzende des oberbayerischen Bezirksverbandes, Thomas Eichinger, Landrat Lederer für die Organisation sowie den Mitgliedern



Treffen des Bezirksverbands Oberbayern des Bayerischen Landkreistags in der Abtei Frauenwörth. Bild: Landratsamt Rosenheim

Gleich (Kulmbach) in das Gremium aufgenommen und in die laufende Arbeit eingebunden.

für die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Sozialkosten treiben Haushalte unter Druck

Inhaltlich prägte vor allem die Finanzsituation die Beratungen. Nach Angaben des Bezirks sind die Sozialausgaben in Oberfranken in den vergangenen drei Jahren um rund 45 Prozent gestiegen. Aufgrund der Umlagefinanzierung wirkt sich diese Entwicklung unmittelbar auf die Haushalte der Landkreise sowie mittelbar auf Städte und Gemeinden aus. Die Landräte fordern daher eine Überprüfung bestehender Standards sowie eine konsequente finanzielle Ausstattung neuer oder ausgeweiteter Leistungen durch Bund und Länder. Zusätzlich wurden Vorschläge zum Abbau bürokratischer Vorgaben auf Landesebene diskutiert.

Viele Themen, gleiche Sorge

Der Bezirksverband Oberbayern tagte unter der Leitung des Rosenheimer Landrats Otto Lederer in der Abtei Frauenwörth. Das Gremium befasste sich mit Berichten aus dem Bayerischen Landkreistag sowie mit aktuellen Entwicklungen auf Regierungs- und Verbandsebene. Weitere Themen waren unter anderem mögliche Regelungen zu Feuerwerksverboten, Fragen der Kinder- und Jugendhilfe nach § 9b SGB VIII sowie aktuelle Entwicklungen im Asylbereich. Auch die Auswirkungen internationaler Krisen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt, wurden angesprochen.

Ein zentrales Thema blieb auch in Oberbayern die angespannte Haushaltslage der Kommunen. Steigende Kreisumlagen setzen viele Landkreise zunehmend unter Druck, während gleichzeitig

Schwaben: Neustart und wachsende Finanzsorgen

Der Bezirksverband Schwaben im Bayerischen Landkreistag hat sich im Landratsamt Lindau neu konstituiert. Dabei wurde Landrat Elmar Stegmann einstimmig als Vorsitzender bestätigt, sein Stellvertreter ist der Unterallgäuer Landrat Alex Eder. Neu im Gremium sind die Landräte Bernd Stapfner (Ostallgäu), Dr. Marc Sturm (Aichach-Friedberg) und Christian Wilhelm (Oberallgäu). Der neue Landrat des Landkreises Donau-Ries, Michael Dinkelmeier, war entschuldigt. Verabschiedet wurden die bisherigen Landräte Rita Zinnecker (Ostallgäu), Stefan Rößle (Donau-Ries) und Dr. Klaus Metzger (Aichach-Friedberg).

Stegmann betonte die Absicht, die kommenden Herausforderungen gemeinsam, pragmatisch und über Parteigrenzen hinweg anzugehen. Eder verwies auf anspruchsvolle Jahre, die nur im engen Schulterschluss zu bewältigen seien.

In der Sitzung tauschten sich die Teilnehmer unter anderem mit Regierungspräsidentin Barbara Schretter, Andrea Degl vom Bayerischen Landkreistag und Peter Schiele, dem stellvertretenden Bezirksstagspräsidenten von Schwaben, aus. Diskutiert wurden unter anderem die Entwicklung der Asylunterbringung, der Fachkräftemangel, Fragen der zivilen Verteidigung sowie Preissteigerungen im öffentlichen Nahverkehr. Im Mittelpunkt stand jedoch die angespannte Finanzlage der Kommunen.

Kostenexplosion bei Pflichtaufgaben

Nach Angaben von Peter Schiele verschärft sich die Haushaltslage des Bezirks Schwaben deut-

lich. Ein Defizit aus dem Jahr 2025 müsse bis 2027 ausgeglichen werden, gleichzeitig sei eine weitere Erhöhung der Bezirksumlage um mindestens 2,5 Prozentpunkte absehbar. Ursache seien vor allem steigende Ausgaben bei Pflichtaufgaben, die durch Bundesgesetze vorgegeben sind.

Besonders stark wachsen die Kosten in der Eingliederungshilfe, bei Schul- und Individualbegleitungen sowie in der Pflege. So seien die Ausgaben für die Eingliederungshilfe seit 2021 um rund 35 Prozent gestiegen. Die Zahl der Individualbegleitungen im Kita-Bereich habe sich zwischen 2020 und 2025 nahezu verdreifacht.

Überprüfung der Standards

Schiele forderte daher eine Überprüfung von Standards sowie eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen durch Bund und Freistaat. Auch Bezirkschef Stegmann warnte vor einer weiteren Belastung der kommunalen Haushalte. Ohne eine Reform der Finanzierungsstrukturen drohten viele Kommunen in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten. Entscheidend sei eine faire Lastenverteilung zwischen den staatlichen Ebenen. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN: 0005-7045
Fachblatt der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) in Bayern
Herausgeberin:
Oberbürgermeisterin Eva Weber
Verantwortlich i. S. d. § 7
Bayerisches Pressegesetz (BayPrG):
Constanze von Hassel, Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH,
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Redaktion:
Constanze von Hassel
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Anne-Marie von Hassel, Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV), Peter Müller
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 60 vom 01.01.2026
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungsweise- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-17
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Bezugspreis Einzelabo:
Print-Ausgabe und/oder ePaper:
90,47 € zzgl. MwSt. jährlich
Bezugspreis Sammelabo:
Ab 10 Exemplaren (gedruckt und/oder ePaper)

GZ-Sammelabo, Lieferung an eine Post- oder Mailadresse:
35,00 € zzgl. MwSt. jährlich pro Exemplar
GZ-Sammelabo, Einzelversand an verschiedene Post- oder Mailadressen:
48,40 € zzgl. MwSt. jährlich pro Exemplar

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlag / Verlags- und Geschäftsleitung
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel,
Constanze von Hassel,
Theresa von Hassel

Handelsregister:
Amtsgericht München, HRB 654 19
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon: 08171 / 9307-11
Telefax: 08171 / 9307-22
E-Mail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Erscheinungsort: Geretsried

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verl. Bayer. Kommunalpresse GmbH
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recyclingpapier verwendet.

Hinweise:
Alle Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Eine Verwertung ist – mit Ausnahme gesetzlicher Ausnahmen – ohne Zustimmung des Verlags strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

SMV-Aktion für Bildungsprojekte:

Schüler spenden erneut für „1000 Schulen“

Donauwörth – Seit vielen Jahren schon spenden die Schülerinnen und Schüler der Ludwig-Bölkow-Schule im Rahmen der von der Schülermitverwaltung (SMV) und den Verbindungslehrern initiierten „Solidaritätsaktion“ Gelder für den guten Zweck.

Ganz besonders ans Herz gewachsen ist ihnen dabei in der jüngeren Vergangenheit der

Verein „1000 Schulen für unsere Welt“, der bereits zum dritten Mal in Folge bedacht wird

– und das aus gutem Grund: Seit der groß angelegten Spendenaktion im Jahr 2024, bei der der Bau einer Berufsschule in Togo unterstützt wurde, ist ein guter Kontakt zum Verein entstanden und die Spenderinnen und Spender erhalten Informationen aus erster Hand darüber, was mit den gespendeten Geldern passiert.

Landrat Stefan Rößle, Mitinitiator der Aktion, nahm den symbolischen Scheck über 1.450,00 Euro persönlich aus den Händen der stellvertretenden Schülersprecherin Zeynep Sahin entgegen. Bei der Übergabe präsentierte er auf seinem Handy aktuelle Bilder und berichtete anschaulich von den Baufortschritten.

Nachhaltiges Engagement der SMV

Die Solidaritätsaktion der SMV hat einmal mehr gezeigt, dass eine starke Initiative, gepaart mit der Gewissheit, dass die gespendeten Gelder tatsächlich dort ankommen, wo sie gebraucht werden, sowohl die Herzen als auch die Geldbeutel junger Auszubildender öffnet. □



Bild: David Haller, LRA Donau-Ries

Landesverband Frauenlisten Bayern e.V.

Weichen für kommende Kommunalwahlen gestellt

Im Rahmen der turnusmäßigen Mitgliederversammlung hat der Landesverband Frauenlisten Bayern e.V. am 18. April 2026 in Biberbach seinen Vorstand neu gewählt und strategische Schwerpunkte für die kommenden Jahre festgelegt. Gastgeberin war die Unabhängige Frauenliste Biberbach.

Delegierte aus allen Regierungsbezirken nutzten die Versammlung, um neben personellen Entscheidungen auch organisatorische und strukturelle Entwicklungen zu beraten. Die bisherige Vorsitzende Andrea Hinterwaldner wurde im Amt bestätigt. In ihrem Bericht verwies sie auf eine insgesamt positive Entwicklung des Verbands. Hervorgehoben wurden insbesondere Qualifizierungsangebote zur Wahlvorbereitung sowie die kommunalpolitischen Ergebnisse der Mitgliedslisten, die zuletzt 52 Mandate erzielen konnten.

Zudem stieg die Zahl der angeschlossenen Listen von 13 auf aktuell 19.

Vor dem Hintergrund wachsender Aufgaben beschloss die Mitgliederversammlung erstmals eine Anpassung der Mitgliedsbeiträge, um die Verbandsarbeit langfristig abzusichern.

Personelle Veränderungen im Vorstand

Veränderungen ergaben sich insbesondere in der Finanz- und Gremienarbeit. Die bisherige Schatzmeisterin Carina Ross-

kopf-Achatz schied aufgrund ihrer künftigen Mandate auf Stadt- und Kreisebene aus dem Amt aus, bleibt dem Vorstand jedoch als Beisitzerin erhalten. Zur neuen Schatzmeisterin wurde Sonja Schmutterer gewählt.

Auch die Funktion der Schriftführung wurde neu besetzt: Andrea Holzapfel übernimmt diese Aufgabe von Klara Wolf. Zur Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit und mit Blick auf die Ansprache jüngerer Zielgruppen wurde zudem erstmals eine Zuständigkeit für digitale Kommunikation geschaffen. Diese übernimmt Magdalena Seiter. Ziel ist unter anderem der Aufbau einer strukturierten Präsenz in sozialen Medien.

Nach Angaben des Verbands ist der Vorstand nun regional breit aufgestellt und umfasst Vertreterinnen aus allen bayerischen Regierungsbezirken.

Vorstand im Überblick

Vorsitzende: Andrea Hinterwaldner (Frauen für Moosach e.V., Oberbayern), Stellvertreterinnen: Petra Zenkel-Schirmer (Kronach), Jeanette Dreßel (Moosach) Schatzmeisterin: Sonja Schmutterer (Wemding), Schriftführerin: Andrea Holzapfel (Pilsting), Beisitzerin (Social Media): Magdalena Seiter (Biberbach), Kassenprüfung: Sonja Kuban, Birgit Ludwig (Nördlingen)

Hintergrund

Der Landesverband Frauenlisten Bayern e.V. wurde 1998 gegründet und versteht sich als Interessenvertretung kommunaler Frauenlisten. Er unterstützt seine Mitgliedsorganisationen insbesondere bei der Vorbereitung von Wahlen, der kommunalpolitischen Vernetzung sowie beim Aufbau neuer lokaler Strukturen.

Karriere mit Ecken und Kanten in Mainfranken:

„Shit Happens!“ – Schweinfurt Edition

Wenn Scheitern zum Publikumsmagneten wird

Scheitern war selten so unterhaltsam und zugleich so wertvoll: Mit rund 60 Teilnehmenden wurde die Veranstaltung „Shit Happens! Career Fails aus Mainfranken“ im T3 Business Terminal, in Sennfeld zu einem echten Publikumsmagneten. Nach dem erfolgreichen Auftakt im Herbst vergangenen Jahres traf das ungewöhnliche Format genau den Nerv der Zeit. Gemeinsam mit dem Netzwerk „Gründen in Mainfranken“, vertreten durch die Schweinfurter Repräsentanten der Startbahn27, setzte das Regionalmanagement der Region Mainfranken GmbH damit ein starkes Zeichen für einen offenen Umgang mit beruflichen Rückschlägen.

Bühne frei für Fehler, die sonst keiner zeigt

Statt klassischer Erfolgsgeschichten standen bewusst die „Fails“ im Mittelpunkt: Unternehmerinnen und Unternehmer, Fachkräfte und Persönlichkeiten aus der Region teilten ihre größten beruflichen Fehlertritte – ehrlich, nahbar und oft mit einem Augenzwinkern. Das Ergebnis: ein Abend voller Aha-Momente, Lacher und echter Erkenntnisse.

Die Mischung aus authentischen Geschichten, lockerer Atmosphäre und intensivem Austausch machte die Veranstaltung zu einem besonderen Erlebnis. Viele Teilnehmende nutzten die Gelegenheit, sich im Anschluss weiter zu vernetzen und über eigene Erfahrungen ins Gespräch zu kommen.

Mut schlägt Makellosigkeit

„Der Mut zur Offenheit hat diesen Abend besonders gemacht.

GZ PINOS WELT

Der Mai ist gekommen und die neu oder wieder gewählten kommunalen Mandatsträger treten ihre Ämter an. Die ausgedienten blicken auf die vergangenen Jahre des Arbeitens und Gestaltens zurück, die frisch mandatierten gehen mit Schwung und Tatkraft ans Werk.

An den Rahmenbedingungen hat sich nicht viel verändert. Hoffen lässt der Rekord beim kommunalen Finanzausgleich im Doppelhaushalt des Freistaats, der Rückgang der Zugzugszahlen bei der illegalen Migration und die vom Land durchgereichten Mittel aus dem Investitionssondervermögen. Bei anderen Fragen, etwa zur Krankenhausstruktur oder zu den künftigen Steuereinnahmen bei weiter lahmender Konjunktur bleibt nur der erwartungsvollfordernde Blick nach Berlin.

Ansonsten wird über die Kommunalwahlen ja allgemein gesagt, sie hätten Überraschungen



zen der parteipolitischen Logik, sondern entlang von Sachthemen beschließen soll. Aber dennoch ist auch die immer komplexer werdende Arbeit in unseren Rathäusern und Landratsämtern darauf angewiesen, dass sich politische Gruppen mit kompatiblen Interessen zu stabilen Mehrheiten finden. Fraktionen sind zu bilden, die groß genug sind, damit

sich unter den ehrenamtlichen Mandatsträgern Fachpolitiker herausbilden können. Aktuell sehen wir aber das Gegenteil, nämlich dass in immer mehr Räten immer mehr kleine und kleine Gruppen mit jeweils nur einem oder vielleicht zwei Personen einziehen, die von niedrigen Zugangsschwellen und geringer Wahlbeteiligung bei hoher Mobilisierung der eigenen Klientel profitieren. Beispiel München: Von den 13 vertretenen Parteien und Gruppen haben vier nur einen Vertreter und vier weniger als fünf Vertreter. Wäre München ein Land, rangierte es vor dem Saarland und Bremen sowie etwa gleichauf mit Mecklenburg-Vorpommern. Bei der Wahl eines Landesparlaments gäbe es die Fünfprozenthürde und damit wären nur fünf Gruppierungen im Rathaus vertreten und die Arbeit wäre effizienter zu organisieren. Gut, aus verfassungsrechtlichen Gründen wird es keine Prozentklausel geben können, aber über höhere Hürden für die Zulassung eines Wahlvorschlags oder ein splitttergruppenunfreundliches Auszählungssystem wird man nachdenken müssen.

Stichwort Stichwahl: Auch das ist reformbedürftig. In einer Reihe von Städten und Kreisen sind die Leute am 23. März mit einem Kater aufgewacht, weil den Sieger eigentlich niemand gewollt hat. Erfolge kamen zustande wegen massiver Wahlenthaltung und einer Denkartmentalität, so dass mancher Sieger in der Stichwahl weniger tatsächliche Stimmen hatte als der Unterlegene im ersten Wahlgang. Deshalb sollte es Stichwahlen in Zukunft nur geben, wenn die Bewerber jeweils mehr als ein Drittel der Stimmen im ersten Wahlgang bekommen, es also wirklich eng ist. Ansonsten sollte die relative Mehrheit genügen.

Klar, das gegenwärtige System ist bis ins Kleinste gerecht. Das ist gut gemeint, es gilt aber der Satz von André Malraux: „In der Kunst und in der Politik ist gut gemeint das Gegenteil von gut“.

Kommunalwahlrecht auf dem Prüfstand

gebracht. Wirklich? Kommunalwahlen haben generell ihre eigenen Gesetze, da Wähler und Gewählte halt den engst möglichen Kontakt zueinander haben. Jedesmal geht der ein oder andere gesetzte Platzhirsch geschlagen aus dem Rennen und ein Außenseiter findet sich plötzlich in der Rolle seines Lebens wieder. Demokratie halt.

Dennoch seien hier einige Beobachtungen geteilt und subjektiv bewertet. Zunächst zum Frauenanteil. Obwohl wir das Jahr 2026 schreiben, ist es gelungen, dass es statistisch künftig jeweils eine Oberbürgermeisterin und eine Landrätin weniger geben wird als vor der Wahl und keine Frau mehr eine kreisfreie Kommune regiert. Die Daten zu den Gremien liegen nicht vor, aber das Endergebnis dürfte sich mit Einzelbeobachtungen decken: Es treten weniger Frauen an und wenige derjenigen, die antreten, werden gewählt. Besonders wenn sie jung sind. Hier gibt es für Bawaria im Hinblick auf 2032 noch viel zu tun!

Es ist und bleibt auch viel zu leicht, ein Mandat in einem kommunalen Vertretungsgremium zu erlangen. Hier ist das Wahlrecht von der Zeit gefallen. Natürlich ist ein Stadt- oder Gemeinderat, ist ein Kreistag kein Parlament, sondern ein Vertretungsorgan, das nicht nach den Geset-

Ihr Pino



V.l.: Jeanette Dreßel, Andrea Holzapfel, Andrea Hinterwaldner, Petra Zenkel-Schirmer, Klara Wolf, Carina Roßkopf-Achatz, nicht im Bild Sonja Schmutterer und Magdalena Seiter.

Bild: Landesverbands Frauenlisten Bayern e.V.

Unterstützung des Ehrenamtes in der Region Mangfalltal-Inntal:

Förderfreigabe für Kleinprojekte

Das Entscheidungsgremium der LAG Mangfalltal-Inntal hat kürzlich grünes Licht für sieben Kleinprojekte zur Stärkung des Ehrenamts gegeben. Die Vorhaben werden aus dem Fonds „Unterstützung Bürgerengagement“ finanziert und sollen das gesellschaftliche Leben in der Region nachhaltig fördern.

Insgesamt wurden 12.745 Euro freigegeben. Die Bandbreite der geförderten Maßnahmen ist groß: Unterstützt werden unter anderem Kinderaktionen zum Bau von Nistkästen, Workshops für Jugendliche im digitalen Filmschnitt sowie Anschaffungen für Theater- und Kulturvereine zur Verbesserung ihrer Aufführungen. Auch die Jugendarbeit in traditionellen Schützenvereinen erhält finanzielle Hilfe, ebenso wie der Ausbau des Rosenheimer Weidefleisch-Netzwerks.

Starker Zusammenhalt

„Die große Nachfrage zeigt, wie stark der Zusammenhalt in unserer Region ist und wie viele Menschen sich aktiv einbringen wollen“, erklärt Simon Hausstetter, Vorsitzender der LAG.

Die verfügbaren Mittel seien begrenzt und näherten sich zunehmend dem Ende.

Um die verbleibenden Fördergelder möglichst gerecht zu verteilen, hat das Gremium ein neues Bewertungssystem eingeführt. Künftig werden Projekte anhand ihrer Übereinstimmung mit den Entwicklungszielen der LAG, ihres Innovationsgrades sowie ihres langfristigen Nutzens beurteilt.

Trotz der begrenzten Mittel bleibt die Förderung niederschwellig: Unbürokratische Anträge und eine schnelle Unterstützung für ehrenamtliche Projekte sind weiterhin möglich. Bis 2028 stehen noch rund 15.000 Euro zur Verfügung, pro Projekt können bis zu 3.000 Euro beantragt werden. Weitere Informationen sind unter www.lag-mangfalltal-inntal.de abrufbar. DK

ILE-Jubiläumsgala:

20 Jahre Zusammenarbeit

Seit 20 Jahren kooperieren 18 Kommunen aus den Landkreisen Bayreuth und Forchheim in der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) „Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz“. Ziel ist Regionalentwicklung durch Flächensparen und Stärkung der Ortskerne. Beim Festakt wurde die Zusammenarbeit gewürdigt.

Finanz-Staatssekretär Martin Schöffel vertrat Staatsministerin Michaela Kaniber. Kaniber sagte vorab, die ILE zeige die Wirkung interkommunaler Kooperation für Wertschöpfung und Lebensqualität. Schöffel nannte sie ein Vorbild für den ländlichen Raum.

Die 2006 gegründete ILE ist seit 2016 ein Verein und Plattform für gemeinsame Strategien. Schwerpunkte sind erneuerbare Energien, regionale Vermarktung und Mobilität. Projekte wie Kompensationsflächenmanagement und die „AKADEMIE Wirtschaftsband A9“ stärken Umwelt, Bildung und Wirtschaft. □



(V.l.) Nico Hildmann (Gründerzentrum GRIBS, Netzwerk Gründen in Mainfranken), Alicia Kamienski (AusbildungsScoutin IHK Würzburg-Schweinfurt), Maurice Swimm (webfactor media GmbH), Stefan Steinkuhl (Steinkuhl Consulting), Tina Kraus (HWK für Unterfranken), Bettina Gardenne (Region Mainfranken GmbH).

Bild: Region Mainfranken GmbH

Fortsetzung folgt

Mit „Shit Happens!“ positioniert sich die Region Mainfranken einmal mehr als moderner Standort, der neue Wege geht – auch im Denken über Arbeit, Karriere und Unternehmenskultur.

Am 26. November 2026 findet die nächste „Shit Happens! Career Fails aus Mainfranken“ im Mozartareal in Würzburg statt – jetzt schon mal vormerken!

Region Mainfranken GmbH

Als Trägerplattform der Region Mainfranken GmbH sind die Städte Würzburg und Schweinfurt, die sieben Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen, Main-Spessart, Rhön-Grabfeld, Schweinfurt und Würzburg sowie die IHK Würzburg-Schweinfurt und die Handwerkskammer für Unterfranken. Das Regionalmanagement wird vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie gefördert. □

Nachwuchs für die Raumfahrt:

Astrokids in Franken aktiv

In Nürnberg und der Region Franken bringt die Initiative „AACII Astrokids“ Kinder und Jugendliche frühzeitig mit Luft- und Raumfahrtthemen in Kontakt. Teilnehmer im Alter von fünf bis 17 Jahren entwickeln und bauen gemeinsam Modellraketen und Flugzeuge, besuchen Fachveranstaltungen und sammeln erste praktische Erfahrungen im technischen Bereich.

Ein wichtiger Impuls ging vom Luft- und Raumfahrtkongress aus, der im Februar in Nürnberg stattgefunden hat: Dort konnten Schüler und Studierende aus der Region ihre eigenen Projekte in einer Ausstellung präsentieren.

Die große Resonanz führte dazu, dass sich die Gruppe seither regelmäßig trifft, um gemeinsam an neuen Modellen zu arbeiten und ihr Wissen zu vertiefen.

Die Initiative geht auf eine Anregung des ehemaligen IHK-Nürnberg-Präsidenten Hans Peter Schmidt zurück und wird von einem ehrenamtlichen Netzwerk getragen. Nach Angaben der Initiatoren sind bislang rund 40 Modellraketen entstanden. Auch Eltern und Pädagogen beobachten eine positive Entwicklung: Das Interesse der Kinder und Ju-



V.l. Tim und Kim Heuler, Alex Hugo Sobczyk, Ralf Techritz, Leo Johann Müller und Marc Ksenja. Bild: AACII

gendlichen an technischen Themen wird gestärkt und nachhaltig gefördert. Das Projekt zeigt, wie Schüler, Auszubildende und Studierende praxisnah an Technik herangeführt werden können und dabei wichtige Impulse für ihre berufliche Orientierung erhalten.

Präventionsinitiative startet in Karlstadt:

Auftaktveranstaltung zum Programm „Macherstadt“

Der offizielle Startschuss für das Präventionsprogramm „Macherstadt“ fiel am 13. April 2026 in Karlstadt. Dieses Projekt der IKK classic wird in Kooperation mit der eco-partner GmbH umgesetzt und hat das Ziel, die kommunale Gesundheitsförderung nachhaltig zu stärken. Rund 60 Gäste nahmen aktiv an der Auftaktveranstaltung teil, hörten Analysen und Ergebnisse und brachten ihre Ideen in Gruppenarbeiten ein.

Im Vorfeld wurde eine dreiteilige Bedarfsermittlung von eco-partner (Online-Befragung, Ortsbefragung und Experteninterviews) durchgeführt. Präsentiert wurde der aktuelle Status quo sowie herausgearbeitete Stärken und Herausforderungen. Die Analyse für Karlstadt zeigt folgende Beispiele:

- Stärken: Hohe Dichte beispielsweise an Sportvereinen und Fitnessstudios (über dem bayerischen Durchschnitt) sowie eine

starke medizinische Grundversorgung u.a. durch das interdisziplinäre Gesundheitszentrum.

- Herausforderungen: Die Vernetzung zwischen Gesundheitsakteuren und die Kommunikation von Gesundheitsangeboten an die Bürger sind ausbaufähig. Zudem besteht ein Bedarf an qualifizierten Kursleitern für Präventionsangebote.

Die vollständige Präsentation der Auftaktveranstaltung ist online unter www.karlstadt.de einsehbar. □



Steuerkreismitglieder Präventionsprojekt Macherstadt. V.l. 1. Bürgermeister Michael Hombach, Robin Kern, Uli Heck (beide Stadt Karlstadt), Sabine Tast (IKK Classic), Petra Simon (Stadt Karlstadt), Tanja Amersbach (Gesundheitsregion Plus), Lisa Tonk (eco-Partner), Petra Münch (Stadt Karlstadt) und Sarah Palmer (eco-Partner). Bild: Laura Senger



V.l. Die DLR-Preisträger Günay Can und Johannes Ritter gemeinsam mit Ulrike Trapp AACII und Staatsminister Joachim Herrmann. Bild: AACII

Nach 18 Jahren im Amt:

Weißenburgs Oberbürgermeister Jürgen Schröppel verstorben

Weißenburg. Mit tiefer Trauer hat die Stadt Weißenburg den Tod ihres Oberbürgermeisters bekanntgegeben. Jürgen Schröppel ist nur zehn Tage vor dem offiziellen Ende seiner Amtszeit im Alter von 64 Jahren an einer schweren Krankheit verstorben. „Mit tiefer Trauer und großer Bestürzung nehmen wir Abschied von unserem Oberbürgermeister Jürgen Schröppel“, schreibt die Stadt. Er habe Weißenburg „mit großem Engagement, Verantwortungsbewusstsein und tiefer Verbundenheit geprägt.“ Bei den jüngsten Kommunalwahlen im März 2026 war er nicht mehr angetreten, seine Parteikollegin Eva Reichstadt (SPD) gewann die Wahl. Der Verstorbene wurde in Nördlingen geboren, studierte Jura in Augsburg und kam 1994 ans Amtsgericht Weißenburg. Nach 18 Jahren in der Justiz wechselte er 2008 ins Rathaus, als er als SPD-Kandidat die Oberbürgermeisterwahl gewann. □

Vorschau auf GZ 10

In unserer Ausgabe Nr. 10/2026, die am 15. Mai 2026 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Abfall - Entsorgungsmanagement - technische Lösungen
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Sicherheit und Arbeitsschutz
- Brand- und Katastrophenschutz - Extremwetterereignisse
- Kommunalbau

LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Fahnen / Arbeitsbekleidung

FAHNEN KÖSSINGER

Arbeitskleidung
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Fahnenmaste
Vereinsbedarf

Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Informationssicherheit und Datenschutz

G DATA CyberDefense

Kommunalfahrzeuge

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Kommunalberatung

KUBUS

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-kb.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-kb.de

www.kubus-kommunalberatung.de

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH
Ihr Brunnenpartner
Leopoldstr. 66 • D-95030 Hof
Tel.: +49 (0) 9281 8401430 - info@etbs.de

etbs.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER FÜR IHRE KOMMUNE.

bisping & bisping
BISPING.DE/KOMMUNEN-NETZPARTNER

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Gemeindezeitung auf Social Media:

X Instagram Facebook LinkedIn YouTube

13. BAYERISCHES BREITBANDFORUM

www.bayerisches-breitbandforum.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:

www.gemeindezeitung.de/newsletter

Energiedienstleistung

energie schwaben

GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-17
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

KFB Leasingfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de

17. BAYERISCHES ENERGIEFORUM

www.bayerisches-energieforum.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunale IT

www.akdb.de

Spielgeräte

spielart GmbH
Abenteuerliche Spielgeräte
Mühlgasse 1 | D-99880 Laucha
Telefon: 0 36 22 - 40 11 20 - 0
www.spielart-laucha.de

ESB ENERGIE SÜDBAYERN

Kommunalfahrzeuge

BUCHER municipal

Eine komplette Produktpalette für effektiven Winterdienst

Driven by better